

BACHELORARBEIT

Cathleen Diedrich

Analyse der Wende-Medien und
ihre Einordnung in das gesamt-
deutsche System, am Beispiel des
„Mecklenburger Aufbruch“

Mittweida, 2011

Fakultät Medien
BACHELORARBEIT

Analyse der Wende-Medien und
ihre Einordnung in das gesamt-
deutsche System, am Beispiel
des „Mecklenburger Aufbruch“

Autor:
Cathleen Diedrich

Studiengang:
Medienmanagement

Seminargruppe:
MM08w2-B

Erstprüfer:
Prof. Dr. phil. Ludwig Hilmer

Zweitprüfer:
Dipl.-Ing. (FH) Philipp Neumayer

Einreichung:
Mittweida, 18. Juli 2011

Verteidigung/Bewertung:
Mittweida, 2011

Faculty of Media
BACHELOR THESIS

Analysis of change-media and
their classification in the german
media-system, using the example
of the “Mecklenburger Aufbruch”

author:
Mrs. Cathleen Diedrich

course of studies:
Mediamanagement

seminar group:
MM08w2-B

first examiner:
Prof. Dr. phil. Ludwig Hilmer

second examiner:
Dipl.-Ing. (FH) Philipp Neumayer

submission:
Mittweida, 18. Juli 2011

defence/evaluation:
Mittweida, 2011

Bibliografische Angaben

Cathleen Diedrich:

Analyse der Wende-Medien und ihre Einordnung in das gesamt-deutsche System, am Beispiel des „Mecklenburger Aufbruch“, 2011, 70 Seiten, Hochschule Mittweida (FH), University of Applied Sciences, Fakultät Medien, Bachelorarbeit, Mittweida 2011

Referat

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Wochenzeitung „Mecklenburger Aufbruch“, die in der Zeit der Wende-Medien entstanden ist. Ziel der Arbeit ist es, die Ursache des Verschwindens dieser Zeitung im Bezug zur Gesamtsituation der Wende-Zeitungen darzustellen.

Es werden die Strukturen des DDR-Printmarktes und des Wende-Printmarktes beschrieben. Im weiteren Verlauf wird der „Mecklenburger Aufbruch“ analysiert und ausgewertet. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, was die Zeitung ausmacht und im Vergleich zu anderen darstellt, warum sie für die damaligen Verhältnisse eine lange Zeit existieren konnte. Es erfolgt die Beschreibung der wirtschaftlichen Daten, der Struktur und im Anschluss die Auswertung des Inhaltes. Weiterhin werden die Ergebnisse mit der Theorie in Verbindung gesetzt und ein Fazit gezogen.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	VI
Abkürzungsverzeichnis.....	VII
1.) Einleitung	1
1.1.) Relevanz der Problematik	1
1.2.) Fragestellung	2
1.3.) Methode.....	2
2.) Grundlagen.....	3
2.1.) Die Struktur des Printmarktes der DDR	3
2.2.) Die Medien-Wende in der DDR.....	6
3.) Material und Methoden.....	14
3.1.) Beschreibung der Methode	14
3.2.) Ablauf und Interview.....	14
4.) Ergebnisse	16
4.1.) Analyse des „Mecklenburger Aufbruch“	16
4.1.1.) Wirtschaftlich	16
4.1.2.) Strukturell.....	23
4.1.3.) Inhaltlich.....	29
4.2.) Bezug zur Theorie.....	66
4.3.) Bewertung der Methode.....	68
5.) Zusammenfassung	69
6.) Literaturverzeichnis	I
7.) Anhang	XIII
8.) Selbstständigkeitserklärung	XXIX

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Zeitungskopf der ersten Ausgabe, 31. Dezember 1989.....	24
Abb. 2: Zeitungskopf der Ausgabe 21, 07. Juni 1990	24
Abb. 3: Zeitungskopf der letzten Ausgabe, 19. Februar 1993.....	24
Abb. 4: Beispiel für Titelbild einer jeden Zeitung, Ausgabe Nr. 22, 13. Juni 1990, Titel	25
Abb. 5: Beispiel für fehlenden Zusammenhang zwischen Bild und Text, Ausgabe Nr. 28, 25. Juli 1990, S. 4	26
Abb. 6: Wirtschaftsentwicklung im Vergleich, Ausgabe Nr. 25, 26. Juni 1991, S.3	54

Abkürzungsverzeichnis

Neben den gängigen Abkürzungen (z.B., etc., usw., BRD) wurden folgende Abkürzungen benutzt:

DDR	Deutsche Demokratische Republik
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
Stasi	Staatssicherheit
M.A.	„Mecklenburger Aufbruch“
ADN	Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst
„SVZ“	„Schweriner Volkszeitung“
„DAZ“	„Die Leipziger Andere Zeitung“
„NdZ“	„Norddeutsche Zeitung“
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
M-V	Mecklenburg-Vorpommern
NDR	Norddeutscher Rundfunk
FDJ	Freie Deutsche Jugend
DSU	Deutsche Soziale Union
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
SU	Sowjetunion
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands

1.) Einleitung

„Der schönste Artikel, der je geschrieben wurde, ist Artikel 5 unseres Grundgesetzes.“¹ Dieses Zitat von Helmut Reinke, welcher die OSTSEE-ZEITUNG 1992 bis 1994 herausgab, beschreibt das Aufatmen vieler Medien, nach dem Fall der Mauer und der Öffnung der deutsch-deutschen Grenzen. Die Medien, im speziellen der Printbereich, die durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (kurz: SED) geführt und somit nur Verlängerungen des Regierungsapparates darstellten, waren froh eine neue Zukunft zu erhalten². Die Zeit der Einberufung der Chefredakteure in Berlin, um ihre Pflichten gegenüber bestimmten Themen zu erklären, war vorbei – ein Befreiungsschlag für die Presse der DDR. Meinungen durften geschrieben werden und auch Themen, die vorher unerwähnt gelassen worden waren, fanden ihren Weg in die Presse der DDR.

Die Freude über das „neue Leben“ fand ihren Ausdruck in der zahlreichen Neugründung verschiedener Zeitungen und Zeitschriften um die Wende. Es war eine kurze „Blütezeit“, auf die innerhalb weniger Jahre das Austrocknen folgte. Der enorme Konkurrenzdruck und damit verbunden, die wirtschaftlich schwierige Lage der Neugründungen, führten zu dem Einstellen aller neu entstandenen Zeitungen der damaligen Wende-Zeit.

1.1.) Relevanz

Wende-Medien und ihr „Verschwinden“ aus dem gesamtdeutschen System spiegeln eine Zeit wider, in der die Struktur des Printmarktes eine völlig andere darstellte als heute. Die Wende-Medien waren Zeuge eines großen geschichtlichen Ereignisses - der Wiedervereinigung Deutschlands - und dennoch hat nur eine Handvoll Printerzeugnisse die Wendezeit „überlebt“.

Der „Mecklenburger Aufbruch“ ist ein Stück Geschichte, über das es noch keine bzw. kaum Nachweise oder Quellen gibt. Sie ist eine der wenigen Zeitungen, die bis 1993 Teil der Presse-landschaft war und viele Zeitungen hat „sterben“ sehen. Die ehemalige DDR und der Aufbruch in eine neue Zeit finden hier seinen Ausdruck und dennoch stellt der „Mecklenburger Aufbruch“ (kurz: M.A.) ein Stück unerforschte Mediengeschichte dar. Es bildet ein fehlendes Teilstück in einem Puzzle unserer Mediengeschichte ab.

¹ „Weil wir hier zu Hause sind“, Helmut Reinke, Einband

² ebd., S. 15, „Weg von der Partei“

1.2.) Fragestellung

Das Thema dieser Bachelorarbeit ist die: „Analyse der Wende-Medien und ihre Einordnung in das gesamtdeutsche Mediensystem, am Beispiel des „Mecklenburger Aufbruch“.

In diesem Untersuchungsgegenstand verbergen sich verschiedene Fragen, die in dieser Arbeit geklärt werden sollen: Warum sind die meisten Wende-Medien gescheitert? Was waren die Strukturen in der DDR nach dem 9. November 1989? Wie sah der Inhalt einer solchen Wende-Zeitung aus und was geschah mit Ihnen? Warum verschwand der „Mecklenburger Aufbruch“? Was waren die Gründe? Wie gestaltete sich die Arbeit in der Zeitung? Wie sah die Struktur der Zeitung und die des Printmarktes aus und warum?

Auf all diese Fragen, gibt diese Bachelorarbeit im Folgenden eine Antwort.

1.3.) Methode

Mit Hilfe der Strukturanalyse wird die Wochenzeitung, der „Mecklenburger Aufbruch“, ausgewertet. Der Forschungszeitraum beschreibt fast vier Jahre (1989 bis 1993). Hierbei wird auf die wirtschaftliche Lage um die Jahre 1989 bis 1993, auf die Struktur und den Inhalt der Wochenzeitung eingegangen.

Es erfolgt im gesamten Forschungszeitraum eine Inhaltsanalyse. Der „Mecklenburger Aufbruch“ wird von 1989 bis 1993 einer Vollerhebung unterzogen. 1989 und 1990 erfolgt eine ausführliche Auswertung. Die Jahre 1991, 1992 und 1993 wurde ebenfalls einer Vollerhebung unterzogen, dennoch werden ausschließlich die wichtigsten Themen nach Inhaltlicher Priorisierung in die Forschung eingehen.

Weiterhin beschreibt die Arbeit ein Interview mit Regine Marquardt, der damaligen Chefredakteurin der Wochenzeitung „Mecklenburger Aufbruch“, zur wirtschaftlichen Situation und die Hintergründe der damaligen Publizistik (siehe S. 16).

2.) Grundlagen

Um die Inhalte und die Struktur des „Mecklenburger Aufbruch“ näher zu beschreiben und zu verstehen, werden zunächst die Struktur und die Rahmenbedingungen des DDR-Printmarktes beschrieben.

2.1.) Die Struktur des Printmarktes in der DDR

Allgemeine Daten

„Eine Pressezensur findet nicht statt“ – Eine Ironie im Art. 9 Abs. 2 der Verfassung der neu gegründeten DDR vom 07. Oktober 1949³. In der Tat gab es in der DDR kein Mediengesetz, welches Strukturen oder Rechte der Presse hätte regeln können⁴. Vielmehr gab es 39 Tageszeitungen, die unter der Lenkung der SED erschienen. Sie wurden durch kontrollierte Massenorganisationen (z.B. der Freien Deutschen Jugend – kurz: FDJ) oder Parteien herausgegeben⁵. Von den oben genannten 39 Tageszeitungen waren 14 SED-Bezirkszeitungen, die die Tagespresse dominierten⁶. Die tägliche Gesamtauflage aller Zeitungen 1989 betrug 10 Millionen Exemplare⁷. Die SED-Zeitungen hatten einen Anteil an der Gesamtauflage der Tageszeitungen von 54 Prozent. Weiterhin besaßen sie „das Monopol der örtlichen Berichterstattung.“⁸

Das Zentral-Organ der SED war die Tageszeitung „Neues Deutschland“⁹. Die Presse war ein wichtiges und zentrales Instrument zur Ausführung der Macht der SED. Die Zeitungen schrieben, was die Funktionäre vorgaben.

Neben den SED-Zeitungen und denen der Massenorganisationen (z.B. „Junge Welt“ der FDJ), gab es in der DDR Blockparteizeitungen der großen Parteien.

³ <http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr1949.html#b1>

⁴ „Medienfreiheit nach der Wende“, Marcel Machill et al., S.14

⁵ „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Jürgen Wilke, S. 603

⁶ ebd.

⁷ „Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland: alte und neue Bundesländer“, Hermann Meyn, S. 43

⁸ „Medienfreiheit nach der Wende“, Marcell Machill et al., S. 22

⁹ „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Jürgen Wilke (Hrsg.), S. 604

Diese verteilten sich auf je sechs Zeitungen der CDU, fünf der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (kurz: LDPD), fünf der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (kurz: NDPD) und eine der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (kurz: DBD)¹⁰. Auch sie wurden von der SED kontrolliert und hatten ihren Anweisungen Folge zu leisten. Der Anteil der Blockparteizeitungen war mit zuletzt 8,6 Prozent an der Tagesauflage eher gering¹¹. Dies ist auch dem Umstand geschuldet, dass das Papierkontingent durch die SED bestimmt wurde und für die eigenen Blätter hohe Auflagen geplant wurden, so dass die Blockparteien kaum eine Marktmacht besitzen konnten¹².

Wochenzeitungen wie „Wochenpost“, „Magazin“ oder „Eulenspiegel“ unterlagen ebenfalls einer inhaltlichen Kontrolle. In der DDR waren gerade diese Zeitungen beliebte Lektüre. Durch die Satire des „Eulenspiegel“ oder die familiäre Ausrichtung der „Wochenpost“ wurden sie gern gekauft und gelesen¹³. Mit Hilfe die strengen Überwachungen herrschte bei Wochenzeitungen und Zeitschriften ein höherer Wechsel in Einstellungen und Neuerscheinungen der Titel. 1988 betrug die Auflage der wöchentlich und monatlich erscheinenden Zeitungen (30 verschiedene) 9,5 Millionen Exemplare¹⁴.

Die Zeitschriften waren in 575 Titel gegliedert. Die meisten davon (mehr als 300) waren Fachzeitschriften. Im Vergleich waren die Westdeutschen Zeitungen, mit 1.480 Titeln allein im Segment der Publikumszeitschriften, deutlich breiter aufgestellt. Die Gesamtauflage der Zeitschriften der DDR betrug 21,4 Millionen Exemplare pro Tag.¹⁵

Einen großen Anteil gab es auch an Betriebs- und Dorfzeitungen. Die Zeitungen in den Betrieben hatten 1988 eine Auflage von zwei Millionen und mehr, mit 667 Titeln. Die Dorfzeitungen, die von 1953 bis 1960 existierten, hatten hingegen eine geringere Auflage mit mehr als einer halben Million Exemplare.¹⁶

¹⁰ „Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland: alte und neue Bundesländer“, Hermann Meyn, S. 43

¹¹ „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Jürgen Wilke, S. 579

¹² „Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland: alte und neue Bundesländer“, Hermann Meyn, S. 43

¹³ „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Jürgen Wilke, S. 582

¹⁴ ebd.

¹⁵ „Medienfreiheit nach der Wende“, Marcell Machill et al., S. 125 und 126

¹⁶ „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Jürgen Wilke, S. 582

Der Vertrieb der Presse erfolgte allein durch die Post. Dadurch war es möglich Presseerzeugnisse, die nicht den Anforderungen der SED entsprachen zu unterbinden¹⁷.

Organe und Anweisungen

Organ für die Überwachung der Medien war das „Zentralkomitee der SED“, genauer die „Abteilung Agitation“¹⁸. Weiterhin gab es das „Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik“, ehemals „Amt für Information“, welches unter der Aufsicht der Abteilung für Agitation stand¹⁹. Somit erreichte die SED eine zentrale Lenkung der Presse. Die Aufgaben des Presseamtes bestanden, z.B. in der Papierzuteilung des Printbereichs, in der „inhaltlichen Gleichschaltung“²⁰, der Vergabe von Lizenzen und der „Zensur der Kirchenpresse und die Koordinierung der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit der Ministerien“²¹.

Gleichzeitig befanden sich die Druckereien im Besitz der SED. Sie waren der „Zentrale Druckerei-, Einkaufs- und Revisionsgesellschaft“ (kurz: Zentrag) unterstellt, die wiederum unmittelbar zum SED-Zentralkomitee gehörte²². Die Partei konnte somit genau bestimmen, welche Zeitung in welcher Druckauflage erschien, so auch bei den Blockparteizeitungen.

Es gab strikte Richtlinien und Handlungsanweisungen für jede Redaktion. Beispielsweise druckte die OSTSEE-ZEITUNG eine solche Anweisung in der Ausgabe vom 20. Januar 1990 ab: „Wir bitten von der Behandlung des 17. Juni 1953 in Veröffentlichungen abzusehen [...] In der Ausgabe vom Sonnabend steht der Gruß Erich Honeckers an die 12. Weltfestspiele an der linken Spitze Seite 1 [...] Am morgigen Donnerstag findet die Übergabe der zweimillionsten Wohnung in Anwesenheit des Generalsekretärs statt. Wir bitten, darüber auf Seite 1 vom Freitag sehr groß aufgemacht zu berichten [...]“²³

Auch wurden die Chefredakteure jede Woche nach Berlin berufen, um über die Berichterstattung in der folgenden Woche zu sprechen. Dabei ging es um die Unterlassung von Berichterstattungen zu „ungeliebten“ Ereignissen und andere Weisungen.

¹⁷ „Die Wirklichkeit der Medien – Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft“, K. Merten et al., S. 526

¹⁸ „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Jürgen Wilke, S. 577

¹⁹ ebd.

²⁰ ebd.

²¹ ebd.

²² ebd., S. 579

²³ „Weil wir hier zu Hause sind“, Helmut Reinke, S. 18

Freie Meinungsäußerung war auf diese Art von vornherein ausgeschlossen. Wenn doch eine Zeitung ein Thema beschrieb, welches nicht erwünscht war, hatte der Chefredakteur die volle Verantwortung und Konsequenzen zu tragen²⁴.

Neben den beschriebenen Vorgaben und Handlungsanweisungen, gab es die Nachrichtenagentur „Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst“ (kurz: ADN), die ebenfalls unter der SED-Leitung funktionierte. Die Medien (auch die elektronischen Medien) arbeiteten unter der Auflage, die ADN Mitteilungen zu verwenden / zu veröffentlichen. Auf den Sitzungen der Chefredakteure in Berlin oder durch die Anweisung des Presseamtes wiederum konnte beschlossen werden auf welcher Seite die Meldungen stehen.²⁵

2.2.) Die Medien-Wende in der DDR

Die Ereignisse der Wende wurden im Bezug auf die Medienwelt in dieser Zeit oft als eine Medien-Wende beschrieben. Sie begann im Jahr 1989²⁶.

Wesentlich zur Medien-Wende trugen die westdeutschen Medien bei. Die Kommunalwahlen im Mai 1989 galten dabei als „Anfang vom Ende“²⁷ und sorgten für schlechte Stimmung innerhalb der DDR-Bevölkerung, denn die Wahl wurde von vielen Bürgern als Wahlbetrug empfunden. Unmut im Land machte sich breit und die ersten Demonstrationen begannen.²⁸ In den Westmedien gab es zu diesen Ereignissen ein erstes Medienecho, denn der Wahlbetrug war offensichtlich²⁹.

Ein nächster Schritt war die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze im Sommer 1989. Nun erfolgte die Übersiedlung vieler Bürger (ca. 20.000) in die Bundesrepublik. Zu diesem Thema gab es in der DDR-Presse keine Berichterstattung³⁰. Die Berichte in den Westmedien hingegen nahmen zu und immer mehr Raum ein³¹.

²⁴ „Die Wirklichkeit der Medien – Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft“, K. Merten et al., S. 525

²⁵ „Mediengeschichte in der Bundesrepublik Deutschland“, Jürgen Wilke, S. 584

²⁶ ebd., S. 602

²⁷ „Medienfreiheit nach der Wende“, Marcel Machill et al., S. 58

²⁸ ebd.

²⁹ ebd.

³⁰ „Medien-Wende – Wende-Medien?“, Werner Claus, S. 17/18

³¹ „Medienfreiheit nach der Wende“, Marcel Machill et al., S. 59

In dem Buch „Medien-Wende – Wende-Medien?“ lassen sich die Ereignisse von 1989 bis 1990 und deren Anklang in den Medien nachlesen³². Ein Medienecho über die Montagsdemonstrationen in Leipzig, die weiteren Demonstrationen und die Massenflucht gab es nicht in der Berichterstattung. Vielmehr wird deutlich wie sehr die Partei durch das Instrumentarium der Medien versuchte die aktuellen Vorgänge zu vertuschen und wie falsch die Politik die Situation einschätzte.³³ Die Menschen in der DDR wussten von diesen Vorfällen und dennoch wurde nichts dergleichen in der Parteipresse gewünscht und erwähnt. Doch die Bevölkerung war nicht mehr gewillt, Informationen zu erhalten, die nur aus Halbwahrheiten bestanden.

Durch den Rücktritt von Erich Honecker am 18. Oktober 1989 musste nun auch in Bereich der Medien eine wesentliche Veränderung beginnen. Sein Nachfolger Egon Krenz sprach sich noch am gleichen Tag für einen Gedankenaustausch der Medien mit den Lesern aus, wollte aber dennoch den Sozialismus beibehalten und keine freie Meinungsäußerung in der Presselandschaft entstehen lassen³⁴. Er kritisierte die parteifremde Berichterstattung, denn er wollte den Sozialismus retten. Doch der Rücktritt Honeckers und die zahlreichen Demonstrationen hinterließen Wirkung in der Presse- und Medienlandschaft. Bereits am Folgetag wurde bspw. die „Abteilung Agitation“ aufgelöst. Eine Kontrolle der Medien fand nun nicht mehr statt.³⁵ Trotzdem beginnt die Medien-Wende sehr verhalten. Ein Entwicklungsprozess in Richtung einer freien Presse setzte im Printbereich eher langsam ein. Geprägt wurde dieser Prozess aber weiterhin durch die Berichte in den westdeutschen Medien.

In der größten Demonstration gingen 500.000 Bürger für „Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz“ auf die Straße³⁶. Auf der folgenden Tagung des Zentralkomitees der SED, am 08. November 1989, äußerte sich selbst Egon Krenz kritisch zur bisherigen Medienpolitik³⁷. „Am 09. November wiederum übernahmen die Westmedien als ‚Maueröffner‘ eine aktive Rolle“³⁸, denn im Vergleich zu den Ostmedien, berichteten sie über die Vorgänge, die an diesem Tag eine Wende hervorriefen.

³² „Medien-Wende – Wende-Medien?“, Werner Claus, S. 17 bis 116

³³ „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Jürgen Wilke, S. 617

³⁴ „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Jürgen Wilke (Hrsg.), S. 595

³⁵ „Medien-Wende – Wende-Medien?“, Werner Claus, S. 29

³⁶ „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Jürgen Wilke, S. 596

³⁷ „Medien-Wende – Wende-Medien?“, Werner Claus, S. 35 und S. 125

³⁸ „Medienfreiheit nach der Wende“, Marcel Machill et al., S. 69

Nach Grenzöffnung blühte die Presselandschaft in der DDR kurzzeitig auf. Zunächst teilte, der, seit dem 07. November 1989, neue Leiter des Presseamtes und Regierungssprecher Wolfgang Meyer, Ende November offiziell mit, „dass seine Behörde nunmehr als ‚Presse- und Informationsdienst der Regierung der DDR‘“³⁹ fungierte. Weiterhin gab er bekannt, dass die Medien nicht mehr an die Partei gebunden seien⁴⁰. Zur gleichen Zeit wurde die Forderung nach einem Mediengesetz laut⁴¹. Die „Regierungskommission ‚Mediengesetz‘“⁴² erarbeitete den „Beschluss über die Gewährleistung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit“ (siehe Anlage Nr. 2)⁴³. Der Volkskammerbeschluss wurde am 05. Februar 1990 verabschiedet. Zu einem Mediengesetz für die DDR kam es im Zuge der Schnelligkeit der Wiedervereinigung nicht mehr⁴⁴.

Mediale und politische Entwicklung nach dem Mauerfall

Das Aufblühen der Presselandschaft erfolgte kurz nach der Wende, denn es gab förmlich eine Explosion neuer Zeitungen und Zeitschriften, die auf den Markt drängten. Viele Personen wollten ihre Meinungen kundtun und die interessierte Leserschaft an dieser teilhaben lassen. In dieser Zeit entstand auch der „Mecklenburger Aufbruch“.

Weitere Zeitungen, die sich hier nennen lassen, sind: die „Mecklenburgische Volkszeitung“, die „Plattform“ und „Die Leipziger Andere Zeitung“. Bis Ende des Jahres 1989 gründeten sich mehr als 30 Zeitungen (meist mit wöchentlicher Erscheinungsweise) neu. Die meisten Zeitungen entstanden aus „Bürgerrechtsbewegungen und der neuen politischen Gruppierungen.“⁴⁵

Bereits im Dezember 1989 sagten sich die ersten noch bestehenden Titel von der Bevormundung der SED los. Die SED-Bezirkszeitungen folgten im Januar 1990⁴⁶. Es folgte die Ablösung der Chefredakteure und die Umbenennung vieler Zeitungstitel. Den Anfang machte hier die „Thüringer Allgemeine“, ehemals „Das Volk“.

³⁹ „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Jürgen Wilke, S. 597

⁴⁰ ebd.

⁴¹ ebd.

⁴² ebd.

⁴³ „Journalismus und Medien in der DDR – Ansätze, Perspektiven, Probleme und Konsequenzen des Wandels, Barbara Baerns, S. 8

⁴⁴ „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Jürgen Wilke, S. 604

⁴⁵ ebd., S. 597

⁴⁶ ebd., S. 604

Im Anschluss zogen viele der ehemaligen SED-Zeitungen nach, denn die Bevölkerung der DDR wollte keine „SED-Einheitsblätter“ mehr lesen.⁴⁷ Eine neue Ära sollte auch durch andere Titel beschrieben werden.

Die Öffnung des Marktes für die Westdeutschen Verlage war ein Einschnitt in die Zeitungskultur, der bereits Anfang des Jahres 1990 begann. Durch den „Beschluss über die Gewährleistung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit“ wurde einerseits das Monopol der Ost-Post beendet und der Medienkontrollrat, welcher ein Mediengesetz erarbeiten sollte, eingeführt. Die vorher geltende Lizenzpflicht für das Erscheinen neuer Presseerzeugnisse wurde durch eine Registrierung abgelöst. Dadurch war es möglich, dass sich neue Produkte in Ostdeutschland etablierten. Westdeutsche Verlage importierten ihre Zeitungen oder gründeten viele Verlage neu.⁴⁸

Bis Mitte des Jahres 1991 entstanden 22 neue Verlage in der ehemaligen DDR. Meist waren es Tochterunternehmen der großen Medienhäuser aus dem Westen. Es handelte sich hierbei um regionale Abonnementszeitungen. Insgesamt kamen 56 neue Titel, von ansässigen Ostverlagen und 19 Titel von Verlagen mit Sitz in den alten Bundesländern, auf den Markt.⁴⁹ Diese Anzahl zeigt, wie hoch die Zeitungsdichte in der Wendezeit war. Bspw. gab es zeitweise in Eisenach fünf Regionalzeitungen mit je einem Lokalteil⁵⁰. Heute ist von all den Neugründungen nur noch ein Bruchteil existent. Die „Zeitungsblüte“ setzte vor allem im Frühjahr 1990 ein und war bis Mitte 1991 am Markt existent⁵¹. Gleichzeitig wurden viele Zeitungen schon kurz nach dem ersten Erscheinen im Jahr 1990 wieder eingestellt.

Nach dem Mauerfall begannen politische Debatten auf dem Weg zu einer deutschen Einheit. Am 18. März 1990 erfolgte die erste freie und demokratische Wahl (Volkskammerwahl) in der Lothar de Maizière zum ersten Ministerpräsidenten der DDR gewählt wurde (siehe S. 32).

Ein Meilenstein für die Entwicklung der Medien bildete der Wegfall der Pressesubventionen am 01. April 1990. Alle Zeitungen waren nun auf sich und ihre Abonnenten, sowie die Anzeigenkunden gestellt. In der Folge erhöhten sich die Abonnementpreise⁵².

⁴⁷ „Wie die Medien zur Freiheit kamen“, Michael Haller / Lutz Mücke (Hrsg.), S. 33

⁴⁸ „Medienfreiheit nach der Wende“, Marcel Machill et al., S. 129

⁴⁹ „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Jürgen Wilke, S. 607

⁵⁰ „Wie die Medien zur Freiheit kamen“, Michael Haller / Lutz Mücke (Hrsg.), S. 33

⁵¹ „Medienfreiheit nach der Wende“, Marcel Machill et al., S. 134

⁵² Vgl. Interview Regine Marquardt, Anlage Nr. 1

Gleichzeitig war der Wegfall für Westdeutsche Großverlage eine Investitionsmöglichkeit. Die Zeitungen waren nun auf Unterstützung angewiesen⁵³.

Am 01. Juli 1990 kam es zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion (siehe S. 34). Durch die Übernahme der D-Mark erfolgte eine weitere Erhöhung der Abonnentenpreise und eine Umorientierung der Leser, da sie sich durch den Einschnitt und die finanziell unsicheren Zeiten selbst aussuchten, welche Zeitungen es noch zu lesen lohnt oder nicht. Auch dieses Ereignis war ein Grund für die Beständigkeit der alten SED-Bezirkszeitungen⁵⁴. Das Vertrauen der Leser lag in den Zeitungen, die von Ostdeutschen geschrieben waren und über die Ereignisse in Ostdeutschland berichteten. Im Bewusstsein der Bevölkerung war Westdeutschland immer noch Ausland. „Die großen überregionalen Printmedien hätten mehr Sensibilität für den Ort entwickeln müssen [...] Die von überregionalen Printmedien geführten Diskurse über Ostdeutschland beschränkten sich jedoch auf Stasi, Doping, DDR-Misswirtschaft, Unrechtsregime, Umweltkatastrophe und Mauertote“⁵⁵, berichtet Professor Hans-Jörg Stiehler in einem Interview mit einem Autor.⁵⁶ Durch z.B. die Regionalität und die hohe Leser-Blatt-Bindung der ehemaligen SED-Zeitungen gelang es kaum einem Westdeutschen Verlag eigene Printerzeugnisse am Markt zu etablieren, mit Ausnahme der BILD-Zeitung⁵⁷.

Die Treuhand begann am Tag der Wiedervereinigung mit ihrer Arbeit. Sie war für die „Privatisierung [des, Anm. d. Verf.] ehemaligen DDR-Volkseigentums zuständig. Sie ging aus der bereits im März 1990 von der Regierung [Hans, Anm. d. Verf.] Modrow per Beschluss gegründeten ‚Anstalt zur treuhändischen Verwaltung des Volkseigentums‘ hervor“⁵⁸. Doch die ersten Zeitungen waren bereits vor der Wiedervereinigung an Westdeutsche Verlage verkauft worden, wie bspw. die „Freie Presse“, die an die Medien Union überging⁵⁹.

Den Zuschlag erhielten meist Westdeutsche Großverlage. Die Vorgaben der Treuhand waren dabei ökonomisch geprägt. Die Höhe des Kaufpreises, Konzepte über die Sanierung und Investition sowie die Sicherstellung der Arbeitsplätze waren bei der Vergabe entscheidend.

⁵³ „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Jürgen Wilke, S. 604

⁵⁴ „Wie die Medien zur Freiheit kamen“, Michael Haller/Lutz Mücke (Hrsg.), S. 250

⁵⁵ ebd., S. 254

⁵⁶ ebd.

⁵⁷ ebd., S. 251

⁵⁸ „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Jürgen Wilke, S. 604

⁵⁹ ebd., S. 605

In der Folge konnten (meist) nur Großverlage aus der BRD entsprechende Summen ausweisen und diese erhielten den Zuschlag⁶⁰. Die Politik der Treuhand wird viel kritisiert (auch heute), denn die Verbreitungsgebiete wurden nicht aufgeteilt und auch die Druckereien wurden mit veräußert. Weiterhin wurde die Schaffung von Vielfalt in der Verlegerstruktur durch die rein ökonomischen Interessen der Treuhand nicht berücksichtigt. Die Folge war das Sterben der vielen Neugründungen, da sie durch fehlende Verbreitungsgebiete, fehlende finanzielle Mittel und den beschriebenen Verdrängungswettbewerb durch die Westdeutschen Großverlage kaum eine Chance am Markt hatten.⁶¹ Die Strukturen des Pressemarktes in der ehemaligen DDR wurden durch die Treuhand festgeschrieben und sind bis heute bestehen geblieben.

Auf die „Blütezeit“ mit einer breiten Vielfalt in der Presselandschaft durch den Import von Zeitungen der Westverlage und das Neugründen von Verlagen oder Zeitungen aus Bürgerrechtsbewegungen oder neuen Parteien, folgte schon bald das Zeitungssterben. Durch das Überangebot an Zeitungen in der DDR war es nicht möglich, alle nebeneinanderher existieren zu lassen. Zeitungen wie „Super Ossi!“ oder die „Mecklenburgische Volkszeitung“ hielten sich nur wenige Monate am Markt.

Die Blockparteizeitungen wurden von den Parteien selbst an Westdeutsche Großverlage verkauft. Bspw. kaufte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ die ehemaligen CDU-Zeitungen. Doch z.B. wurde „Der Demokrat“, eine Bezirkszeitung der CDU, im Jahr 1990 eingestellt⁶². Wie „Der Demokrat“ verschwanden die meisten Blockparteizeitungen innerhalb kürzester Zeit vom Markt⁶³. Die „Thüringische Landeszeitung“ ist, als ehemalige regionale Zeitung der LDPD, die einzige, die bis heute als unabhängige Zeitung bestehen geblieben ist⁶⁴. Alle anderen sind vom Markt verschwunden.

Die Zeitungen der Massenorganisationen trafen auf geringeres Interesse bei potenziellen Käufern⁶⁵. Bspw. wurde die „Tribüne“ nur noch bis 1991 herausgegeben. Sie war das Organ des Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (kurz: FDGB).

⁶⁰ ebd.

⁶¹ ebd., S. 609/610

⁶² Ausgabe Nr. 21, 29. Mai 1991, S. 1, „Der Demokrat“

⁶³ „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Jürgen Wilke, S. 606

⁶⁴ „Medienfreiheit nach der Wende“, Marcel Machill et al., S. 133

⁶⁵ „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Jürgen Wilke, S. 607

Das Parteiorgan „Neues Deutschland“ hingegen ist „im Besitz der PDS geblieben und auf deren Subventionen angewiesen, nachdem die Auflage nur noch gut fünf Prozent der Vorwendezeit erreicht.“⁶⁶ Im ersten Quartal 2011 wurden 43.864 Exemplare gedruckt⁶⁷. Zum Vergleich: 1991 waren es 100.000⁶⁸.

Die ehemaligen SED-Bezirkszeitungen haben dieses Sterben am besten überstanden. (siehe S. 10) Sie halten nach wie vor ihre Macht am Markt, mit 15 Titeln sind die Zeitungen der SED heute Regionalzeitungen, die eine hohe Auflage und eine Monopolstellung in (fast) jedem ihrer Gebiete aufweisen.⁶⁹ Bspw. gibt es in Mecklenburg-Vorpommern drei große Regionalzeitungen: die „Schweriner Volkszeitung“ (kurz: „SVZ“), den „Nordkurier“ und die „OSTSEE-ZEITUNG“. Alle Zeitungen haben ein abgestimmtes Verbreitungsgebiet. Lediglich in Rostock gibt es noch die „Norddeutsche Neuste Nachrichten“ (kurz: „NNN“), als Lokalausgabe der „SVZ“ und in Grevesmühlen können auch die „Lübecker Nachrichten“ abonniert werden. Außerdem gibt es auf Usedom den „Usedom Kurier“, der allerdings nur eine kleine Auflage verkauft⁷⁰.

Trotz der Monopolstellung am Markt, haben alle Regionalzeitungen in den letzten Jahren bis heute einen Teil ihrer Auflage einbüßen müssen. Hatte die „Freie Presse“ 1991 eine Auflage von 572.000⁷¹, waren es im ersten Quartal 2011 nur noch 298.019 Exemplare⁷². Die „OSTSEE-ZEITUNG“ hatte 1991 eine Druckauflage von 232.100⁷³, wohingegen es 2011 nur noch 158.119 Exemplare sind⁷⁴. Gründe hierfür werden in der Demografie und wirtschaftlichen wie sozialen Problemen im Osten, vor allem der Arbeitslosigkeit gesehen⁷⁵.

⁶⁶ ebd., S. 606

⁶⁷ <http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1&u=&p=&detail=true>

⁶⁸ „Medienfreiheit nach der Wende“, Marcel Machill et al., S. 137

⁶⁹ ebd., S. 141

⁷⁰ ebd., S. 147

⁷¹ „Medienfreiheit nach der Wende“, Marcel Machill et al., S. 137

⁷² <http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1&u=&p=&detail=true>

⁷³ „Medienfreiheit nach der Wende“, Marcel Machill et al., S. 137

⁷⁴ <http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1&u=&p=&detail=true>

⁷⁵ „Medienfreiheit nach der Wende“, Marcel Machill et al., S. 138

Die Neugründungen von Zeitungen aus Bürgerbewegungen oder Parteien konnten durch die Macht der ehemaligen SED-Bezirkszeitungen, die sich am Markt etablierten, auf Dauer nicht bestehen. Ihnen wurde bspw. durch ungünstige Nutzungen der Druckereien und Dumpingpreisen im Anzeigenverkauf, die Großverlage anbieten konnten, die Etablierung erschwert und letztendlich wurden sie aus dem Markt gedrängt⁷⁶. Obwohl es eine „Goodwill-Klausel“ der westdeutschen Verlage gab, die anderen Teilnehmer nicht vom Markt zu verdrängen oder die Position am Markt auszunutzen, wurde diese mehrfach gebrochen, denn niemand konnte die Einhaltung der Klausel kontrollieren⁷⁷.

In der ehemaligen DDR gab es 38 Zeitungsverlage⁷⁸, im Vergleich dazu sind es heute in den „neuen Bundesländern“ noch 34⁷⁹. Die Anzahl ist demnach geringer.

Beate Schneider beschreibt in dem Buch „Mediengeschichte in der Bundesrepublik Deutschland“ Ergebnisse eines Vergleichs der Neugründungen und der ehemaligen SED-Zeitungen. Sie erklärt Unterschiede in der Berichterstattung. Z.B. berichteten die Neugegründeten Titel vorrangig über Lokalgeschehen im jeweiligen Kreis. Weiterhin ging es um die Bewältigung der Vergangenheit und die Staatssicherheit sowie den Machtmissbrauch. Demgegenüber standen die „alteingesessenen“ Regionalzeitungen. Sie berichteten kritisch über Probleme im Land, vorrangig die Arbeitslosigkeit, außerdem ging es um Hintergrundwissen zu Politik sowie um Ratgeber- und Servicenachrichten⁸⁰. Ferner gibt es in den Regionalzeitungen kaum Kommentierungen nach der Wende. Dieses „wird als Ausdruck politischer Zurückhaltung und Unsicherheit interpretiert“⁸¹. Den festgestellten Unterschieden kann, im Bezug auf den M.A., nur bedingt zugestimmt werden. Im Abschnitt 4.2. wird näher auf den Vergleich beider Ergebnisse eingegangen.

⁷⁶ „Medienfreiheit nach der Wende“, Marcel Machill et al., S. 24

⁷⁷ ebd.

⁷⁸ „Broschüre Zahlen und Zeitungen 2010“, BDZV, S. 4

⁷⁹ „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Jürgen Wilke, S. 609

⁸⁰ „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Jürgen Wilke, S. 621

⁸¹ ebd., S. 622

3.) Material und Methoden

Als Material wird die Wochenzeitung „Mecklenburger Aufbruch“ zu Grunde gelegt. Der Forschungszeitraum ist von 31. Dezember 1989 bis 19. Februar 1993 festzuschreiben. Die Exemplare des gesamten Forschungszeitraumes sind nicht digitalisiert verfügbar. Sie sind in der Landesbibliothek Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin einsehbar.

3.1.) Beschreibung der Methode

Die Methode ist eine Strukturanalyse in der die wirtschaftlichen und inhaltlichen Aspekte genauer untersucht werden. Wie im Abschnitt 1.3. kurz erwähnt, wurde in dieser Arbeit auf zwei Wege der Recherche zurückgegriffen. Der wirtschaftliche Teil dieser Arbeit wird durch ein persönliches Interview mit der ehemaligen Chefredakteurin des M.A., Regine Marquardt, abgedeckt und in den Bezug zur Theorie gesetzt. Die Struktur der Zeitung und der Inhalt werden durch eine Inhaltsanalyse ausgewertet.

Die Inhaltsanalyse umfasst eine Vollerhebung der Jahre 1989 bis 1993. Die genaue Auswertung des Inhaltes lässt einen Vergleich über die Jahre zu und vollzieht die Entwicklungsstufen der Zeitung nach. Im Verlauf der Auswertung wird intensiv auf die Jahre 1989/1990 eingegangen. Diese beiden Jahre markieren den wichtigsten historischen Wendepunkt. Die Jahre 1991 bis 1993 wurden ebenfalls einer Vollerhebung unterzogen. Dennoch wird sich die Analyse auf die wichtigsten Ereignisse während dieser Zeit beziehen (ab S. 50). Weiterhin werden einige Themenkomplexe weniger intensiv behandelt, denn dies würde den Rahmen dieser Bachelorarbeit übersteigen.

3.2.) Ablauf und Interview

In diversen Besuchen der Landesbibliothek Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin wurde der M.A. durchgearbeitet und die wichtigsten Dinge herausgeschrieben. Im Anschluss wurden alle inhaltlich relevanten Geschehnisse gesammelt, noch einmal reflektiert und in Kategorien zusammengefasst (ab S. 30). Für die genaue Bearbeitung und für das Verständnis der damaligen Zeit, war es notwendig weiterhin Informationen aus Büchern und dem Internet zu beziehen.

Für die strukturellen und journalistischen Änderungen innerhalb der Zeitungen, war es erforderlich, alle Ausgaben miteinander zu vergleichen und zu prüfen. Das Hauptaugenmerk lag auf den Fragen: Was beschäftigte die Bevölkerung der DDR? Was war wichtig in der damaligen Zeit des Umbruchs? Und wie veränderte sich die Berichterstattung? Wie die Zeitung?

Es ist zu beachten, dass die Eingrenzung der Ergebnisse, in wichtig oder nicht, eine subjektive Entscheidung darstellt. Diese Methode der Auswertung gestaltete sich als sehr zeitaufwendig, wenn auch sehr informativ.

Durch die intensive Beschäftigung und die Recherche sowohl mit der Zeitung, als auch mit diversen Büchern konnten Fragen für das persönliche Interview mit Regine Marquardt ausgearbeitet werden (siehe Anlage Nr. 1), die eine spezielle Ausrichtung auf die Wirtschaftlichkeit der Zeitung beinhalteten. Eine genaue Besprechung des Inhaltes der Zeitung war in dem Interview nicht nötig, denn dieser wird durch die Inhaltsanalyse bereits abgedeckt.

4.) Ergebnisse

Nachdem die Grundlagen des DDR-Printmarktes bekannt sind, werden im weiteren Verlauf die Ergebnisse der Strukturanalyse abgebildet. Zunächst wird auf das Interview mit Regine Marquardt, der ehemaligen Chefredakteurin des M.A., eingegangen. Im Anschluss werden die Struktur der Zeitung sowie der Inhalt näher erläutert.

4.1.) Analyse des „Mecklenburger Aufbruch“

Regine Marquardt studierte Theologie und „war 14 Jahre lang Pfarrfrau im ländlichen Carlow“⁸², bis sie schließlich den „Mecklenburger Aufbruch“ gründete. Nach dem Ende der Tätigkeit als Chefredakteurin des M.A. war sie zunächst als Freie Journalistin tätig. Im Anschluss (1994) wechselte sie in das Schattenkabinett der SPD.⁸³ Von 1994 bis 1998 war sie Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Seit einigen Jahren baut sie die Stiftung Mecklenburg auf.⁸⁴

4.1.1.) Wirtschaftlich

Im Interview mit Regine Marquardt, werden die Hintergründe der Wochenzeitung deutlich. „Ich habe die letzten Schulden 1998 bei der Bank bezahlt“, berichtet Frau Marquardt⁸⁵. Diese Aussage zeigt, wie es um die wirtschaftliche Situation des M.A. stand.

Frau Marquardt war vor der Entstehung der Zeitung Mitglied im NEUEN FORUM, einer Bürgerbewegung der DDR um die Wendezeit. Als Anlass zur Zeitungsgründung nannte sie die Notwendigkeit des NEUEN FORUM: „Wir müssen etwas mit Medien erreichen.“⁸⁶ Sie habe sich dessen angenommen und mit Hilfe eines befreundeten Abgeordneten einen Kontakt zum Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag erhalten. Klaus May, der damalige Verlagshausleiter, verriet ihr die grundlegenden Dinge der Produktion einer Zeitung. Frau Marquardt gelang es, durch ihre Kontakte, einige Artikel schreiben zu lassen. Weiterhin schrieb auch Björn Engholm, durch die Vermittlung ihres Abgeordnetenfreundes, einen Beitrag. Zum damaligen Zeitpunkt war Herr Engholm Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein.

⁸² Ausgabe Nr. 07/08, 19. Februar 1993, S. 3, „Zwei Arten von Öffentlichkeit“

⁸³ Interview Regine Marquardt, Anlage Nr. 1

⁸⁴ ebd.

⁸⁵ ebd.

⁸⁶ ebd.

Die Artikel wurden gesammelt und im Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag, mit Sitz in Flensburg, gelayoutet. Das gesamte Layout inklusive dem Kopf der Zeitung wurde dort erschaffen, denn die Mittel zur eigenen Umsetzung fehlten, so Frau Marquardt.

Die erste Ausgabe des M.A. wurde mit einer Auflage von 80.000 Exemplaren gedruckt. Die Druckauflage pegelte sich später auf 15.000 Stück ein, berichtet Frau Marquardt. Die hohe Anzahl der ersten Exemplare war begründet in der Einführung der Zeitung am Markt.⁸⁷ Wie Regine Marquardt erklärte, habe die ursprüngliche Planung eine Ausgabe umfasst.

Als die gedruckte Zeitung mit einem LKW über die ehemalige Grenze gebracht werden sollte, gab es zunächst Probleme der Überführung durch das Presserecht der ehemaligen DDR, welches Publikationen vor dem 01. Januar 1990 untersagte - es war der 30. Dezember 1989. Frau Marquardt berichtet: „[...] als wir dann mit diesem LKW zu uns fuhren, es war mitten in der Nacht [...] kamen mir dann die Gedanken: ‚Es muss doch eigentlich weiter gehen.‘“⁸⁸ Der „Mecklenburger Aufbruch“ war geboren.

Auch in die Funktion der Herausgeberschaft ist sie „hineingeraten“, denn für die Zeitung wurde eine Vertreterin benötigt und sie war die erste Ansprechpartnerin. Als klar war, dass es eine Fortsetzung der Zeitung geben sollte, gestattete der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag Frau Marquardt bis zur Volkskammerwahl 1990 kostenlos bei ihnen zu drucken. Im Anschluss haben sie lernen müssen, auf eigenen Beinen zu stehen, berichtet Frau Marquardt. Ein weiterer finanzieller Zuschuss habe in der Förderung durch das Land Schleswig-Holstein gelegen, denn so war es dem Verlag möglich einen Computer und ähnliches zu kaufen, damit der Redaktionsalltag beginnen könne.⁸⁹

Der M.A. entstand demnach zu einer Zeit des Zeitungsbooms. So wurde auch „Die Leipziger Andere Zeitung“ (kurz: „DAZ“), ebenfalls eine Wochenzeitung, mit einer Startauflage von 40.000 Exemplaren zu dieser Zeit gegründet. Sie erschien mit Regionalausgaben in Ost-Berlin, Leipzig und Magdeburg und war bereits am ersten Erscheinungstag ausverkauft. Doch sie überlebte nur kurze Zeit.

⁸⁷ Interview Regine Marquardt

⁸⁸ ebd.

⁸⁹ ebd.

Die unabhängige Wochenzeitung hatte von Februar 1990 bis April 1991 Bestand. Gegründet wurde sie von Mitgliedern des NEUEN FORUM, welches Parallelen zum M.A. aufweist⁹⁰. Die Zeitung „scheiterte an den Realitäten des Mediengeschäfts.“⁹¹

Aber auch die neugegründeten Zeitungen der Westverlage hatten es schwer am Ostdeutschen Markt. Die Boulevardzeitung „Super! Zeitung“ des Burda-Verlages und des Unternehmens Rupert Murdoch kam im Mai 1991 auf den Markt. Die Auflage war zunächst sehr hoch (mehrere hunderttausend Exemplare), doch ein Jahr später wurde sie wieder eingestellt. Der Inhalt der Zeitung hat „Aggressionen, Neid und Hassgefühle der Ostdeutschen gegenüber dem Westen“⁹² gefördert. Durch diese Philosophie konnten sie am Markt keine Leserschaft erreichen.

Im Vergleich zu den aufgeführten Schwierigkeiten gelang es den ehemaligen SED-Bezirkszeitungen durch das Lossagen von der SED-PDS, eine Umbenennung und den Wandel im Journalismus sowie im Layout sich weiterhin am Markt zu festigen und zu etablieren. Sie hatten bereits ihre Druckereien, ihre Verbreitungsgebiete und ihre festen Strukturen. Dadurch waren sie in einem enormen Vorteil. Der M.A., der im ähnlichen Verbreitungsgebiet wie die „SVZ“ erschien, musste alles neu erlernen.

In den folgenden Jahren der Arbeit, erhielt der M.A. sehr viel Zuspruch. „Die kleine ‚ZEIT‘ von Mecklenburg“⁹³, so wurde sie oft genannt. Auch sei „DIE ZEIT“ ihr Vorbild gewesen. „Wir hatten nie den Anspruch eine Tageszeitung zu werden“⁹⁴, so Frau Marquardt heute.

Den Erfolg der Zeitung sieht die ehemalige Chefredakteurin in dem Kulturressort, aber auch in den Journalisten, die mit Herzblut in der Redaktion gearbeitet haben. Es gab in den Jahren des Erscheinens permanent fünf Redakteure, die stets wechselten, denn die Gehälter der Großverlage habe der M.A. nicht bezahlen können. Auch freie Redakteure waren vorhanden.

⁹⁰ [http://www.archiv-](http://www.archiv-buergerbewe-)

[buergerbewe-](http://www.archiv-buergerbewe-)

[gung.de/index.php?option=com_content&view=article&id=51%3Alexikon&catid=42%3Alexikon&Itemid=30#dhttp://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/DDRGeschichte/_node.html;jsessionid=A959AA19C5A3F809581590B6BC0B5A09.2_cid134](http://www.archiv-buergerbewe-gung.de/index.php?option=com_content&view=article&id=51%3Alexikon&catid=42%3Alexikon&Itemid=30#dhttp://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/DDRGeschichte/_node.html;jsessionid=A959AA19C5A3F809581590B6BC0B5A09.2_cid134)

⁹¹ „Medienfreiheit nach der Wende“, Marcel Machill et al., S. 64

⁹² „Mediengeschichte in der Bundesrepublik Deutschland“, Jürgen Wilke (Hrsg.), S. 608

⁹³ Interview Regine Marquardt

⁹⁴ ebd.

Doch es habe oft die Situation gegeben, dass Honorare nicht gezahlt werden konnten und auch das Gehalt der Redakteure zum Ende der Zeitung, nicht mehr zu bezahlen war.⁹⁵

Im Jahre 1990 gründeten Frau Marquardt und zwei weitere Personen eine GmbH. „Das war auch die erste GmbH nach 1949, die eingeschrieben wurde“⁹⁶, berichtet die ehemalige Chefin. Der erste Mitbegründer sagte bereits nach kurzer Zeit, er könne es sich nicht mehr leisten, die Kosten waren einfach zu hoch. Die beiden Verbleibenden haben sich geschworen, sobald das Geld aufgebraucht ist, würden sie aufhören, erklärte die Chefredakteurin. Doch aus dieser Philosophie wurde nichts, denn das Geld sei sehr schnell weg gewesen.

Sie berichtete: „Mein Glücksumstand war, dass ich kreditwürdig war, weil ich 1990 eine Erbschaft gemacht hatte. Das war nicht viel, aber eben so, dass man bei der Bank einen Kredit bekam.“⁹⁷

Ein anderes Beispiel ist die „Thüringer Allgemeine“, denn sie gründete im Jahr 1990 eine Mitarbeiter-GmbH. Auch dieser Schritt hatte wirtschaftliche Hintergründe, denn als GmbH war es möglich in Zukunftsfragen der Zeitung mitzureden, erklärt Sergej Lochthofen (der ehemalige Chefredakteur der „Thüringer Allgemeine“) in dem Buch „Wie die Medien zur Freiheit kamen“⁹⁸.

Neben den finanziell schweren Bedingungen bei Neugründungen, kamen Probleme im Vertrieb, im Bereich der Anzeigen und im Druck hinzu. Die Schwierigkeiten des M.A. sind hier stellvertretend für alle Neugründungen aus Bürgerrechtsbewegungen zu nennen.

Die Druckereien verweigerten den Druck der Zeitungen oder gaben ihnen schlechte Druckzeiten. Eine Ausgabe des M.A. konnte bspw. erst später erscheinen, da der Drucktermin nicht gegeben wurde. Der M.A. hatte in diesem Bereich die gleichen Probleme wie bspw. „Die Leipziger Andere Zeitung“. Ihnen wurde die Druckgenehmigung zum Beginn der Zeitung nicht erteilt. Erst als die Gründer mit dem Einschalten der Westmedien drohten, wurde die Erlaubnis zum Druck gegeben.⁹⁹

Der Vertrieb des M.A. gestaltete sich „abenteuerlich“. Anfangs sei die Zeitung bei Regine Marquardt in der Küche produziert worden.

⁹⁵ ebd.

⁹⁶ ebd.

⁹⁷ ebd.

⁹⁸ „Wie die Medien zur Freiheit kamen“, Michael Haller / Lutz Mücke (Hrsg.), S. 33

⁹⁹ „Medienfreiheit nach der Wende“, Marcel Machill et al., S. 59

Die erste Ausgabe wurde von den Mitgliedern des NEUEN FORUM abgeholt und in der Region verteilt. Sie selbst sagte, es sei ein Fehler gewesen, die ersten Exemplare, welche eine Auflage von 80.000 Stück umfasste, nicht zu verkaufen, sondern zu verteilen¹⁰⁰. Auch habe es keine Kontrollen gegeben, ob die Zeitung wirklich am Kiosk verkauft wurde, oder nur verpackt im Kiosk lag, denn dazu fehlte das Personal, so die ehemalige Chefredakteurin.

Durch die Unordnung der damaligen Verhältnisse, habe es sehr häufig das Problem gegeben, dass Abonnenten verärgert wurden, denn die Exemplare trafen teilweise Wochen nach Erscheinung ein¹⁰¹. Entschuldigungen, die der Verlag in die Zeitungen an seine Leser schrieb, sind häufiger zu finden. Z.B. entschuldigt sich der MA für den Verkauf alter Zeitungen, die nach der eigenen Berechnung ausverkauft waren¹⁰².

Probleme mit dem Vertrieb hatten jedoch alle Regionalzeitungen sowie Neugründungen. Auch die „Thüringer Allgemeine“ lag, durch das Monopol der Post, oftmals mit Verspätung im Briefkasten der Abonnenten¹⁰³. Mit dem „Beschluss über die Gewährleistung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit“ im Februar 1990 war das Monopol erloschen.

Die Akquise von Anzeigenkunden für den M.A. gestaltete sich schwierig, denn die Abonnenten waren um den Globus verteilt. Das schmälerte die Attraktivität für die Anzeigenkunden. Frau Marquardt berichtete, dass Ausgaben des M.A. in verschiedenen Abständen in unterschiedlichen Ballungszentren des Verbreitungsgebietes (wie Rostock, Schwerin) verteilt worden sind, um eine höhere verbreitete Auflage zu generieren und so die Zeitung attraktiver zu gestalten.¹⁰⁴ Das Anzeigenaufkommen im M.A. ist über die Jahre gestiegen.

Durch die Öffnung des Zeitungsmarktes für die Westdeutschen Verlage entstanden zusätzliche Probleme, die der M.A. bewältigen musste. Die Ostdeutschen Verlage wurden durch die Treuhand verkauft. Angebote gingen bei den verschiedenen Verlagen ein, so auch bei der „Thüringer Allgemeine“¹⁰⁵.

¹⁰⁰ Interview Regine Marquardt

¹⁰¹ ebd.

¹⁰² Ausgabe Nr. 05, 14. Februar 1990, S. 8, Artikel „Aus bislang nicht geklärten Gründen...“

¹⁰³ „Wie die Medien zur Freiheit kamen“, Michael Haller / Lutz Mücke (Hrsg.), S. 30

¹⁰⁴ Interview Regine Marquardt

¹⁰⁵ „Wie die Medien zur Freiheit kamen“, Michael Haller / Lutz Mücke (Hrsg.), S. 34

In dem Artikel „Mecklenburger Aufbruch oder: Schnellkurs in Sachen Marktwirtschaft“ wird klar formuliert, dass die Konkurrenz in der DDR sehr hoch ist und der M.A. eines der letzten reinen DDR-Unternehmen im Verlagsbereich ist. Der Axel Springer Verlag hat z.B. Anteile an der „OSTSEE-ZEITUNG“, „die NNN hat sich mit Gruner und Jahr verheiratet, der Bauer-Verlag führt die SVZ und die Freie Erde, jetzt Nordkurier, und mittendrin:

Der Mecklenburger Aufbruch.“¹⁰⁶ Die Unabhängigkeit soll gewahrt werden, denn der M.A. wollte sich nicht aufkaufen lassen, obwohl es Angebote gab. „Ich denke, wenn ich das Blatt damals verkauft hätte, z.B. an die Flensburger, den Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag, dann hätte es die Zeitung wahrscheinlich drei bis sechs Monate noch gegeben. Das war schon mein viertes Kind und das wäre dann nicht mehr das Produkt gewesen, das wir einmal ins Leben gerufen haben“, berichtet Regine Marquardt¹⁰⁷.

Weiterhin zeichnete sich innerhalb des Bewusstseins der DDR-Bevölkerung folgende Situation ab: „Es entwickelten sich relativ schnell zwei Sachen mit denen wir nicht gerechnet haben. Die eine ist: sie kauften sich lieber einmal den ‚Spiegel‘ und das zweite, mit dem eigentlich kaum einer gerechnet hat, sie blieben alle bei ihren alten Tageszeitungen.“¹⁰⁸ Regine Marquardt weiß, dass gerade diese Entwicklung zu den ohnehin schon schwierigen Zeiten, noch mehr Probleme mit sich brachten. Die Ursachen dafür sind das Vertrauen, dass die Leser in die alten SED-Zeitungen hatten und die starke Leser-Blatt-Bindung. Der Wandel vollzog sich in den Zeitungen und damit waren die Menschen zufrieden.¹⁰⁹ Das Thema der Glaubwürdigkeit spielte hierfür ebenfalls eine Rolle. Es war für die Bevölkerung ein Unterschied, ob Westdeutsche über die Geschehnisse in Ostdeutschland berichteten oder ob der Prozess gemeinsam durchlebt wurde¹¹⁰.

Der M.A. stand in direkter Konkurrenz zur „SVZ“, dies ist in einigen Ausgaben nachzulesen. So wird sich beispielsweise in dem Artikel „SVZ – unabhängig und überparteilich“ kritisch gegenüber der Tageszeitung geäußert. Diese Kritik ist durch die unmittelbare Nähe im Verbreitungsgebiet begründet¹¹¹. Auch zeichnete sich die Tendenz der sinkenden Auflage des M.A. trotz des Schreibens von „Ostdeutschen für Ostdeutsche“ schon sehr früh ab.

¹⁰⁶ Ausgabe Nr. 20, 30. Mai 1990, S. 1, „Mecklenburger Aufbruch oder: Schnellkurs in Sachen Marktwirtschaft“

¹⁰⁷ Interview Regine Marquardt

¹⁰⁸ ebd.

¹⁰⁹ Vgl. Abschnitt Grundlagen, S. 3

¹¹⁰ „Wie die Medien zur Freiheit kamen“, Michael Haller / Lutz Mücke (Hrsg.), S. 34

¹¹¹ Ausgabe Nr. 16, 02. Mai 1990, S. 8, „SVZ – unabhängig und überparteilich“

Bereits nach einem halben Jahr, sei klar gewesen, dass dieses Projekt sich nicht auf Dauer halten würde¹¹². Dennoch hat der M.A. fast vier Jahre überlebt – im Gegensatz zu anderen Neugründungen, die nach wenigen Monaten wieder vom Markt verschwanden.

Ein weiteres Beispiel hierfür ist die „Mecklenburgische Volkszeitung“, die schon im September 1990 wieder eingestellt wurde, nachdem sie erst seit Februar auf dem Markt vertreten war. Sie hat die Etablierung als Tageszeitung für Mecklenburg-Vorpommern gegen die Regionalzeitungen nicht geschafft¹¹³.

Die zahlreichen Neugründungen waren von dem Wegfall der Pressesubventionen nicht betroffen, mussten aber dennoch von Anfang an selbst für ihr finanzielles Überleben sorgen. Der M.A. suchte beständig nach Lösungen und Auswegen für die finanzielle Sicherheit der Zeitung. Gerade ab Mitte 1992 wurde auch dem Leser die wirtschaftlich schlechte Lage des M.A. geschildert. Aufrufe für die Werbung neuer Abonnenten folgen (siehe dazu auch Analyse S. 64).

Frau Marquardt sagte zur Zukunftsperspektive ihrer Zeitung: „Aber ich denke, wir wären auch verschwunden. Dieser Impuls, der uns getrieben hat [war nicht mehr da, Anm. d. Verf.] [...] Ich habe immer gesagt, wir waren auf eine andere Weise eine Ratgeberzeitung, also nicht: ‚Wie bestelle ich meinen Garten?‘, sondern: ‚Wie bestehe ich die Zeit?‘ – in dieser wahnsinnigen Transformationsphase. Und ich denke, 1993 war auch eine bestimmte Phase vorbei. Es hatte sich manches gefestigt und gesattelt. Es war nicht vorbei, aber zumindest hatte es sich gesetzt.“¹¹⁴

Letztendlich waren die finanziellen Probleme, der Bewusstseinswandel der Bevölkerung und der damit verbundene Leserschwind sowie der schwache Werbemarkt der Grund für das Einstellen der Zeitung. Ein vergleichbares Projekt hat sie nicht wieder ins Leben gerufen. Dennoch erinnert sie sich gern an die Zeit, die schwierig, voller Probleme, aber dennoch eine Bereicherung war.

¹¹² Interview Regine Marquardt

¹¹³ Ausgabe Nr. 35, 12. September 1990, S. 1, „Mecklenburgische Volkszeitung“

¹¹⁴ Interview Regine Marquardt

4.1.2.) Strukturell

Im weiteren Verlauf werden die Struktur und das Aussehen der Zeitung anhand der allgemeinen Faktoren näher erläutert. Die groben Daten der Zeitung lassen sich auf wenige Fakten beschränken. Die Auflage lag im Durchschnitt bei 15.000 Exemplaren (siehe Abschnitt 4.1.1.) und das Verbreitungsgebiet beinhaltete ganz Mecklenburg und auch Hamburg sowie Abonnenten, die weltweit verteilt waren¹¹⁵.

Allgemeine Daten und Fakten

Der M.A. beginnt in der ersten Ausgabe mit einem Umfang von acht, im Anschluss vier Seiten¹¹⁶. Ab Mitte des Jahres 1990 bis Mitte 1992, erhöht sich der Umfang der Seiten auf zwölf¹¹⁷. Vereinzelt Ausnahmen mit 14 oder 24 Seiten lassen sich ebenfalls finden, z.B. in Jubiläumsausgaben wie am 22. Dezember 1990¹¹⁸. Als sich die wirtschaftlichen Probleme der Zeitung verstärkten, ab Mitte des Jahres 1992, reduzierte sich die Zahl der Seiten schließlich auf zehn¹¹⁹.

Auch die Erscheinungsweise und -tag waren über den Forschungszeitraum nicht einheitlich. Anfangs erschien die Zeitung nur sporadisch, bedingt durch die Umstände der damaligen DDR und die ungeordneten Verhältnisse. In den Jahren 1990 bis 1992 erfolgte die Etablierung als Wochenzeitung mit der Erscheinungsweise am Mittwoch. Doch Mitte des Jahres 1992, im Zuge der Reduzierung der Seitenzahlen auf zehn, erfolgt zeitgleich die Reduzierung der Erscheinungsweise auf 14-tägig¹²⁰. In einem Artikel, der sich um die Zeitung dreht, wird deutlich, wie es um die Situation des M.A. steht. Es wird offen über die Geldsorgen geschrieben und auch darüber, dass die Redaktion „eine Pause braucht“¹²¹. Weiterhin wurde der Erscheinungstag ab Ende des Jahres 1991 von Mittwoch auf Freitag verlegt¹²². Den Erscheinungstag Samstag gab es ebenfalls in einer Ausgabe¹²³.

¹¹⁵ Interview Regine Marquardt

¹¹⁶ Ausgabe Nr. 01 und 02, 31. Dezember 1989, 19. Januar 1990

¹¹⁷ Ausgabe Nr. 20, 30. Mai 1990

¹¹⁸ Ausgabe Nr. 49/59, 22. Dezember 1990

¹¹⁹ ab Ausgabe Nr. 37/38, 18. September 1992

¹²⁰ Zeitungen ab Nr. 26, 26. Juni 1992, S. 1, „In eigener Sache“

¹²¹ Ausgabe Nr. 26, 26. Juni 1992, S. 1, „In eigener Sache“

¹²² Ausgabe Nr. 44, 08. November 1991

¹²³ Ausgabe Nr. 01, 04. Januar 1992

Titel

Die Zeit des Wandels in Deutschland und der neugewonnenen Freiheit, spiegelt sich in einer ständigen Transformation der Struktur und des Layouts der Zeitung wider. Lediglich der Kopf der Zeitung bleibt über den Zeitraum der Vollerhebung (fast) ohne Veränderung.

Abb. 1: Zeitungskopf der ersten Ausgabe, 31. Dezember 1989



Abb. 2: Zeitungskopf Ausgabe 21, 07. Juni 1990

Abb. 3: Zeitungskopf der letzten Ausgabe, 19. Februar 1993



Der Vergleich der Bilder zeigt, wie sich die Ankündigungen des Inhaltes (im Nachfolgenden Teaser genannt) im Laufe der Erscheinungsweise veränderten. Es gab anfänglich keine Teaser, die den Inhalt der Zeitung anpriesen. Ab der Ausgabe Nr. 09, aus dem März 1990, gibt es allerdings ein Inhaltsverzeichnis, welches auf dem Titel zu finden ist.

Über die Jahre veränderte sich dieses Inhaltsverzeichnis zu der, auf der Seite 24, abgebildeten Form von Teasern, die ab Juni 1990 eingeführt wurden¹²⁴.

Weiterhin wurde die Unterzeile des Zeitungskopfes von „Unabhängige Zeitung in Mecklenburg und Vorpommern“ in „Unabhängige Wochenzeitung“ geändert. Dies geschah im Zuge der Bildung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern. In der Wochenzeitung wurde die Änderung ab der Ausgabe vom 13. Februar 1991 vollzogen¹²⁵.

Das Allgemeine Erscheinungsbild der Zeitung, unterliegt ständigen Veränderungen. Der Titel der Zeitung bleibt jedoch in den Jahren des Verkaufs konstant. Das Titelbild ist, bis auf wenige Ausnahmen, generell ein Landschaftsbild. Der Text und das Bild passen nicht, wie heute üblich zusammen. Die Ursache ist auf fehlende Möglichkeiten seitens der Redaktion zurückzuführen. Frau Marquardt erklärte dazu: „Wir wurden in Ermangelung von Pressefotos, zunächst mit eigenen Fotos [gedruckt, Anm. d. Verf.]. Als ich da mit der ersten Ausgabe hinfuhr, hatte ich ein paar Demonstrationsfotos und habe mir noch gegriffen, weil ich das liegen hatte, Landschaftsbilder. Dadurch ist eigentlich auch das Layout der ersten Seite entstanden. Irgendwann einmal wurde gesagt, wir wären die größte Baumschule in Mecklenburg-Vorpommern.“¹²⁶



Abb 4: Beispiel für Titelbild einer jeden Zeitung, Ausgabe Nr. 22, 13. Juni 1990, Titel

¹²⁴ Ausgabe Nr. 21, 07. Juni 1990

¹²⁵ Ausgabe Nr. 06, 13. Februar 1991

¹²⁶ Interview Regine Marquardt

Diese Aussage erklärt auch, warum die Bilder anfangs kaum zu den jeweiligen Texten passten.

Abb. 5: Beispiel für fehlenden Zusammenhang zwischen Bild und Text, Ausgabe Nr. 28, 25. Juli 1990, S. 4



Im Laufe der Jahre wurde mit Karikaturen und passenden Fotos gearbeitet. Das Titelbild blieb (meist) die Landschaftsaufnahme.

Ressorts

Die ersten Ausgaben sind, im Vergleich zu späteren, unübersichtlich. Es gibt weder Ressorts, noch Bildunterschriften. Die Artikel sind in keiner Form geordnet oder nach Themen sortiert. Es ist ein ganz neues Lebensgefühl erkennbar. Die Meinungen wurden frei geäußert und von strukturellen Normen oder Vorgaben, hielt sich der M.A. fern.¹²⁷ Ein Übergang in Richtung Bildunterschriften bzw. Erläuterungen zum Bild, aber auch zu Unterzeilen gibt es ab der Ausgabe Nr. 04, 1990¹²⁸. Es lässt sich nicht die Entwicklung verzeichnen, dass von einer Ausgabe zur folgenden Bildunterschriften, Ressorts, Unterzeilen etc. entstanden sind. Vielmehr zeigt sich in der Struktur der Entwicklungsprozess, in dem einige Dinge entstehen, aber nicht kontinuierlich durchgehalten werden. Auch die Ressorts befanden sich in dieser Entwicklung. Im Vorfeld gab es Ansätze des Übergangs, in dem es beispielsweise eine Seite mit der Überschrift „Politik“ gab. Ressorts in der gesamten Zeitung sind ab der Ausgabe Nr. 27 vom 18. Juli 1990 zu finden. Frau Marquardt nannte im Gespräch als Grund der Einführung, der Übersichtlichkeit nach außen, aber auch für die Redaktion selbst¹²⁹.

¹²⁷ Vgl. Abschnitt 4.1.3.

¹²⁸ Ausgabe Nr. 04, 07. Februar 1990

¹²⁹ Interview Regine Marquardt

Die am kontinuierlichsten vorhandenen Ressorts sind: „Politik“, „Das Thema“, „Bildung/Soziales“, „Wirtschaft“, „Kultur“, „Sehenswert-empfehlenswert“, „Leserforum“, „Die Woche“, „Lug ins Land“, „Vermischtes“. Es gibt immer wieder Schwankungen und Änderungen. Speziell im Jahr 1992 erkennt der Leser keine klare Struktur auf den letzten Seiten. Beispielsweise gibt es das Ressort „Reise“ oder nur „Forum“, oft erscheinen auch Anzeigen auf der letzten Seite. Außerdem wurde „Die Woche“ durch „Vermischtes“ ersetzt, so dass die Seiten im hinteren Teil der Zeitung stets neu gemischt wurden.

Eine dieser „mehr oder weniger“ konstanten Themen ist das Ressort „Lug ins Land“. Es entwickelte sich aus den Landschaftlichen Bereichen und Artikeln der Zeitung. In diesem Ressort werden verschiedene Städte, Dörfer und später auch Gebäude vorgestellt und mit Bildern unterlegt¹³⁰. Die Regionalität und Heimatverbundenheit zeigt sich durch dieses Ressort.

Der M.A. legt in allen Ausgaben viel Wert auf einen Dialog mit den Lesern. Es soll keine Zeitung sein, die ihren Lesern eine Meinung vorgibt und keine anderen zulässt. Dieses Faktum lässt sich in der hohen Anzahl an Leserbriefveröffentlichungen erkennen. Bis zur letzten Ausgabe gibt es im M.A. eine Rubrik für Leserbriefe (Ressort „Leserbriefe“, „Meinungen“ oder „Forum“). Diese Rubrik verkleinert sich im Laufe der Zeit. Dennoch gibt es zu vielen Themen unterschiedliche Meinungen, die veröffentlicht werden. So geht es um die Frage der Abtreibung (siehe S. 48) oder um Meinungen zu anderen Themen, wie z.B. dem Artikel „Die Seele des Kindes gleicht einem Spiegel“¹³¹.

Rubriken

Wenn der Inhalt der Zeitung im Groben betrachtet wird, sind die vielen verschiedenen Rubriken auffällig. Es gibt zahlreiche neue Impulse und neu entstandene Themen, doch nur die wenigsten werden über die Jahre weitergeführt. Beispielsweise wurde die Rubrik „Wirtschaft Heute“ (entstanden aus „Notizen aus der Wirtschaft“¹³²) fast durchgängig geschrieben. Inhalt der Rubrik waren verschiedene Begrifflichkeiten, die den Lesern erklärt wurden, wie z.B. das „Bankgeheimnis“¹³³ oder „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ABM“¹³⁴.

¹³⁰ z.B. Ausgabe Nr. 31, 15. August 1990, S. 11

¹³¹ Ausgabe Nr. 03, 25. Januar 1990, S. 3, „Die Seele des Kindes gleicht einem Spiegel“

¹³² Ausgabe Nr. 30, 08. August 1990

¹³³ Ausgabe Nr. 31, 07. August 1991, S. 5

¹³⁴ Ausgabe Nr. 32, 14. August 1991, S. 5

Weiterhin gab es beispielsweise die Rubrik „Dit un dat up Platt:“ (später nur „Up Platt:“) und „West-Östliches Sofa“. „Up Platt:“ sind Artikel zu Themen, wie z.B. „Emanzipatschon“¹³⁵ oder „Lihrijungs, Lihrdierns un Uttaubildende“¹³⁶, auf Plattdeutsch geschrieben. Diese Artikel finden sich anfänglich im letzten Teil der Zeitung wieder (später Ressort „Reise“ oder „Stadt und Land“). Im weiteren Verlauf, verschwindet die Rubrik allerdings teilweise ganz oder ist an andere Stellen gesetzt, wie z.B. in das Ressort „Forum“ in dem Leserbriefe abgedruckt werden¹³⁷. Dennoch ist „Up Platt:“ gemeinsam mit „Wirtschaft Heute“ eine der konstantesten Bereiche.

Die Serie „West-Östliche Sofa“ schildert die Sicht der Dinge von einem Westdeutschen auf die Ostdeutschen und einem Ostdeutschen auf die Westdeutschen, zu Themen wie bspw. der „Bartträger“¹³⁸. Andere Rubriken sind „Von Rechts wegen“, „Bauen in Mecklenburg“ oder „Kulinarisch: Der MA beißt an...“. „Von Rechts wegen“ beschäftigte sich mit rechtlichen Geschehnissen. Der Artikel „Der blaue Brief... geht manchmal schief“ erklärt, z.B. den Kündigungsschutz in mehreren Teilen¹³⁹. Die Serie „Bauen in Mecklenburg“ ist ein Serviceangebot für die Leser des M.A. Es werden hier Auszüge aus der Radiosendung „Buten un binnen“ gegeben und jede Woche werden verschiedene Themen erläutert, z.B. „Rohr- und Strohdächer“¹⁴⁰. Durch „Kulinarisch: Der MA beißt an...“ wird dem Leser eine Gaststättenbewertung gegeben, indem verschiedene Restaurants besucht und auf Service etc. geprüft werden¹⁴¹.

Bei allen Rubriken fehlte das Durchhaltevermögen. Frau Marquardt sagte dazu: „Das lag ganz viel an den Leuten, wenn jemand weg gegangen war, konnte man manches nicht mehr aufrecht erhalten [...] An manches haben wir uns auch heran getastet, wie die Gaststättenbesprechung, also alles was wir heute überall wieder finden, haben wir manchmal versucht und dann auch manchmal nicht durchgehalten [...]“¹⁴² Die Unterschiedlichen Themenbereiche und Inhalte zeigen, wie schnelllebig die Wende-Zeit war. Die Impulse dieser Zeit finden sich in neu erscheinen verschiedener Rubriken und Ressorts wieder. Erst Ende des Jahres 1991 und im Jahr 1992 lässt sich eine gewisse Regelmäßigkeit in der Struktur feststellen.

¹³⁵ Ausgabe Nr. 25, 04. Juli 1990

¹³⁶ Ausgabe Nr. 27, 18. Juli 1990

¹³⁷ Ausgabe Nr. 07, 14. Februar 1992, S. 8

¹³⁸ Ausgabe Nr. 30, 08. August 1990, S. 2

¹³⁹ Ausgabe Nr. 31, 07. August 1991

¹⁴⁰ Ausgabe Nr. 04, 07. Februar 1990, S. 6

¹⁴¹ z.B. Ausgabe Nr. 32, 22. August 1990

¹⁴² Interview Regine Marquardt

4.1.3.) Inhaltlich

Inhaltlich wurde durch die Beschreibung der Struktur der Zeitung ein Bereich abgearbeitet (siehe Abschnitt 4.1.2.). Im Folgenden wird der Inhalt der verschiedenen Jahre beschrieben. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich inhaltlich primär mit den wichtigsten Ereignissen in der Wendezeit.

Hierbei wird weniger auf die sich später entwickelnden Ressorts „Kultur“ oder „Literarische Welt“, „LESERFORUM“ oder auch nur „Forum“ u.ä. eingegangen. (siehe Abschnitt 4.1.2.) Beilagen u.ä. werden nicht näher erläutert. Weiterhin werden die Themen eingeteilt in International, National und Regional. Die Reihenfolge der verschiedenen geschichtlichen Ereignisse ist nicht chronologisch, da sich die komplexen Zusammenhänge besser mit Zwischenüberschriften und den Entwicklungen einzelner Themenbereiche erklären lassen. Auch gibt es Dopplungen in den Themen bei International, National, Regional. Die jeweiligen Abschnitte beziehen sich auf die Region oder ganz Deutschland. Generell ist eine Abgrenzung der Themengebiete nur sehr schwer möglich, denn alle sind miteinander verzahnt oder vernetzt. Die Übersichtlichkeit kann dennoch durch Überschriften und einzelne Themen gegeben werden. Zu beachten ist weiterhin, dass es sich um eine geschichtliche Darstellung aus der Sicht des M.A. handelt. Es werden Daten und Fakten, die sich in der Zeitung finden, wiedergegeben. Einige geschichtliche Ereignisse werden in der Zeitung nicht thematisiert, denn die Bevölkerung wusste um das Geschehen im Land, da täglich Nachrichten über die aktuelle Situation gesendet wurden. Eine inhaltliche Aufbereitung kann daher nur oberflächlich erfolgen.

Die Wendezeit ist durch eine existierende Revolution innerhalb der Bevölkerung der DDR gekennzeichnet. Nach jahrzehntelanger Unterdrückung wollten die Menschen ihre Meinung öffentlich kundtun. Diese Feststellung erklärt auch die Zahl der plötzlich existierenden Zeitungen und Zeitschriften. Freie Meinungsäußerung wurde auch im M.A. genutzt und propagiert. Dieses Lebensgefühl und der „neue Schwung“ übertrugen sich in die Zeitung. Es werden Ereignisse ausgewertet und - vor allem - bewertet. Die klare Positionierung der Zeitung ist ein wichtiges Instrument. Ein Beispiel, in welchem der M.A. Stellung bezieht, sind die Beschimpfungen einer Interviewpartnerin, nachdem das Interview in einer Ausgabe erschienen ist. Diese Missbilligung duldet der M.A. nicht und drückt die Enttäuschung über ein solches Verhalten auch aus.¹⁴³ Mit den Neuerungen und dem Aufbau eines komplett neuen Systems waren viele Menschen verunsichert. In vielen Ausgaben ist die Angst zu spüren, die die Menschen besonders in den Jahren 1991/1992 auszeichnete. Hierauf wird ab Seite 55 näher eingegangen.

¹⁴³ Ausgabe Nr. 12, 04. April 1990, S. 3, „Das macht uns betroffen“

1989/1990:

Im weiteren Verlauf wird sich vorrangig mit dem Jahr 1990 beschäftigt, denn im Jahr 1989 erschien die erste Ausgabe am 31. Dezember 1989. Das Jahr 1990, widmet sich fast ausschließlich innerdeutschen Themen. Dieses Jahr wird auch „das Jahr der Deutschen“¹⁴⁴ genannt. Die Berichte beschäftigen sich mit vielen Problemen, die es durch die Maueröffnung gab.

International

Die wichtigste internationale Entwicklung zeichnete sich in dem beginnenden Zerfall des Ostblockes ab.

Umwälzung im Ostblock

Die Auflösung der Sowjetunion (oder auch Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, kurz: UdSSR) begann im Jahr 1990. Michail Gorbatschow war der wichtigste Staatsmann - der Präsident - der Sowjetunion und erhielt im Oktober 1990 den Friedensnobelpreis. Er veränderte mit seiner Politik die Welt. Beispielsweise wurde durch ihn der Krieg in Afghanistan beendet, die Truppen in Osteuropa reduziert und durch seine Ideen zur Abrüstung das Ende des Kalten Krieges eingeläutet¹⁴⁵. Er war ein Hoffnungsträger, der bald nicht mehr im eigenen Land geschätzt wurde¹⁴⁶. Es finden sich Artikel, über das Scheitern des Politikers durch die innenpolitischen Schwierigkeiten¹⁴⁷. Es erfolgt die Zuspitzung der innenpolitischen Lage.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (kurz: KPdSU) wollte ihre Macht nicht abgeben und es schien keine Auswege aus der politischen Lage zu geben. Letztendlich ist sogar ein Bürgerkrieg denkbar, urteilt der M.A.¹⁴⁸. Die Drohung der Auflösung wird zur Realität ab dem August 1990. Der M.A. kündigte an, dass sich die Ukraine von der Sowjetunion lösen wird.

¹⁴⁴ Ausgabe Nr. 49/50, 22. Dezember 1990, S. 7

¹⁴⁵ Ausgabe Nr. 41, 24. Oktober 1990, S. 1, „Gorbi et orbi“

¹⁴⁶ Ausgabe Nr. 21, 07. Juni 1990, S. 1, „Der Prophet gilt nichts im eigenen Lande“

¹⁴⁷ Ausgabe Nr. 22, 13. Juni 1990, S.3, „Michail Gorbatschow – ein großer Staatsmann – Wird er an innenpolitischen Schwierigkeiten scheitern?“

¹⁴⁸ Ausgabe Nr. 43, 07. November 1990, S. 3, „Wende in der Sowjetunion mit oder ohne Gorbatschow“

Die Entscheidung war, mit nur vier Stimmen gegen die Souveränitätserklärung von den obersten Sowjets der Ukraine, eindeutig¹⁴⁹. Der Zerfall des Ostblocks begann demnach schon im mit der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze und setzte sich bis 1991 fort.

Die Umwälzungen in den anderen Staaten begannen ebenfalls 1989/1990. Bspw. berichtete der M.A., dass die Revolution, die in Rumänien im Dezember 1989 startete, nicht vorankam. Die Wende erhielt Einzug in Rumänien, doch es folgte keine Umstülpung in Richtung einer Demokratie. Politische Versprechen sind nicht eingehalten worden, die Menschen verließen das Land, der Schwarzmarkt erlebte Hochkonjunktur und der alte Apparat ist im September 1990 in der Politik noch immer vorhanden, obwohl eine neue Regierung gewählt wurde.¹⁵⁰

National und ehemalige DDR

Die Historie beschreibt Wendepunkte mit dem Mauerfall am 09. November 1989 und der Wiedervereinigung am 03. Oktober 1990. Genau in dieser Zeit entsteht der M.A. und erscheint mit den ersten Ausgaben.

Geschichtliche Ereignisse

Der Weg der Wiedervereinigung ist durch Meilensteine zu kennzeichnen. Einer ist die Volkskammerwahl am 18. März 1990. Die erste freie Wahl war ein wesentlicher Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands.

Die Unsicherheit des Volkes spiegelte sich in der Zeit vor der Wahl wider.¹⁵¹ Es darf nicht davon ausgegangen werden, dass das Volk der DDR ein neues Regierungssystem kannte. Vielmehr musste die Demokratie als Staatsform erlernt werden¹⁵².

In Vorbereitung auf die Volkskammerwahl wurden Parteien vorgestellt (siehe S. 33). Weiterhin gab es Wahlkampfkundgebungen in den Gebieten der ehemaligen DDR.

Es wird, z.B., über die Kundgebung des Bündnisses aus CDU, DSU und dem Demokratischen Aufbruch, die zusammen die „Allianz für Deutschland“ bildeten, in Schwerin berichtet.

¹⁴⁹ Ausgabe Nr. 29, 01. August 1990, S. 2, „Die Scheidung ist eingereicht – Die Ukraine löst sich von der Sowjetunion“

¹⁵⁰ Ausgabe Nr. 36, 19. September 1990, S. 2, „Rumänien: Die Revolution ist steckengeblieben“

¹⁵¹ Ausgabe Nr. 09, 14. März 1990, S.1, „Vor welcher Wahl stehen wir?“

¹⁵² Ausgabe Nr. 05, 14. Februar 1990, S. 2, „Der 18. März muss überstanden werden“

Dass 5.000 Besucher vor Ort waren, zeigt ein reges Interesse am Neuen, am Umbruch und einer neuen Art des Denkens¹⁵³.

Der M.A. ruft zum Wählen auf¹⁵⁴ und führt Umfragen zur Wahl und der Einstellung der Menschen sowie deren Wählerstimmen durch¹⁵⁵. Um die Entscheidung für die Bevölkerung einfacher zu gestalten, stellt der M.A. alle Parteien in Kurzform vor¹⁵⁶. Das Ergebnis für die CDU („Allianz für Deutschland“) und somit für Helmut Kohl überrascht¹⁵⁷, aber die Freude über die neue Staatsform der Demokratie überwiegt¹⁵⁸. Lothar de Maizière, der neugewählte Parteivorsitzende der CDU und künftiger Ministerpräsident der DDR, ging ebenfalls als Gewinner aus der Wahl hervor¹⁵⁹.

Der Weg in Richtung Wiedervereinigung ist durch die Wahl geebnet worden. Aus dem Artikel: „Gegen die Selbstverständlichkeiten“ geht hervor, dass kein Bürger gefragt worden ist, ob er mit der Wiedervereinigung einverstanden sei¹⁶⁰, was zeigt, dass der M.A. die Entwicklungen der Zeit begleitet, kritisch beleuchtet und hinterfragt. Bereits zwei Wochen nach der Wahl werden über erste Erfahrungen mit der neuen Staatsform berichtet sowie die Enttäuschung der Wähler bekanntgegeben¹⁶¹. Die neue Regierung hat aus den Augen der Bevölkerung noch nichts erreicht, es herrscht eine gewisse Empörung über die aktuelle Situation und das Chaos¹⁶². Außerdem zeichnet sich die schwierige und langwierige Regierungsbildung ab¹⁶³.

¹⁵³ Ausgabe Nr. 06, 21. Februar 1990, S. 2, „Einigkeit und Recht und Freiheit für unser deutsches Vaterland“

¹⁵⁴ Ausgabe Nr. 09, 14. März 1990, S. 1, „Auf jeden Fall wählen!“

¹⁵⁵ ebd., S. 2

¹⁵⁶ Ausgabe Nr. 09, 14. März 1990, S. 3, „Wir haben die Wahl!“

¹⁵⁷ Ausgabe Nr. 10, 21. März 1990, S. 1, „Die DDR hat gewählt“, „Die Überraschung ist perfekt.“

¹⁵⁸ Ausgabe Nr. 10, 21. März 1990, S. 1, „Die DDR hat gewählt“

¹⁵⁹ Ausgabe Nr. 10, 21. März 1990, S. 2, „Der Gewinner“ und Ausgabe Nr. 13, 11. April 1990, S. 1, „Große Koalition in der DDR steht“

¹⁶⁰ Ausgabe Nr. 11, 28. März 1990, S. 2, „Gegen die Selbstverständlichkeiten“

¹⁶¹ Ausgabe Nr. 12, 04. April 1990, S.1, „Demokratie – erste Erfahrungen“

¹⁶² Ausgabe Nr. 12, 04. April 1990, S.1, „Was nun Herr Kohl?“

¹⁶³ Ausgabe Nr. 13, 11. April 1990, S.1, „Die schwierige Regierungsbildung“

Am 31. August 1990 erfolgte die Unterzeichnung des Einigungsvertrages. Kurz darauf, am 12. September kam es zum Abschluss der 2+4 Gespräche, „damit ist das Sonderrecht der Alliierten erloschen“¹⁶⁴. Ein einheitliches Deutschland gibt es seit dem 03. Oktober 1990 - ein historischer Tag.

„Ich sitze hier und kann schreiben, was ich will... Das ist ein Grund zu atemberaubender Freude... Der Krieg ist zu Ende, wirklich zu Ende“¹⁶⁵, mit diesen Worten beschreibt Regine Marquardt den Tag der deutschen Einheit. Auch das Grundgesetz ist seit diesem Tag die Verfassung in Gesamtdeutschland¹⁶⁶.

Parteien

Die Parteien aus Westdeutschland sind den Bürgern der DDR nicht bekannt gewesen. Zunehmend erfolgt die Beschäftigung des M.A. mit dem Thema Politik. In Vorbereitung auf die Volkskammerwahl 1990 werden zunächst die Parteien und deren Programme vorgestellt¹⁶⁷.

Aus der SED gründete sich die SED-PDS. Gegen die Partei wird in vielen Ausgaben die Antipathie deutlich, insbesondere gegen die Person Gregor Gysi¹⁶⁸. Ausdruck findet sie in diversen Artikeln oder offenen Briefen. Der M.A. berichtet bspw.: „[...] unbequemer, mutiger, glaubwürdiger und wichtig für die demokratische Kultur wäre es zu gehen“¹⁶⁹. Die SED-PDS hatte von Anfang an einen schweren Stand bei der Bevölkerung¹⁷⁰, denn die alten Strukturen wollte niemand mehr sehen. Diese klare Positionierung verwundert vor dem Hintergrund der Neuordnung nicht.

Über einige Ausgaben, speziell nach der Volkskammerwahl, werden verschiedene Politiker im Land vorgestellt, wie z.B. der neue Innenminister der DSU, Dr. Peter-Michael Diestel¹⁷¹. Gleichzeitig wird aber auch die Unübersichtlichkeit in der politischen Lage thematisiert und erläutert.

¹⁶⁴ Ausgabe Nr. 49/50, 22. Dezember 1990, S. 7, „1990“

¹⁶⁵ Ausgabe Nr. 38, 03. Oktober 1990

¹⁶⁶ Ausgabe Nr. 37, 26. September 1990, S. 1, „...brüderlich mit Herz und Hand“, „Eine neue Verfassung?“

¹⁶⁷ z.B. Ausgabe Nr. 03, 25. Januar 1990, S. 4, „Wir stellen vor – Grüne Partei“

¹⁶⁸ Ausgabe Nr. 03, 25. Januar 1990, S.3, „Das haben wir schon mal gehört“

¹⁶⁹ Ausgabe Nr. 22, 13. Juni 1990, S. 2, „Gib auf, Gysi!“

¹⁷⁰ Ausgabe Nr. 07, 28. Februar 1990, S.2, „Sehr geehrter Herr Gysi!“

¹⁷¹ Ausgabe Nr. 16, 02. Mai 1990, S. 1, „Neue Männer hat das Land“

Es sei nicht nur für die Bevölkerung schwierig das System zu durchschauen, sondern auch für die Journalisten, die täglich mit der Politik zu tun haben, schrieb der M.A.¹⁷² Die Phase des Übergangs in ein vereintes Deutschland wird oft als Chaos beschrieben. Angeblich hatten selbst die Politiker kaum Ahnung, wie ein neues Deutschland zu realisieren wäre.

Um einen Eindruck der Lage zu bekommen, schreibt Dr. Cora Stephan in der Ausgabe Nr. 31: „Das wäre die schlimmste Folge der blamablen Bonner Parteipolitik: dass die Neuwähler der DDR notgedrungen zur Erkenntnis kommen müssen, dass das freiste System auf deutschem Boden ihnen nur die Wahl lässt zwischen Stümpfern, Vollidioten, Gaunern und Versagern. Schöner Sieg der Demokratie.“¹⁷³ Die schwierige politische Lage wird durch Parteiaustritte sichtbar. Dr. Peter-Michael Diestel, bspw. trat aus seiner Partei aus¹⁷⁴, Lothar de Maizière trat von seinem Posten als Ministerpräsident der DDR zurück¹⁷⁵.

Nur fünf Monate hielt die Regierung unter Lothar de Maizière in der Noch-DDR¹⁷⁶. Politik, ein Chaos, welches eine verwirrte Bevölkerung zurückließ. Am 02. Dezember 1990 erfolgte die Wahl des ersten gesamtdeutschen Bundestages. Die CDU gewann unter Helmut Kohl, wie vorher angenommen¹⁷⁷.

Aber auch andere neue Problematiken werden beschrieben und geschildert. Z.B. wurde die fünf Prozent Sperrklausel für die DDR eingeführt. Im Vorfeld gab es viele Diskussionen und die Frage, ob es gut sei, den Parteien eine solche Hürde aufzuerlegen¹⁷⁸. Trotz der Diskussionen wird die Sperrklausel für die Wahl des gesamtdeutschen Parlaments im Dezember eingeführt¹⁷⁹.

Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion

Gerade die Währungsunion stellt die Bürger der ehemaligen DDR vor eine weitere Befürchtung – dem Wertverlust ihres Geldes. Die Diskussionen über eine Währungsreform und die Übernahme der D-Mark in die Ex-DDR sind vor allem im ersten Halbjahr 1990 oft zu finden.

¹⁷² ebd.

¹⁷³ Ausgabe Nr. 31, 15. August 1990, S. 1, „Zynismus, Dummheit, Hilfslosigkeit“

¹⁷⁴ Ausgabe Nr. 26, 11. Juli 1990, S. 1, „Diestel, Wünsche, Ebeling - Minister ohne Parteien“

¹⁷⁵ Ausgabe Nr. 30, 08. August 1990, S. 1, „De Maizière wirft das Handtuch“

¹⁷⁶ Ausgabe Nr. 33, 29. August 1990, S. 1, „Das gab's nur einmal“

¹⁷⁷ Ausgabe Nr. 47, 05. Dezember 1990, S. 1, „Der Alltag hat uns wieder“

¹⁷⁸ Ausgabe Nr. 26, 11. Juli 1990, S. 2, „5%-Sperrklausel?“

¹⁷⁹ Ausgabe Nr. 30, 08. August 1990, S. 3, „So kommt die Demokratie auf den Hund“

Die Ungewissheit über die weiteren Vorgänge schüren Ängste und Unmut in der Bevölkerung der DDR. In dieser Zeit gibt es viele Mutmaßungen und Spekulationen, z.B. zum Kurswechsel. Eine klare Regelung und eine klare Struktur lassen sich vorerst nicht erkennen.

Doch egal wie es für die Bürger der DDR ausgehen wird, es wird klar, dass niemand die neu gewonnene Freiheit wieder zurückgeben möchte¹⁸⁰. Es wird aber auch über positive Folgen der Währungsunion berichtet, denn die Kaufkraft würde dadurch in der DDR steigen, laut einem Artikel vom 16. Mai 1990¹⁸¹.

Die Sozialunion ist durch die Übernahme des Sozialversicherungssystems der BRD in die DDR gekennzeichnet. Z.B. wurde die Sozialversicherungspflicht neu eingeführt. Der M.A. klärt auf: Für wen gilt diese? Was ist zu beachten? Etc.¹⁸² Als Teil der Sozialversicherung fungiert bspw. die Arbeitslosenversicherung. Erklärungen wozu und wie die Beiträge funktionieren, gibt der M.A. zu diesem neuen System¹⁸³. Wichtige Informationen konnten den Leser erreichen und wurden nicht vorenthalten.

Am 01. Juli 1990 wird die Wirtschaft-, Währungs- und Sozialunion eingeführt. Die D-Mark ist ab diesem Datum die neue Währung in Gesamtdeutschland¹⁸⁴. Nach dem historischen Tag gibt es Umfragen, die sich mit Meinungen zur D-Mark befassen¹⁸⁵.

Hauptstadtfrage

Die Hauptstadtfrage, bezieht sich im Jahr 1990 nicht nur auf Mecklenburg-Vorpommern (siehe S. 43), sondern auch auf die Frage: Berlin oder Bonn? Die Anfänge dieser Diskussionen finden sich in der Ausgabe Nr. 22 wieder¹⁸⁶. Die Chefredakteurin schreibt zu diesem Thema: „[...] Wiewohl ich den Bundespräsidenten sehr schätze, möge uns doch wenigstens dies erspart bleiben: Berlin wieder die Hauptstadt der Deutschen!“¹⁸⁷

¹⁸⁰ Ausgabe Nr. 16, 02. Mai 1990, S.1, „Selbstmitleid jetzt unangebracht“

¹⁸¹ Ausgabe Nr. 18, 16. Mai 1990, S.4, „Höhere Kaufkraft“

¹⁸² Ausgabe Nr. 36, 19. September 1990, S. 4, „Sozialversicherung in der DDR“

¹⁸³ Ausgabe Nr. 29, 01. August 1990, S. 5, „Arbeitslosenversicherung nach West-Vorbild“

¹⁸⁴ Ausgabe Nr. 24, 27. Juni 1990, S. 1, „Auf die Plätze! Fertig! Los!“

¹⁸⁵ Ausgabe Nr. 26, 11. Juli 1990, S. 3, „Umfrage zu ersten Erfahrungen mit der D-Mark“

¹⁸⁶ Ausgabe Nr. 22, 13. Juni 1990, S. 3, „Persil bleibt Persil, Berlin bleibt Berlin!“

¹⁸⁷ Ausgabe Nr. 25, 04. Juli 1990, S.1, „Berlin, Stadt im Taumel“

Sie positioniert sich eindeutig zur Hauptstadtfrage – gegen Berlin. Immer wieder gibt es Diskussionsbeiträge¹⁸⁸. Ein Ergebnis gibt es schließlich im Juni 1991 (siehe S. 53).

Bundesländer in Ostdeutschland

In der DDR gab es 14 Bezirke, neben Berlin, welche festgelegt waren¹⁸⁹. Nach Öffnung der Grenze, mussten aus den Bezirken neue Bundesländer gebildet werden. Bspw. ging es um die genaue Begrenzung der jeweiligen Länder und die Meinung der Redaktion zu diesem Thema: „So wie es bis jetzt aussieht, sieht es schlecht aus für die Bürger der ehemaligen DDR. Da soll und will das Gebiet der DDR in fünf kleine Bundesländer mit einem dicken Berlin in der Mitte aufgeteilt werden. Dümmeres kann man nun wirklich nicht entscheiden.“¹⁹⁰ Da sich die Politik über die Neuaufteilung nicht einigen konnte, entfachte ein Streit darüber.

Die Redaktion schreibt, dass solche eine Entscheidung nicht mehr revidiert werden kann und gründlich überlegt werden sollte¹⁹¹. Der Artikel „Neue Bundesländer – eine einmalige Chance“, gibt Vorschläge für die neue Bildung¹⁹². Unabhängig von Berlin erklingt der Vorschlag: „[...] dass nicht wenigstens ein Bundesland entsteht, dass aus je einem westdeutschen und einem ostdeutschen Bundesland zusammenwächst [...]“¹⁹³

Wirtschaft

Die Wirtschaft der DDR stand kurz „vor dem Zusammenbruch“¹⁹⁴. Ein Beispiel zeigt sich bei den Kommunen, die vor dem Bankrott stehen und haben keine Gelder mehr besitzen. Kredite stehen von der Regierung bereit und sollen bis 31.3.1991 vergeben werden.¹⁹⁵

¹⁸⁸ Ausgabe Nr. 39, 10. Oktober 1990, S. 1, „Drei Tage in Berlin“

¹⁸⁹ „Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland: alte und neue Bundesländer“, Hermann Meyn, S. 43

¹⁹⁰ Ausgabe Nr. 23, 20. Juni 1990, S. 1, „Neue Bundesländer – eine einmalige Chance!“

¹⁹¹ ebd.

¹⁹² ebd.

¹⁹³ ebd.

¹⁹⁴ Ausgabe Nr. 32, 22. August 1990, S. 1, „Ein Trauerspiel als Farce“

¹⁹⁵ Ausgabe Nr. 38, 03. Oktober 1990, S. 5, „Milliarden Kredite stehen bereit“

Die Energiewirtschaft der ehemaligen DDR befand sich in einem schlechten Zustand. Die DDR war der größte Energieverschwender Europas¹⁹⁶. Um dieses Problem zu bewältigen, zeigt der M.A. seinen Servicecharakter und bietet Vorschläge „um Energie zu sparen“¹⁹⁷.

Doch es gibt nicht nur diesen Ansatz, den die Wochenzeitung verfolgt. Die Westdeutsche Energiekonzerne RWE, Preußen Elektra und Bayernwerke planten die Energiewirtschaft der ehemaligen DDR aufzukaufen. Über dieses Vorhaben gab es Empörung denn, das unternehmerische Risiko ist für diese drei Unternehmen ausgeschlossen worden, d.h. wenn sich die Kosten nicht decken, zahlt die DDR.¹⁹⁸ Diese Praxis erhielt viele Kritiken und traf auf Unverständnis. In der Folge wurde das Unterschreiben des Vertrages seitens der DDR vorerst auf Eis gelegt¹⁹⁹.

Viele Neuerungen der Wirtschaft und Investitionsvorhaben werden erklärt und beurteilt. Der Leser erhält einen Einblick in die schwierige und gleichzeitig ungeordnete Zeit. Andere Bereiche der Wirtschaft umfassten, z.B. erneuerbare Energien, das Tankstellennetz und das Straßennetz in der ehemaligen DDR.

Das Thema der erneuerbaren Energien wurde bereits im Jahr 1990 aktuell. Um die Energie des Windes bestmöglich zu nutzen, wird ein Windpark an der Ostseeküste realisiert²⁰⁰. Ein Ausbau des Tankstellennetzwerkes²⁰¹, genauso wie die Verbesserung der Straßen, die sich zum Teil in einem schlechten Zustand befinden, sind ebenfalls Themen, die in der Zeit der Wiedervereinigung ihren Platz in der Wochenzeitung finden.

Umwelt

Das Thema des Landschafts- und des Umweltschutzes spielt in allen Jahren der Berichterstattung eine große Rolle. So geht es Anfang der 90er um den Streit in den deutsch-deutschen Grenzen. Es muss entschieden werden, in wie weit hier Naturschutzgebiete entstehen sollen oder Investoren einen Zuschlag bekommen.²⁰² Der Artenschutz, ein immer noch aktuelles Problem, erhält bereits Anfang der 90er Einzug in die Berichterstattung.

¹⁹⁶ Ausgabe Nr. 4, 07. Februar 1990, S. 6, „Wir können sofort etwas tun“

¹⁹⁷ ebd.

¹⁹⁸ Ausgabe Nr. 25, 04. Juli 1990, S. 1, „Wegelagerer I“

¹⁹⁹ Ausgabe Nr. 26, 11. Juli 1990, S. 1, „Wegelagerer oder Visionen“

²⁰⁰ Ausgabe Nr. 24, 27. Juni 1990, S. 4, „Windenergie an Ostseeküste nutzen“

²⁰¹ Ausgabe Nr. 15, 25. April 1990, S. 2, „Ölfirmen wollen in der DDR 10 Milliarden investieren“

²⁰² Ausgabe Nr. 06, 21. Februar 1990, S. 3, „Die Natur wartet nicht“

Es wäre angebracht, die Biotope unter Schutz zu stellen, um den Artenschutz zu gewährleisten²⁰³. Viele kleine weitere Themen finden sich in der Berichterstattung, später durch das Ressort „Umwelt“²⁰⁴, wieder. Doch über alle Jahre des Erscheinens sind die Umwelt und der Naturschutz, ein zentrales Thema.

Gesundheitssystem

In der ehemaligen DDR zeichnete sich früh ein Engpass in der Medizinischen Versorgung ab. Bereits im Februar fehlt es an Ärzten, da viele Fachleute die DDR verließen²⁰⁵. Der Unterschied zur BRD bestand in den verschiedenen Gesundheitssystemen. In der DDR waren die Ärzte Angestellte des Staates, in der BRD Freiberufler²⁰⁶. Mit der Übernahme des Systems der BRD standen auch die Ärzte vor neuen Herausforderungen. Viele Ärzte kündigten an, sich mit einer eigenen Praxis selbstständig machen zu wollen²⁰⁷.

Überdies ist die Entwicklung der Bezirkskrankenhäuser lange Zeit unklar. Die Situation verschlechtert sich und der M.A. startet Aufrufe, die zur Arbeit im medizinischen Bereich motivieren sollen²⁰⁸. Unterstützung erhalten die Krankenhäuser zunächst aus dem Westen, durch die Übergabe von z.B. Narkosegeräten²⁰⁹. Mit dem Wegfall der staatlichen Subventionen für die Polikliniken, ab dem 01. Januar 1991, stellt sich die Frage, wie die Entwicklung weiter verläuft und ob die Kliniken überleben oder nicht²¹⁰. Die Polikliniken in Schwerin, z.B., sollen vorerst erhalten bleiben, sofern sich ein geeigneter Investor findet²¹¹.

Neue Probleme wie Drogen und Alkohol werden aktuell. Durch die offene Grenze, gibt es ein höheres Drogenaufkommen im Gebiet der ehemaligen DDR, dadurch macht sich eine Angst in der Bevölkerung breit, mit Drogen in Berührung zu kommen²¹².

²⁰³ Ausgabe Nr. 10, 21. März 1990, S. 8, „Biotopenschutz ist Artenschutz“

²⁰⁴ Ausgabe Nr. 25, 19. Juni 1992, S. 9

²⁰⁵ Ausgabe Nr. 05, 14. Februar 1990, S. 4, „Kein Notstand, aber chronisch krank“

²⁰⁶ Ausgabe Nr. 14, 18. April 1990, S. 2. „Gesundheitssystem im Vergleich“

²⁰⁷ Ausgabe Nr. 13, 11. April 1990, S. 8, „Ärzte wollen eigene Praxen gründen“

²⁰⁸ Ausgabe Nr. 08, 07. März 1990, S. 4, „BKH: Schwerin: Pflegenotstand“

²⁰⁹ Ausgabe Nr. 10, 21. März 1990, S. 4, „Drägerwerk hilft Mecklenburg“

²¹⁰ Ausgabe Nr. 31, 15. August 1990, S. 4, „Der nächste, bitte?“

²¹¹ Ausgabe Nr. 42, 31. Oktober 1990, S. 4, „Polykliniken mit privatem Investor erhalten“

²¹² Ausgabe Nr. 05, 14. Februar 1990, S. 4, „Gegen Alkohol und Drogen“

Der M.A. möchte den Drogenmissbrauch verhindern und ruft zu einem „Kampf gegen Drogen“ auf²¹³. Die Ex-DDR soll sich gegen Drogen-Dealer wehren²¹⁴. Anzeichen von Drogensucht werden genauso thematisiert und erläutert²¹⁵, wie für ein Leben ohne Alkohol plädiert wird²¹⁶.

Es werden Lösungen bzw. Hilfsstellen vorgestellt, an die sich betroffene Personen wenden können, wie z.B. die Schweriner Suchtberatungsstelle. Hier zeigt sich erneut der Servicecharakter der Zeitung²¹⁷.

Bildung und Erziehung

Das Bildungssystem der DDR stand kurz nach Öffnung der Mauer ebenfalls „vor dem Zusammenbruch“. Alte Modelle und Werte integriert in „[...] die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus [...]“²¹⁸, mit der Folge, dass „[...] andere Anschauungen und Lebenshaltungen abgewertet wurden [...]“²¹⁹, sollten nicht mehr vermittelt werden. Neue Systeme mussten her. Daher befasst sich der M.A. intensiv mit dem Thema Bildung und Erziehung.

Dieses Problem lässt sich nicht eindeutig zuordnen, denn es betrifft die gesamte DDR, genauso wie die Region Mecklenburg. Es geht um Kindergärten und Kinderkrippen, aber auch um Schule und Studium.

Im Bereich der Kleinkinderziehung werden z.B. staatliche Kindergärten vorgestellt²²⁰. Im Aufgabenkreis der Schulmodelle, gibt es Ansätze, die eventuell in die ehemalige DDR übernommen werden könnten, bspw. geht es um Alternativschulen²²¹ oder Waldorfschulen²²².

²¹³ Ausgabe Nr. 10, 21. März 1990, S. 5, „Drogen – den Anfängen wehren“

²¹⁴ Ausgabe Nr. 21, 07. Juni 1990, S. 4, „Drogen, Bedrohung für Menschen und Gesellschaft“

²¹⁵ ebd., „Anzeichen für eine Drogensucht...“

²¹⁶ ebd., „Alkoholfrei – ein Lebensstil mit Zukunft“

²¹⁷ Ausgabe Nr. 22, 13. Juni 1990, S. 4, „Hilfe, um von den Drogen wegzukommen“

²¹⁸ Ausgabe Nr. 03, 25. Januar 1990, S. 3, „Was wollen wir?“

²¹⁹ ebd.

²²⁰ Ausgabe Nr. 08, 07. März 1990, S. 3, „Neuer Trend: Der Wunsch der Kinder“

²²¹ Ausgabe Nr. 03, 25. Januar 1990, S. 2, „Alternativschulen – ein verschwiegenes Kapital in unserem Bildungssystem“

²²² Ausgabe Nr. 05, 14. Februar 1990, S.3, „Waldorfschule: Angstfreies Lernen – kreatives Entfalten“

Auch die Frage wohin die Reise des neuen Systems gehen soll, ist zentral²²³. Es wird ebenso über Unterrichtsfächer und Lehrerrollen diskutiert²²⁴, wie über das 13. Schuljahr²²⁵. Dass es allerdings ein neues Bildungssystem geben muss, steht in keiner Frage²²⁶. Der Prozess hin zu einem neuen Bildungssystem ist sehr zeitaufwendig und zieht sich über viele Jahre hin. Das Hochschulsystem der ehemaligen DDR ist ebenfalls nicht mehr tragfähig. Ähnlich wie in der Landwirtschaft (siehe S. 46) gehen Studenten auf die Straße, die durch die Umstrukturierung des Bildungssystems nicht wissen, in welcher Form eine Neugestaltung angestrebt wird. Sie kämpfen für den Statuserhalt und die Mitbestimmung bei der Umstrukturierung der Hochschulen²²⁷.

Durch die Abwanderung vieler Studenten aus dem Osten an Westdeutsche Hochschulen und Universitäten, „platzen diese aus allen Nähren“²²⁸. Ende November wird ein Entwurf für ein „Gesetz zur Erneuerung der Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern“ vorgelegt²²⁹.

Zukunftsängste

Was im gesamten Forschungszeitraum auffällig bleibt, ist die Thematisierung der Zukunft. Die Massenarbeitslosigkeit, die in die ehemalige DDR schon bald nach der Wende Einzug erhielt, war in den Strukturen der DDR unbekannt.

Die Menschen hatten Arbeit und ihr Einkommen, um ihr Leben zu finanzieren, denn der Staat war dazu verpflichtet jedem Bürger einen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen²³⁰. Alles andere war „aus kapitalistischen Ländern“²³¹ bekannt, nicht aber aus der DDR. Mit Aufkommen des Themas „Arbeitslosigkeit“ entsteht ein Problem, welches im Laufe der Zeit immer mehr an Bedeutung gewinnen wird. Gerade in Mecklenburg und Vorpommern, wird es ein Thema werden, dennoch ist es nicht als regional einzustufen, denn die Angst beschäftigte die gesamte Bevölkerung der ehemaligen DDR.

²²³ Ausgabe Nr. 03, 25. Januar 1990, S. 3, „Was wollen wir?“

²²⁴ Ausgabe Nr. 08, 07. März 1990, S. 3, „Stasi-Lehrer – nein danke!“

²²⁵ Ausgabe Nr. 38, 03. Oktober 1990, S. 4, „13. Schuljahr ist wichtig“

²²⁶ Ausgabe Nr. 11, 28. März 1990, S. 4, „Radikale Erneuerung des Bildungswesens gefordert“

²²⁷ Ausgabe Nr. 48, 12. Dezember 1990, S. 2, „Studenten auf der Straße“

²²⁸ ebd., S. 3, „Gnade des Nullpunkts“

²²⁹ Ausgabe Nr. 47, 05. Dezember 1990, S. 1, „Kraftakt im Kultusministerium bringt große Vollmachten“

²³⁰ Ausgabe Nr. 11, 28. März 1990, S. 3, „Arbeitnehmerschutz“

²³¹ Ausgabe Nr. 06, 21. Februar 1990, S. 8, „Arbeitslosigkeit – nun auch für DDR-Bürger?“

Die Arbeitslosigkeit steigt und es wird in den nächsten Jahren vorerst keine Besserung geben, denn auch die Prognosen sind negativ²³². Die große Katastrophe bleibt auf dem Arbeitsmarkt aus, dennoch ist ein Anstieg der Arbeitslosenzahlen nicht zu übersehen²³³. Um der damaligen Entwicklung ein Stück weit entgegenzuwirken, wurden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (kurz: ABM) in Mecklenburg-Vorpommern eingerichtet. Die Anzahl beschränkt sich damals auf die Erschaffung von 8.000 solcher Stellen.²³⁴

Weiterhin gibt es die reine Zukunftsangst, die das Lebensgefühl der Bevölkerung zeichnet. Niemand weiß, wohin die Reise geht, in dieser ungeordneten Zeit. „Es lohnt sich nicht mehr, das Land zu verlassen. Jammern hilft nicht. Wir sind ins Wasser geworfen worden, nun muss geschwommen werden“²³⁵, beschreibt ein Artikel von Egon Bahr treffend.

Eine Demonstration in Berlin, die in einer blutigen Auseinandersetzung endet, zeigt, dass die Bevölkerung nicht wusste, was für eine Zukunft sie erwartet. Während der Demonstration wurden Rufe nach Honecker laut²³⁶. Aufgrund der Ungewissheit und der Angst der Bevölkerung entsteht eine neue Bewegung, die sich bis 1993 fortsetzt – der Fremdenhass. Anfängliche Beschreibungen und Meinungen finden sich bereits Mitte 1990²³⁷. Diese Entwicklung gipfelt in den Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen 1992. Erste Anzeichen für Ausländerfeindlichkeit sind Ausschreitungen gegenüber Vietnamesen. In Schwerin wurden im September 1990 mehrere sogenannte „fliegende Händler“ von Skinheads verprügelt.²³⁸

Etwas Neues und Ungewöhnliches ist auch die Marktwirtschaft vor der die Bevölkerung zunächst Angst hat. Um die Bevölkerung auf das neue System vorzubereiten, erklärt der M.A. die wichtigsten Fakten²³⁹. Mit Einführung der Marktwirtschaft beginnt ein großes „Stürmen“ der Einkaufsmärkte.

²³² Ausgabe Nr. 16, 02. Mai 1990, S. 2, „Arbeitslosigkeit – Tendenz steigend“

²³³ Ausgabe Nr. 38, 03. Oktober 1990, S. 5, „Als die AG „Weser“ ihre Tore schloss...“

²³⁴ Ausgabe Nr. 48, 12. Dezember 1990, S. 4, „Kleiner Tropfen auf heißen Stein“

²³⁵ Ausgabe Nr. 08, 07. März 1990, S. 1, „Wir sind ins Wasser geworfen worden, nun muss geschwommen werden“

²³⁶ Ausgabe Nr. 45, 20. November 1990, S. 1, „Ventil nicht in Sicht – „Ganz wie unter Erich““

²³⁷ Ausgabe Nr. 26, 11. Juli 1990, S. 2, „Nationalsozialismus und Fremdenhass oder TOLERANZ?“

²³⁸ Ausgabe Nr. 34, 05. September 1990, S. 4, „Lieber arm als tot“

²³⁹ Ausgabe Nr. 21, 07. Juni 1990, S. 2, „Angst vor der Marktwirtschaft?“

Der Ansturm, auf die Märkte im Westen, ist in den Tagen um den 01. Juli 1990 so groß, dass einige Einkaufsmärkte aufgrund von Ausverkauf und keiner Ware in den Regalen, schließen mussten²⁴⁰. Der Weg zur Ansiedelung von Discountermärkte in der ehemaligen DDR wurde während dieser Zeit geebnet²⁴¹.

Ministerium für Staatssicherheit (kurz: MfS oder Stasi)

Die Stasi - der Überwachungsapparat der SED. „Das MfS verfolgte die Menschen, die Widerstand gegen das neue politische System leisteten und überwachte mit einem immer weiter ausgebauten Spitzelsystem die Bevölkerung.“²⁴²

Mit der Grenzöffnung verschwand auch die Diktatur des Apparates. Die Stasi Schwerin wird, z.B., mit Informationen, die dem M.A. bis dato bekannt sind, näher beleuchtet. Nach einem Artikel im Februar hatte sie „2131 hauptamtliche Mitarbeiter“²⁴³. Dennoch weiß anfänglich niemand, wie es mit den Personen weitergeht, die in der Stasi gearbeitet haben bzw. für sie tätig waren²⁴⁴. Auch die Frage, ob die Stasi noch immer aktiv ist, beschäftigt die Bevölkerung²⁴⁵. Der M.A. spricht sich weiterhin für die Aufklärung über das MfS aus²⁴⁶. Es gibt Funde, die den DDR-Bürgern nicht bekannt waren. So wurde z.B. ein Waffenlager in Kavelstorf (bei Rostock) entdeckt, welches auf Veranlassung von Erich Honecker bereits im Jahr 1982 gegründet worden war²⁴⁷. Ein anderes Beispiel sind Enthüllungen über ein geplantes Gefangenlager²⁴⁸.

Auch die Justiz musste durch die Stasi in der ehemaligen DDR einen herben Glaubensverlust hinnehmen. Die Richter sollten nicht weiter ein „Parteiorgan“ sein und ein Beschluss der Volkskammer sollte helfen, diese Glaubenskrise zu bewältigen.

²⁴⁰ Ausgabe Nr. 27, 18. Juli 1990, S. 3, „Eine Woche Marktwirtschaft“

²⁴¹ Ausgabe Nr. 28, 25. Juli 1990, S. 5, „Weg frei für Billiganbieter“

²⁴² http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/DDRGeschichte/_node.html;jsessionid=A959AA19C5A3F809581590B6BC0B5A09.2_cid134

²⁴³ Ausgabe Nr. 04, 07. Februar 1990, S. 4, „Stasi-Schwerin“

²⁴⁴ Ausgabe Nr. 03, 25. Januar 1990, S. 1, „Wohin mit den teuren Genossen“

²⁴⁵ Ausgabe Nr. 14, 18. April 1990, S. 4, „Der lange Arm der Stasi“

²⁴⁶ Ausgabe Nr. 41, 24. Oktober 1990, S. 3, „Scheintot: Stasi“

²⁴⁷ Ausgabe Nr. 04, 07. Februar 1990, S. 4, „Das schmutzige Geschäft mit dem Tod“

²⁴⁸ Ausgabe Nr. 12, 04. April 1990, S. 2, „Amnestie – nein danke!“

Laut dem „Beschluss zum Richtergesetz“ sollte kein Mitglied der Stasi sollte, weiter in der Justiz beschäftigt werden²⁴⁹. Dadurch fehlen viele Kräfte, die in diesem Bereich arbeiten können. Im August 1990 sind bspw. 190 Richter angestellt, benötigt werden 420²⁵⁰.

Regional

Landesbildung

Die Bildung des Landes Mecklenburg-Vorpommern zeichnete sich bereits mit dem Mauerfall ab. Es gibt Artikel, die Diskussionen dazu enthalten, ob Mecklenburg und Vorpommern wieder eine Einheit bilden sollten²⁵¹.

In dem Artikel: „Sind wir denn noch bei Trost?“ geht es um die Tatsache, dass Mecklenburg-Vorpommern allein kaum überlebensfähig sein würde²⁵². Innerhalb des Streites um die Festlegung der neuen Grenzen für die Bundesländer, wird der Vorschlag ein Bundesland aus „Mecklenburg, Vorpommern und Schleswig-Holstein“ zu gründen, eingebracht. So könne durch ein größeres Land verstärkt auf Probleme eingegangen werden²⁵³. In der Ausgabe vom 08. August 1990 wird die Bildung des Landes Mecklenburg-Vorpommern bestätigt²⁵⁴. Mecklenburg-Vorpommern (im weiteren Verlauf M-V) hat dennoch einen wirtschaftlich schweren Stand. Die Statistiken belegen, dass M-V nicht einmal „ein Hundertstel des Bruttosozialproduktes erwirtschaften“ kann²⁵⁵. Auch für Seeleute und Landwirte stehen demnach schwere Zeiten bevor.

Landeshauptstadt

Die Frage der Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern, ist ein Dauerthema. Die Städte Rostock und Schwerin liegen im Streit und die Diskussionen dauern fast ein Jahr an. Es ist ein langes Abwägen und Stellungnehmen von verschiedenen Positionen. Der Artikel: „Landeshauptstadt Schwein aus verkehrspolitischer Sicht“ beschreibt, dass Schwerin nicht in Frage gestellt werden sollte.

²⁴⁹ Ausgabe Nr. 30, 08. August 1990, S. 2, „Beschluss zum Richtergesetz“

²⁵⁰ Ausgabe Nr. 32, 22. August 1990, S. 2, „Stürzt die Justiz ins Chaos?“

²⁵¹ Ausgabe Nr. 11, 28. März 1990, S. 1, „Mecklenburg und Vorpommern“

²⁵² Ausgabe Nr. 28, 25. Juli 1990, S. 1, „Sind wir denn noch bei Trost?“

²⁵³ Ausgabe Nr. 23, 20. Juni 1990, S. 1, „Neue Bundesländer – eine einmalige Chance!“

²⁵⁴ Ausgabe Nr. 39, 08. August 1990, S. 10, „Fürst Albrechts große Mütze“

²⁵⁵ Ausgabe Nr. 41, 24. Oktober 1990, S. 5, „Kein Silberstreif...“

So wird der Anschein erweckt, es habe noch nie eine Landeshauptstadt in Mecklenburg-Vorpommern gegeben²⁵⁶. Die Meinung von Frau Marquardt, zu der Diskussion, ist im Artikel „Schwerin oder Rostock“ gegeben – es ist einerlei, wo die neue Landeshauptstadt sitzen wird, denn beide haben ihre Vor- und Nachteile²⁵⁷. Die Entscheidung folgt kurz nach Bekanntgabe der Entstehung von Mecklenburg-Vorpommern – für Schwein.

Trotzdem ist der Streit damit nicht beendet, denn eine Rostocker Bürgerinitiative will vor das Bundesverfassungsgericht ziehen²⁵⁸. Die neue Regierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern wird im Schweriner Schloss, wo sie bis heute ihren Sitz hat, zugegen sein²⁵⁹. Die erste Sitzung des Landtages erfolgte im November 1990, in der das Statut für M-V im Vordergrund stand²⁶⁰.

Wahlen

Im Jahr 1990 erfolgen viele Wahlen nacheinander. Kurz nach der Wahl der Volkskammer im März, erfolgte die Kommunalwahl in Neubrandenburg und Schwerin, denn ein neues Stadtparlament sollte gewählt werden²⁶¹. Im Zuge dessen, ging es um einen neuen Oberbürgermeister für Schwerin und die Vorstellung der beiden Kandidaten²⁶². Der M.A. mobilisiert und ruft für einen „Gang zur Urne“ auf²⁶³. Eine weitere Wahl ist die des Landtages am 14. Oktober 1990²⁶⁴.

In Vorbereitung werden verschiedene Interviews mit den Spitzenkandidaten der jeweiligen Parteien, wie z.B. Alfred Gomolka für die CDU, durchgeführt²⁶⁵.

²⁵⁶ Ausgabe Nr. 13, 11. April 1990, S. 4, „Landeshauptstadt Schwein aus verkehrspolitischer Sicht“

²⁵⁷ Ausgabe Nr. 20, 30. Mai 1990, S. 1, „Schwerin oder Rostock?“

²⁵⁸ Ausgabe Nr. 32, 22. August 1990 S. 1, „Alia iacta est – aber der Streit geht weiter“

²⁵⁹ Ausgabe Nr. 41, 24. Oktober 1990, S. 2, „Partygeflüster“

²⁶⁰ Ausgabe Nr. 43, 07. November 1990, S. 2, „Lehrstück der Demokratie“

²⁶¹ Ausgabe Nr. 16, 02. Mai 1990, S. 3, „6. Mai: Kommunalwahl“

²⁶² ebd.

²⁶³ Ausgabe Nr. 15, 25. April 1990, S. 1, „Noch zehn Tage, dann wird wieder gewählt“

²⁶⁴ Ausgabe Nr. 28, 25. Juli 1990, S. 3, „Liberale auf Erfolgskurs?“

²⁶⁵ Ausgabe Nr. 35, 12. September 1990, S. 3, „Eigentlich wollte ich immer in die Kommunalpolitik“

Der Wahlkampf für die Landtagswahl, nur einige Tage vor dem 14. Oktober – lässt aus den Berichterstattungen erkennen, dass die Parteiprogramme nach wie vor fehlen und es nur Plakate in den jeweiligen Dörfern und Städten gibt, die auf einen Wahlkampf hinweisen²⁶⁶. Im Ergebnis gewinnt die CDU und Alfred Gomolka wird der neue Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern²⁶⁷.

Umwelt und Landschaft

Die zunehmende Müllbelastung und das Problem des Abfalls ist ein „Dauerbrenner“ in den Ausgaben des M.A. Es gibt Aufrufe gegen den Müll²⁶⁸ und diverse Artikel, die sich der Problematik widmen. Daraus lässt sich der Zustand Ex-DDR erahnen. In dem Artikel: „Es stinkt zum Himmel“²⁶⁹, bspw. wird auf die Bürger der Stadt Schönberg aufmerksam gemacht, die „die Nase voll davon“²⁷⁰ (gemeint ist die Mülldeponie) haben. Weiterhin erfolgt die Aufklärung darüber, dass Müll aus dem Westen sowie Österreich und der Schweiz in die DDR importiert wurde. Gleichzeitig erfolgt der Aufruf: „Müll zurück“²⁷¹. Die Positionierung des M.A. erfolgt klar²⁷² gegen die zunehmende Müllbelastung. Die ehemalige DDR war auf eine solche „Müllflut“ nicht eingestellt. Ein Abfallsystem muss erst einmal entwickelt werden, so dass es die großen Mengen beseitigen kann. Die Mülltonnen quellen über und die Stadtentsorgung kommt mit den Entleerungen und den übervollen Containern oder dem Müll auf den Straßen nicht hinterher. Eine Lösung für dieses Problem scheint vorerst nicht in Sicht²⁷³.

Auch die Landwirtschaft erhält Einzug in die Berichte der neu entstandenen Wochenzeitung. Eine Landwirtschaftsreform ist für die damaligen Verhältnisse unabdingbar gewesen²⁷⁴.

²⁶⁶ Ausgabe Nr. 39, 10. Oktober 1990, S. 1, „Am Sonntag wählen wir den Kanzler??“

²⁶⁷ Ausgabe Nr. 40, 17. Oktober 1990, S. 1, „Der Wähler hat sich entschieden...“

²⁶⁸ Ausgabe Nr. 02, 19. Januar 1990, S. 3, „Aufruf: Wir fordern: Sofortige Schließung der Mülldeponie Schönberg!“

²⁶⁹ Ausgabe Nr. 04, 07. Februar 1990, S. 2, „Es stinkt zum Himmel“

²⁷⁰ ebd.

²⁷¹ Ausgabe, Nr. 03, 25. Januar 1990, S. 2, „Wo stecken die Müll-Millionen?“

²⁷² z.B. Ausgabe Nr. 23, 20. Juni 1990, S. 3, „Wehret den Anfängen – Informationsabend über den geplanten Bau einer Müllverbrennungsanlage“

²⁷³ Ausgabe Nr. 29, 01. August 1990, S. 3, ganze Seite

²⁷⁴ Ausgabe Nr. 02, 19. Januar 1990, S. 4, „„ Wege übers Land“ – Gedanken zu einer Landwirtschaftsreform“

Durch die Öffnung der Grenze entstand für die ehemaligen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (kurz: LPG) ein Absatz- und Umsatzrückgang, der sich auch in den Jahren bis 1992 fortsetzt. Erst dann wird sichtbar, dass es eine neue Struktur gibt und die LPG's aufgelöst wurden. Hilfe für die angeschlagenen Betriebe, gibt es zunächst z.B. aus Hamburg, indem die LPG's für eine Beteiligung gewonnen werden sollen²⁷⁵. Zeitgleich gibt es Bauernproteste, die auf die aktuelle Lage aufmerksam machen sollen²⁷⁶.

Die Bauern selbst geben Lösungsansätze für den Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizière²⁷⁷. In der Ausgabe vom 22. August 1990 ist wieder ein Artikel zu den Bauernprotesten zu finden²⁷⁸.

Generell erfährt der Leser kaum Lösungsansätze zu diesem Thema. Es wird viel diskutiert und die Meinung vertreten, dass sich etwas ändern muss und viele Bauern arbeitslos werden²⁷⁹. Was sich ändert, erfährt er erst im August 1990. In einer kurzen Meldung wird berichtet, dass die Landwirtschaft Fördergelder der Bundesrepublik erhalten wird²⁸⁰. Die Hoffnung der Bauern auf eine bessere Zukunft bleibt bestehen²⁸¹. Betriebe helfen sich selbst, z.B. führen einige Ortschaften neue Strukturen ein, um auch in Zukunft eine Chance am Markt zu haben²⁸². Dennoch sind die LPG's „vom Aussterben bedroht“.

Weitere Fragen, die sich die Bewohner der Region stellen, werden ebenfalls aufgegriffen und zum Thema Umwelt geschrieben. „Warum wirft der Sturm unsere Wälder um?“ ist nur ein Exemplar, welches zeigt, wie bedeutsam die Natur und der Schutz dieser für die Menschen ist²⁸³. Auch werden Seen und Naturschutzgebiete näher betrachtet²⁸⁴. Das Engagement für den Schutz der Natur ist in vielerlei Hinsicht zu erkennen, z.B. wird über ein Treffen der Naturschutzgruppen berichtet²⁸⁵.

²⁷⁵ Ausgabe Nr. 18, 16. Mai 1990, S. 1, „Neues Agrarmonopol in Mecklenburg“

²⁷⁶ ebd., „Bauernprotest, Cola-Lawine, Lehrerstreik“

²⁷⁷ ebd., S. 5, „Mecklenburger Bauern werden konkret“

²⁷⁸ Ausgabe Nr. 32, 22. August 1990, S. 2, „Die Straßen dichtgemacht“

²⁷⁹ Ausgabe Nr. 24, 27. Juni 1990, S. 3, „4 Jahrzehnte Landwirtschaft in der DDR“

²⁸⁰ Ausgabe Nr. 33, 29. August 1990, S. 10, „Schnellere Hilfe“

²⁸¹ Ausgabe Nr. 37, 26. September 1990, S. 5, „Fröhlich in den Erntedank?“

²⁸² Ausgabe Nr. 42, 31. Oktober 1990, S. 5, „Überschaubare Genossenschaften“

²⁸³ Ausgabe Nr. 17, 09. Mai 1990, S. 8, „Warum wirft der Sturm unsere Wälder um?“

²⁸⁴ Ausgabe Nr. 24, 27. Juni 1990, S. 4, „Güstrow Fäkalien ins Trinkwasser gekippt“

²⁸⁵ Ausgabe Nr. 40, 17. Oktober 1990, S. 10, „Gemeinsam gegen Umweltsünder“

Immobilien

Ein Thema, welches sich durch das erste Jahr der Berichterstattung zieht, ist der Zerfall der Häuser und Gebäude in Mecklenburg. Es fehlt an dem nötigen Geld, um diese zu sanieren und neu aufzubauen. 40 Jahre wurden die Häuser nicht gepflegt und es wurde dem Zerfall zugesehen. Mit dem Wegfall der Mauer, beginnt auch hier ein neuer Abschnitt.

Es folgen beispielsweise Aufrufe zu Spendenaktionen²⁸⁶. Weiterhin bilden sich Initiativen, die zur Restaurierung aufrufen²⁸⁷. Lösungsansätze werden gesucht, doch auch Mitte des Jahres 1990 geht es um das Thema des Zerfalls. Die Politik kümmert sich zu dieser Zeit nicht um Fragen des Aussehens der Städte.

Weiterhin gibt es über die Eigentumsverhältnisse der verfallenen Gebäude lange Zeit Unklarheiten und Verwirrungen. Die Kommunen verfügen über Grundstücke, wissen aber nicht, ob sie diese als Gewerbeflächen freigeben dürfen. Diese Frage beschäftigt auch Gewerbetreibende, wenn sie investieren wollen. Der M.A. bringt diese Themen im August wieder in die Berichterstattung, der Leser kann den Stillstand der derzeitigen Diskussionen nachlesen²⁸⁸. Zunächst wird das Mietrecht der DDR nicht fortgeführt, nach der Wiedervereinigung entfällt es, in der Folge, dass Mieten bei Gewerberäumen gekündigt oder verändert werden können. Wie es weitergeht, ist noch nicht klar.²⁸⁹ Ein Mietpreisanstieg für gewerblich genutzte Räume zeichnet sich dennoch zu diesem Zeitpunkt bereits ab²⁹⁰.

Eigenanalyse M.A.

Bereits in der zweiten Ausgabe erfolgt eine Reflektion über den Start des M.A. Es wird dem Leser mitgeteilt, dass nun wöchentliche Ausgaben folgen, ein Redaktionsstab entsteht und ein Verlag gegründet wird²⁹¹. Der Leser wird durch die Redaktion auf dem Laufenden gehalten und erfährt, z.B. auch, dass ab der Ausgabe Nr. 04 verstärkt auch Berichte aus Vorpommern veröffentlicht werden, denn: „Es wird ein Land Mecklenburg geben, zu dem hoffentlich auch Vorpommern gehört. Es gibt doch keine Separatisten in unseren Tagen?“²⁹²

²⁸⁶ Ausgabe Nr. 02, 16. Januar 1991, S. 2, „Spenden wofür?“

²⁸⁷ Ausgabe Nr. 04, 07. Februar 1990, S. 5, „SOS-Schelfstadt“

²⁸⁸ Ausgabe Nr. 30, 08. August 1990, S. 3, ganze Seite

²⁸⁹ Ausgabe Nr. 32, 22. August 1990, S. 3, „Mein oder Dein?“

²⁹⁰ ebd.

²⁹¹ Ausgabe Nr. 02, 19. Januar 1990, S. 4, „In eigener Sache“

²⁹² Ausgabe Nr. 04, 07. Februar 1990, S. 6, „Diese Nummer“

Strukturen neu anzueignen und das System der BRD kennenzulernen, war in der Umbruchzeit eine wichtige Aufgabe der Presse, vor allem im Printbereich. Diesen Ratgebercharakter gibt auch Regine Marquardt im Gespräch an.

Beispiele lassen sich in vielerlei Hinsicht erkennen. Der Betriebsrat wird genauso vorgestellt²⁹³, wie das Rentensystem, welches auf die DDR-Bevölkerung übertragen wird. Das System der DDR wird mit dem System der BRD verglichen. Bspw. ist die Rentenversicherung in der DDR nicht selbstständig, sondern Teil der Einheitsversicherung gewesen. In der BRD gibt es eine gesetzliche Rentenversicherung.²⁹⁴ Auch werden Versicherungen erklärt und ein Vorschlag für sinnvolle und weniger sinnvolle Versicherungen gegeben²⁹⁵. Diese kleinen Beispiele für die Unterschiede werden durch den M.A. aufgearbeitet und ausgewertet. Der Leser der politischen Wendezeit erhält viele Informationen über Neuerungen und Änderungen. Im Hinblick auf die folgende Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und die deutsche Einheit ist diese Form ein wichtiger Bestandteil für die Berichterstattung und somit das Verständnis und die Bildung des Volkes. Die Angst vor der Zukunft und die Ungewissheit können zumindest in einem gewissen Rahmen kompensiert werden.

Ende des Jahres 1990 erscheint der M.A. mit einer „Jubiläumsausgabe“. Es wird den Helfern des M.A. gedankt, wie z.B. Klaus May, der dem M.A. in seiner Entstehung half. Weiterhin wird auch auf die Kritik eingegangen, die der Wochenzeitung entgegensteht, bspw. dass die Zeitung nicht lange überleben wird. Ähnlich wie die „Mecklenburger Volkszeitung“, die nach ein paar Monaten eingestellt wurde (siehe Abschnitt 4.1.1.). Der M.A. begegnet den Kritiken einem: „Unsere Leser denken anders [...]“ - steigende Abonnentenzahlen belegen die Situation – „[...] Wir strecken unser keckes Haupt zum Fenster raus.

Das tun wir unverdrossen, wir halten uns für ausgesprochen wichtig.“²⁹⁶ Auch ein Ausblick, der eine positive Zukunft des M.A. beschreibt, wird gegeben, denn es soll mehr Themen und mehr Seiten im Jahr 1991 geben²⁹⁷.

²⁹³ Ausgabe Nr. 07, 28. Februar 1990, S. 4, „Vertreter für die Arbeitnehmer : Der Betriebsrat“

²⁹⁴ Ausgabe Nr. 12, 04. April 1990, S. 2, „Alterssicherung im Vergleich“

²⁹⁵ Ausgabe Nr. 27, 18. Juli 1990, S. 3, „Richtig versichern und dabei Geld sparen“

²⁹⁶ Ausgabe Nr. 49/50, 22. Dezember 1990, S. 2, „Ein Jahr und noch viel mehr“

²⁹⁷ ebd.

Sonstiges

Ein Tabuthema, welches nicht als regional oder national eingeordnet werden kann und dennoch für viel Aufruhr sorgte, ist der Schwangerschaftsabbruch. Der M.A. berichtet über psychische Folgen und darüber wie gefährlich ein solcher Eingriff sein kann. Viele Frauen haben dabei bereits ihr Leben verloren.²⁹⁸

Mit Erscheinen dieses Artikels wird eine „Lawine losgetreten“, die sich in vielen Ausgaben wiederfindet²⁹⁹. Es geht im weiteren Verlauf um Veröffentlichungen aus dem Strafgesetzbuch und auch Leserbriefe mit verschiedenen Perspektiven werden publiziert³⁰⁰. Der Leser wird durch wiederkehrende Berichterstattung auf dem Laufenden gehalten und neue Meinungen können zugelassen werden. Z.B. beschäftigt sich ein Beitrag damit, dass die Frauen selbst entscheiden sollten, ob sie einen Schwangerschaftsabbruch durchführen oder nicht³⁰¹. Genau dieses Ergebnis wird wenig später festgeschrieben³⁰². Innerhalb von zwei Jahren soll über das Thema des Schwangerschaftsabbruches ein einheitliches Gesetz für Gesamtdeutschland entstehen³⁰³.

Zusammenfassend lässt sich erkennen, dass die Probleme, die es im Jahr 1989/1990 gab, sehr vielfältig und schwerfällig waren. Viele dieser Themen sind auch in den Folgejahren elementarer Bestandteil der Berichterstattung. Ziel war es politische und gesellschaftliche Strukturen anzugleichen. Es gab unterschiedliche Identitäten, die ein Volk, auf dem Weg zu einem gemeinsamen Staat, angleichen mussten.³⁰⁴ Der M.A. berichtete umfangreich und vielfältig. Auffällig sind die vielen Leserbriefe und Meinungen, die in die Zeitung einfließen. Die Zahl der Leserbriefe ist im Jahr 1990 sehr hoch, in den Folgejahren geht die Zahl zurück.

Auch sind die verschiedenen Entwicklungsstufen des M.A. selbst im Jahr 1990 nachzuvollziehen. Der Leser vollzieht den Wandel der Zeitung mit, welcher in gewisser Weise die Transformationen in den Strukturen der ehemaligen DDR abbildet.

²⁹⁸ Ausgabe Nr. 12, 04. April 1990, S. 3, „Schwangerschaftsabbruch“

²⁹⁹ Ausgabe Nr. 15, 25. April 1990, S. 3, „Für Liberalisierung von Paragraph 218“

³⁰⁰ Ausgabe Nr. 20, 30. Mai 1990, S. 4, „Schwangerschaftsabbruch“ und „Meine Gedanken zum Thema“

³⁰¹ Ausgabe Nr. 23, 20. Juni 1990, S. 4, „Über Zwang und Verantwortung“

³⁰² Ausgabe Nr. 33, 29. August 1990, S. 1, „Bodenreform und Fristenregelung“

³⁰³ Ausgabe Nr. 34, 05. September 1990, S. 1, „Wogen um Paragraph 218 erstmal geglättet“

³⁰⁴ Ausgabe Nr. 17, 09. Mai 1990, S. 3, „Auf einen Nenner?“

1991:

Die folgenden Jahre werden nur mit den wichtigsten Themen inhaltlich aufgearbeitet. Alle Themen aus der Vollerhebung wiederzugeben, wäre ein Ansatz für eine weitere Forschungsarbeit, die sich im speziellen mit den Jahren bis 1993 beschäftigt. In diesem Jahr erfolgt ebenfalls die Einteilung in International, National und Regional.

1991 gab es im Vergleich zum vorausgegangenen Jahr viele Anzeigen in der Zeitung, die fast ausschließlich Autowerbung darstellten. Das höhere Anzeigenvolumen war zur Finanzierung der Zeitung notwendig.³⁰⁵

Weiterhin drehen sich die Themen häufig um innerdeutsche Politik und vor allem die Wende. Auch die Außenpolitik erhält zum Vergleich des Jahres 1990 einen höheren Stellenwert. All diese Themen werden kritisch betrachtet und hinterfragt.

International

Golfkrieg

Nach Ablauf des Ultimatums vom UNO-Sicherheitsrat, gegenüber dem Irak, brach im Januar 1991 der Krieg am Golf aus. Ziel des, unter Führung der USA durchgeführten, Angriffs war es, den alten Zustand der vom Irak überfallenen Region Kuwait wieder herzustellen.³⁰⁶ Der Präsident des Iraks, Saddam Hussein, galt als „der Feind aller“³⁰⁷. Die deutsche Regierung positioniert sich in diesem Konflikt unklar³⁰⁸. Die Leser des M.A. haben unterschiedliche Meinungen zu dem Thema, sowohl dafür als auch dagegen. In der Ausgabe vom 06. Februar 1991 werden Zuschriften veröffentlicht³⁰⁹. Der Krieg am Golf beschäftigt den M.A. auch in den darauffolgenden Ausgaben. Der Rezipient erhält aktuelle Informationen über die Situation.

Weiterhin positioniert sich die Redaktion des M.A. in all den Berichten gegen den Krieg und ruft für friedliche Lösungen auf³¹⁰. Der Krieg wurde Ende März beendet.³¹¹

³⁰⁵ Vgl. Abschnitt 4.1.1.

³⁰⁶ <http://192.68.214.70/blz/web/irak/golfkriege.html#2>

³⁰⁷ Ausgabe Nr. 03, 23. Januar 1991, S. 1, „Bomben, Scham und Heuchelei“

³⁰⁸ Ausgabe Nr. 05, 06. Februar 1991, S. 1, „Wer plant den Ernstfall des Friedens?“

³⁰⁹ Ausgabe Nr. 06, 13. Februar 1991, S. 3, „Wo ist die Politik der Vernunft?“

³¹⁰ Ausgabe Nr. 08, 27. Februar 1991, S. 1, „Inferno“

³¹¹ Ausgabe Nr. 13, 03. April 1991, S. 1, „Wo sind die Kämpfer für Menschenrechte?“

Im Oktober 1991 kam es zu einer Friedenskonferenz in Madrid. Maßgeblich dazu beigetragen hat James Baker, der damalige US-Außenminister. Baker gelang es alle Parteien in Madrid zusammenkommen zu lassen³¹². Die Hoffnung auf eine friedliche Lösung in Zuge des Nahostkonfliktes besteht.

Umwälzung im Ostblock

Der Zerfall der Sowjetunion (kurz: SU) war 1991 ein großes Ereignis. Doch diese Entwicklung ist nicht an einem Tag entstanden. Vielmehr ist es ein Entwicklungsprozess, der bereits im Jahr 1990 entstand und sich fortsetzte. Am 17. März 1991 sollte über den Erhalt oder Nicht-Erhalt der SU abgestimmt werden. Über 50 Prozent der Wähler waren für eine „Gorbatschow Union“. Dennoch hat dieses politische Ereignis keinen positiven Beitrag für die SU geleistet, sondern den Zusammenbruch gefördert. Die KPdSU blieb vorerst weiter an der Macht, was für negative Stimmung in der Bevölkerung der SU sorgte³¹³. Durch einen Putsch, der vom 19. Bis 23. August 1991 stattfand, gelang es nicht, das System umzustürzen. Gorbatschow war bereits kurz nach dem Putsch wieder nach Moskau in alle seine Ämter zurückgekehrt und die „Aufständischen“ waren verhaftet.³¹⁴

Michail Gorbatschow verlor sein Ansehen, Boris Jelzin wurde der neue Hoffnungsträger³¹⁵. Doch: „In Jelzins Politik setzt sich fort, was unter Gorbatschow schon begonnen hatte: Die Konzentration von Machtbefugnissen an der Spitze, bei gleichzeitiger Erosion ihrer exekutiven Möglichkeiten. Ein Teufelskreis, der zu wenig Hoffnung Anlass gibt.“³¹⁶ Es wird kaum gehandelt und viel geredet, auch das sind Fakten, weshalb sich die Bevölkerung „verschaukelt“ vor- kommt. Der einzige Sieg Jelzins wird im „Verbot der kommunistischen Partei“ gesehen.³¹⁷

Weiterhin hat sich die Bevölkerung der Ukraine mit 80 Prozent der Wähler für eine Loslösung von der SU entschieden. Durch den Putsch im August und die Abstimmung über die Souveränität der Ukraine, die maßgeblich zum Zerfall beitrug, wurde die Sowjetunion zum Ende des Jahres 1991 aufgelöst. Demokratische Strukturen mussten allerdings in allen neu entstehenden souveränen Staaten eingeführt werden, ebenso ist über die Abgrenzung der Staaten noch nicht genau verhandelt.³¹⁸

³¹² Ausgabe Nr. 42, 23. Oktober 1991, S. 1, „Bakers Erfolg“

³¹³ Ausgabe Nr. 12, 27. März 1991, S. 2, „Volksabstimmung in der SU – ein Betrugsmanöver?“

³¹⁴ Ausgabe Nr. 34, 28. August 1991, S. 2, „Der Putsch hat nichts geändert“

³¹⁵ Ausgabe Nr. 35, 04. September 1991, S. 3, „Jelzin – der neue Superstar?“

³¹⁶ Ausgabe Nr. 46, 22. November 1991, S. 3, „Drei Monate nach dem Putsch“

³¹⁷ ebd.

³¹⁸ Ausgabe Nr. 49, 13. Dezember 1991, S. 2, „Das war’s Sowjetunion“

Zu dem Zerfall der SU trug beispielhaft ebenfalls die Souveränität der Slowakei bei. Mit dem Rücktritt der kommunistischen Partei im Land verkündet der M.A. im November: „Die Tschechoslowakei zerfällt“. Gleichzeitig mit der Meinung, dass die Slowakei allein nicht überlebensfähig sei.³¹⁹

Europa

Europa ist verstärkt auf dem Weg zu einer Einheit. Am 08. Und 09. Dezember 1991 fand der Eurogipfel in Maastricht statt. Das Thema einer Währungsunion soll hierbei ebenso besprochen werden, wie ein Schritt in Richtung einheitliches Europa.³²⁰ In der Nachberichterstattung zum Gipfel, wird dieser als nicht-gescheitert erklärt³²¹. Dass der Vertrag von Maastricht in die Wege geleitet wurde, erfährt der Leser nicht. Der Maastrichtvertrag, der auch als „Vertrag über die Europäische Union“³²² bezeichnet wird, wurde am 07. Februar 1992 unterzeichnet und ist ein wichtiger Meilenstein in der Geschichte zu einem einheitlichen Europa.³²³

National und ehemalige DDR

Struktur

Ab dem 01. Januar 1991 erfolgte die Übernahme des Steuerrechts und Teilen der Sozialabgaben der BRD in die ehemalige DDR. Als Folge stiegen die Lebenshaltungskosten³²⁴. Weitere Neuerungen wie bspw. Wohngeld oder Erziehungsurlaub wurden eingeführt³²⁵.

Die Mieten der Bürger der ehemaligen DDR werden steigen, so der M.A. In der Folge werden Eigentumswohnungen sehr begehrt und der „neue Trend“³²⁶. Offiziell darf ab dem 01. Oktober 1991 eine Mietpreiserhöhung erfolgen.

³¹⁹ Ausgabe Nr. 47, 29. November 1991, S. 1, „Zerreißprobe für CSFR“

³²⁰ ebd., S. 2, „Bundesrepublik vor neuen Aufgaben“

³²¹ ebd.

³²²

<http://www.hdg.de/lemo/html/WegelnDieGegenwart/DeutschlandInEuropa/maastrichtervertrag.html>

³²³ ebd.

³²⁴ Ausgabe Nr. 01, 09. Januar 1991, S. 4, „Neuregelungen ab 01. Januar 91“

³²⁵ ebd.

³²⁶ Ausgabe Nr. 15, 17. April 1991, S. 1, „Mieterhöhungen als Investitionsanreiz“

Der Leser erfährt hier Tipps, wann es zu einer Erhöhung kommen darf³²⁷. Eine weitere Neuerung war ein neuer Sozialversicherungsausweis, der für Ost und West ab dem 01. Juli 1991 eingeführt wurde. Der M.A. ist hier Ratgeber und bringt dem Leser Informationen dazu³²⁸.

Zunehmende Kritik in diesem Jahr gibt es über den Solidaritätszuschlag. In den Berichten und Diskussionen wird über die gewollte Aufhebung und Abschaffung informiert³²⁹. Ergebnisse zu diesen Debatten gibt es 1991 nicht.

Hauptstadtfrage

Die Streitgespräche um die Frage „Bonn oder Berlin?“ wurden bis Mitte des Jahres 1991 fortgesetzt. Pro und Contra der beiden Städte wurden aufgezählt und abgewogen³³⁰. „Berlin ist die neue Hauptstadt eines einheitlichen Deutschlands.“³³¹ Diese Entscheidung wird im Juni publik gemacht. Dennoch gibt es zu dieser Entscheidung nach wie vor Kritik³³².

³²⁷ Ausgabe Nr. 21, 29. Mai 1991, S. 4, „„Modernisierung‘ nicht von heute auf morgen“

³²⁸ Ausgabe Nr. 30, 31. Juli 1991, S. 10, „Ausweis stiftet Verwirrung“

³²⁹ Ausgabe Nr. 33, 21. August 1991, S. 1, „Problem mit der Solidarität“

³³⁰ Ausgabe Nr. 14, 10. April 1991, S. 2, „Bonn oder Berlin?“

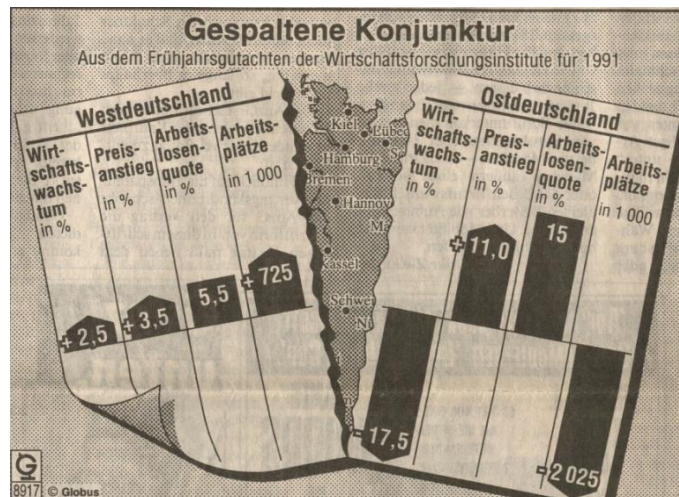
³³¹ Ausgabe Nr. 25, 26. Juni 1991, S. 2, „Herzlichen Glückwunsch, Berlin!“

³³² Ausgabe Nr. 28, 17. Juli 1991, S. 3, „Wozu überhaupt eine Kapitale?“

Wirtschaft

Die Regierungschefs aller deutschen Bundesländer trafen sich zu einer ersten Besprechung, die eine Finanzhilfe für den Osten als Lösung hervorbrachte. Es ist die erste positive Entwicklung diesem Jahr³³³. Die Wirtschaftsprognose für den Osten bleibt allerdings weiter negativ³³⁴.

Abb. 6: Wirtschaftsentwicklung im Vergleich, Ausgabe Nr. 25, 26. Juni 1991, S. 3



Erst für das Jahr 1992 sind positive Wirtschaftsprognosen vorausgesagt, auch das Einkommen soll steigen³³⁵.

Die Problematik der Landwirtschaft und die Frage nach den LPG's sind nach wie vor nicht gelöst. Auch Anfang 1991 gibt es noch kein Konzept, um den Bauern zu helfen³³⁶. Bereits eine Woche später wird ein kleiner „Sieg“ verkündet, denn die LPG's werden gefördert, um „die Umstrukturierung und Entflechtung der Betriebe“³³⁷ zu erleichtern. In einem Interview mit dem Präsidenten des Bauernverbandes wird deutlich, dass die Umstrukturierungsphase der Landwirtschaft gerade erst beginnt und auch Arbeitsplätze wegfallen werden. Dennoch ist die Förderung der Betriebe ein Neuanfang für die Bauern in der ehemaligen DDR.³³⁸

³³³ Ausgabe Nr. 09, 06. März 1991, S. 1, „Es geht voran!“

³³⁴ Ausgabe Nr. 25, 26. Juni 1991, S. 3, „Für den Osten ein schlimmes Jahr“

³³⁵ Ausgabe Nr. 43, 30. Oktober 1991, S. 1, „Ostdeutsches Wirtschaftswunder“

³³⁶ Ausgabe Nr. 04, 30. Januar 1991, S. 5, „Was wird aus den LPG?“

³³⁷ Ausgabe Nr. 05, 06. Februar 1991, S. 5, „LPG werden gefördert“

³³⁸ Ausgabe Nr. 34, 28. August 1991, S. 3, „Familienbetriebe haben Zukunft“

Im Bereich der Energiewirtschaft der neuen Bundesländer gibt es Mitte des Jahres nach wie vor keinen Konsens über die Entwicklung. Die Verträge mit RWE, Preußen Elektra und Bayernwerk wurden angepasst und erste Maßnahmen für die Bildung von Stadtwerken in die Wege geleitet, dennoch ist die zukünftige Energieentwicklung weiter unklar.³³⁹

Diese Unsicherheiten spiegeln sich in der Regionalen Politik wieder. Im Oktober, bei einem Treffen der Politiker aus M-V und der Energieunternehmen, lag noch kein Energieplan der Landesregierung M-V vor.³⁴⁰

Das Thema um das Müllchaos in Ostdeutschland spitzt sich zu. Es gibt nach wie vor keine Lösungen und die Deponien quellen über.³⁴¹ Lösungsansätze sind in diesem Jahr nicht vorhanden.

Unsicherheit und Fremdenhass - Lebensgefühl

Der allmähliche Stimmungswandel bei den Bürgern der ehemaligen DDR beginnt in diesem Jahr. Der Artikel „Licht am Ende des Tunnels?“ beschreibt dafür drei Punkte. Zum einen wollen die Politiker die neuen Bundesländer unterstützen. Sie bemühen sich, den Osten zu fördern und unterstützen insbesondere die Landwirtschaft und die Werften. Zum anderen wird darüber nachgedacht „die Betriebe von ihren Altschulden zu entlasten“.³⁴² Dadurch könnten neue Investitionen getätigt werden. Ein letzter Punkt ist der Bewusstseinswandel in der Bevölkerung der ehemaligen DDR. Die D-Mark gibt es bereits seit ein Jahr und die Bevölkerung konnten einiges ausprobieren: „Die Menschen finden langsam zu ihrer Identität, die nicht die des dummen Ossi oder des angepassten Neu-Wessis ist, sondern die des ehemaligen DDR-Bürgers.“³⁴³

Diese Fakten klingen positiv, dennoch gab es Schattenseiten. Viele Menschen der Ex-DDR haben ihre Arbeit verloren. Dadurch entstand die Grundlage für ein Lebensgefühl, welches Unsicherheit und Angst vor der Zukunft kennzeichnet. Auch die schlechte Wohnsituation trug zu dieser Unsicherheit bei. Es gab in Gesamtdeutschland „Probleme bei der Verteilung des Wohnraumes“.³⁴⁴

³³⁹ Ausgabe Nr. 23, 12. Juni 1991, S. 3, „Energiekonzept für Ostdeutschland ist umstritten“

³⁴⁰ Ausgabe Nr. 42, 23. Oktober 1991, S. 1, „Energie-Karussell in Mecklenburg-Vorpommern“

³⁴¹ Ausgabe Nr. 03, 23. Januar 1991, S. 3, „Müllchaos in Ostdeutschland“

³⁴² Ausgabe Nr. 18, 08. Mai 1991, S. 1, „Licht am Ende des Tunnels?“

³⁴³ ebd.

³⁴⁴ Ausgabe Nr. 38, 25. September 1991, S. 3, „Wohnungsmarkt in der Klemme“

Die vorausgegangenen Berichte, es gäbe tatsächlich viele leer stehende Wohnungen seien eine falsche Behauptung gewesen. Bspw. haben viele Familien keine Bleibe oder Studenten finden keine Wohnungen am Studienstandort³⁴⁵.

In der gesamten ehemaligen DDR gingen im März wieder Tausende von Menschen auf die Straßen. Sie sind für eine Besserung der Arbeitslosensituation im Osten und decken die falschen Versprechen des Kanzlers Helmut Kohl auf³⁴⁶. Durch die schwierige Situation im Osten, erhofften sich viele Menschen eine bessere Zukunft im Westen. Die Abwanderung von Arbeitskräften in Richtung Westen ist bis zum November 1991 nicht zu stoppen³⁴⁷.

Der Fremdenhass, der sich bereits im Jahr 1990 ausbreitete, wurde in diesem Jahr verstärkt. Die Angst vor der Zukunft und die Gefahren der eigenen Existenz, waren hier der Auslöser einer „Hasswelle“³⁴⁸. Bereits Anfang des Jahres finden sich erste Artikel zu dem Thema des Rechtsradikalismus, in den Anhänger dieser Richtung auf die Straße gehen³⁴⁹. Die Polizei sei mit dem Radikalismus überfordert, Landeskriminalämter wird es erst ab Anfang des Jahres 1992 geben und die Justiz ist noch nicht aufgebaut, berichtete der M.A.³⁵⁰ Die Unruhe im Land wird vorerst bestehen bleiben. Der M.A. versucht die Ursache des Rechtsradikalismus zu finden. In der DDR brauchte die Bevölkerung nie mit Menschen „[...] anderer Religion, Hautfarbe, Kultur und Nation umzugehen [...]“³⁵¹

Die Übergriffe auf Ausländer sind im Juli 1991 fast täglich zu vermelden, ohne eine entsprechende Einwanderungspolitik wird sich die Situation nicht bessern³⁵². Doch die Debatte um eine Einwanderungspolitik zieht sich in die Länge und nimmt viel Zeit in Anspruch³⁵³. Im November 1991 kommt es in Greifswald zu einer Ausschreitung vor einem Asylbewerberheim³⁵⁴.

³⁴⁵ ebd.

³⁴⁶ Ausgabe Nr. 12, 27. März 1991, S. 1, „Sprücheklopfer und Demonstranten“

³⁴⁷ Ausgabe Nr. 46, 22. November 1991, S. 1, „Unverändert: Go West“

³⁴⁸ Ausgabe Nr. 50, 20. Dezember 1991, S. 13, „1991“

³⁴⁹ Ausgabe Nr. 02, 16. Januar 1991, S. 2, „Eskalation der Gewalt“

³⁵⁰ Ausgabe Nr. 24, 19. Juni 1991, S. 1, „Radikale und der Rechtsstaat“

³⁵¹ Ausgabe Nr. 27, 10. Juli 1991, S. 3, „Rechtsradikalismus in den neuen Bundesländern“

³⁵² Ausgabe Nr. 31, 07. August 1991, S. 2, „Ausländerpolitik gegen Ausländerhass“

³⁵³ Ausgabe Nr. 41, 16. Oktober 1991, S. 1, „Die Asyldebatte geht weiter“

³⁵⁴ Ausgabe Nr. 45, 15. November 1991, S. 1, „Innenminister Diederich hat Zoff“

Medien

In einem Artikel über den Medienbereich, berichtet der M.A., dass sich die Presselandschaft im Printbereich teilt. Westdeutsche Zeitungen brauchen nicht mehr über ein neues Steuersystem o.ä. berichten, da es für die Bürger nicht neu ist und die Ostdeutsche Zeitungen müssen über Änderungen und Neuerungen berichten, denn für die Bürger sind alle Änderungen bisher unbekannt gewesen. Was fehlt ist ein Bindeglied.³⁵⁵

Auch geht das Zeitungssterben in der ehemaligen DDR sowie in M-V weiter. „Der Demokrat“, eine Tageszeitung der ehemaligen DDR, wird eingestellt³⁵⁶. Eine weitere Einstellung, ist die der „Norddeutschen Zeitung“ (kurz: „NdZ“), ebenfalls eine Tageszeitung. Der M.A. kommentierte die Einstellung der „NdZ“ wie folgt: „Dass Zeitungen wie Super und Superillu so super laufen im Osten, liegt nun zuvörderst an uns Ostlern selbst. Wir bräuchten solchen Dreck einfach nicht zu kaufen.“³⁵⁷ Klare Worte und scharfe Kritik, die Frau Marquardt zu der Situation findet.

Regional

Arbeitslosigkeit

Ein Aufruf zur Demonstration gegen die Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern wird in einer Ausgabe im Februar gestartet. Im Januar ist die Arbeitslosenquote erneut gestiegen (von 7,3 auf 8,6 Prozent), begründet in der wirtschaftlich schlechten Situation der ehemaligen DDR und des Landes M-V³⁵⁸. Nur wenig später folgt der erste Bericht zu einer Demonstration gegen die Arbeitslosigkeit. Über 50.000 Menschen gingen in M-V auf die Straßen³⁵⁹. Das Land versucht gegen die steigenden Zahlen anzukämpfen, z.B. mit Hilfe eines Programmes, mit dem einige Menschen Arbeit finden sollen, doch auch dieser Versuch wird nicht reichen, um die negativ Entwicklung abzuwenden³⁶⁰. Im Bezirk Schwerin werden durch das Handwerk 1.500 neue Stellen geschaffen, welches ebenfalls eine positive Nachricht ist.

³⁵⁵ Ausgabe Nr. 20, 22. Mai 1991, S. 3, „Wahrnehmungsproblem“ 6. Spalte

³⁵⁶ Ausgabe Nr. 21, 29. Mai 1991, S. 1, „Der Demokrat“

³⁵⁷ Ausgabe Nr. 35, 04. September 1991, S. 2, „Die NdZ ging, die Super bleibt?“

³⁵⁸ Ausgabe Nr. 06, 13. Februar 1991, S. 1, „Ostdeutsche! Geht auf die Straße!“

³⁵⁹ Ausgabe Nr. 08, 27. Februar 1991, S. 1, „Neuer Ost-West Dialog?“

³⁶⁰ Ausgabe Nr. 10, 13. März 1991, S. 2, „Arbeit für Mecklenburg-Vorpommern?“

Der Wert dieser Nachricht, verliert gleichzeitig an Bedeutung, denn ab dem 01. Juni 1991 der Kündigungsschutz in der ehemaligen DDR auslaufen, d.h. dass es zu „Massenentlassungen in den großen Betrieben“³⁶¹ kommen wird.

Bildung

Das Bildungssystem steht vor einem radikalen Wandel. Ein „Entwurf des ersten Schulreformgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern“³⁶² wurde Ende März vorgelegt, Lehrer und Schüler hatten keinen Einfluss bei der Gestaltung des Entwurfs.

Die sechs Hochschulen in M-V sind bestehen geblieben. Pädagogen wurden kaum entlassen, dennoch wird ein weiterer Stellenabbau unumgänglich bleiben, urteilt der M.A.³⁶³ Ende des Jahres 1991 herrscht nach wie vor Unruhe im Bereich der „Hochschul- und Forschungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern“³⁶⁴. Es wird vor einer „wissenschaftlichen Verarmung“³⁶⁵ des Landes gewarnt.

Stasi

Im Landtag in M-V befinden sich zu dieser Zeit 66 Abgeordnete, von denen mindestens acht dem MfS angehörten. Diese Offenbarung sorgt für Empörung bei der Redaktion des M.A. Weiterhin stellt sich die Frage, wie viele Abgeordnete aus verschiedenen Parteien es noch betrifft³⁶⁶. Bereits eine Woche später verkündet die Zeitung, dass der Landtag in Schwerin nun Stasi-frei sei, als erster der neuen Bundesländer³⁶⁷.

³⁶¹ Ausgabe Nr. 21, 29. Mai 1991, S. 1, „Stunde der Wahrheit“

³⁶² Ausgabe Nr. 13, 03. April 1991, S. 1, „Der Weg zu einer neuen Schule“

³⁶³ Ausgabe Nr. 14, 10. April 1991, S. 1, „Neue Pädagogenentlassungen in Sicht?“

³⁶⁴ Ausgabe Nr. 50, 20. Dezember 1991, S. 6, „Wissenschaftliche Verarmung“

³⁶⁵ ebd.

³⁶⁶ Ausgabe Nr. 21, 29. Mai 1991, S. 2, „Warum keine Stasi-Fraktion – Minderheitenschutz im Landtag?“

³⁶⁷ Ausgabe Nr. 22, 05. Juni 1991, S. 1, „Landtag in Schwerin ohne Stasi-Last“

Medien

Ein wichtiges Medienthema ist die Bildung des Norddeutschen Rundfunks (kurz: NDR). Mitte Februar gibt es erste Diskussionen, in wie weit Mecklenburg-Vorpommern in den NDR eingliedert wird oder ob es einen „Nordostdeutschen Rundfunk“ geben wird³⁶⁸. Im April sieht die Lage anders aus, denn alle Parteien sind für einen NDR als Dreiländeranstalt. Die CDU, unter Alfred Gomolka, ist die Einzige Partei, die weiterhin für einen „Nordostdeutschen Rundfunk“ kämpft³⁶⁹. Nur wenig später erfolgt die Bekanntgabe, dass es den NDR in Mecklenburg-Vorpommern geben wird³⁷⁰. In einem Interview mit dem Intendanten des NDR, Jobst Plog, geht um die Personalpolitik und den Aufbau des Senders in M-V³⁷¹.

Im November 1991 wurde ein Entwurf der Landespressegesetze für M-V vorgelegt. Ein Vorschlag darin, ist das Zeitungsherausgeben nur für Journalisten zugänglich zu machen. Er kam von dem Chefredakteur der „SVZ“. Dieser Vorschlag stößt bei Frau Marquardt auf Unverständnis. „Frau Marquardt, Sie werden dem sicher widersprechen [...]“ O-Ton Gustmann [zur Erklärung: Chefredakteur der „SVZ“, Anm. d. Verf.] Da hat Frau Marquardt widersprochen und tut es jetzt noch einmal [...]“³⁷² Gleichzeitig tut es dieser Vorschlag auch heute noch, wie die ehemalige Chefredakteurin im Interview berichtete.³⁷³

³⁶⁸ Ausgabe Nr. 07, 20. Februar 1991, S. 1, „Umworbene Medienbraut Mecklenburg-Vorpommern“

³⁶⁹ Ausgabe Nr. 16, 24. April 1991, S. 1, „Schwarzer Peter für Gomolka.. - .. oder Rote Karte für den NDR?“

³⁷⁰ Ausgabe Nr. 27, 10. Juli 1991, S. 2, „RMV-Nächste Runde“

³⁷¹ Ausgabe Nr. 50, 20. Dezember 1991, S. 17, „NDR – Das Beste am Norden?“

³⁷² Ausgabe Nr. 45, 15. November 1991, S. 1, „Die Pressefreiheit die wir meinen“

³⁷³ Vgl. Interview Regine Marquardt, Anlage Nr. 1

1992/1993:

International

Das Thema der neu entstandenen Staaten im Ostblock wird aufgegriffen. Es geht um soziale Probleme, die die Staaten nun bewältigen müssen, es bis dato aber noch nicht geschafft haben³⁷⁴.

Der Umweltgipfel in Rio de Janeiro fand ab dem 03. Juni 1992 statt. 20.000 Teilnehmer waren für diese Zusammenkunft vor Ort. Themen wie die Abholzung des Regenwaldes und die Klimakatastrophe waren demnach schon im Jahr 1992 an der Tagesordnung.³⁷⁵

Seit dem 01. Januar 1993 gibt es in der Europäischen Gemeinschaft den „freien Verkehr von Personen, Gütern, Kapital und Dienstleistungen“³⁷⁶. Stichprobenartige Grenzkontrollen gibt es jedoch nach wie vor.

National und ehemalige DDR

Struktur

Die Pflegeversicherung wird in das Sozialversicherungsmodell ab 1996 eingeführt (laut M.A. – die reale Einführung fand am 1. Januar 1995 statt³⁷⁷). Schon jetzt gibt es einige Diskussionen über das Vorhaben. Der M.A. berichtet, um was es sich dabei handelt und wie hoch die Abgaben sein werden (1,7 Prozent vom Bruttolohn).³⁷⁸

³⁷⁴ Ausgabe Nr. 08, 21. Februar 1992, S. 3, „Krieg gegen das eigene Volk?“

³⁷⁵ Ausgabe Nr. 23, 05. Juni 1992, S. 3, „Geteilt wird nicht“

³⁷⁶ Ausgabe Nr. 01/02, 08. Januar 1993, S. 1, „Das Europa ohne Grenzen hat seine Grenzen“

³⁷⁷ <http://www.insm.de/insm/Themen/Soziales/INSM-Dossier-Pflege/Eine-Chronik-der-Pflegeversicherung.html>

³⁷⁸ Ausgabe Nr. 27, 10. Juli 1992, S. 1, „Das Geschrei um die Pflegeversicherung geht vorbei“

Immobilien

Der Wohnungsbaunotstand in den Neuen Bundesländern weitet sich weiter aus wird sich weiter verstärken³⁷⁹. Neben der Arbeitslosigkeit ist das Fehlen von Wohnungen in ganz Deutschland ein Problem³⁸⁰. Die Hauptursache wird in dem Rückzug des Bundes aus dem Thema der Wohnungsbauförderung gesehen. Die Kommunen haben dieses Feld inzwischen inne.³⁸¹

Lebensgefühl

Der M.A. beschäftigt sich zusätzlich mit der Identität der Bevölkerung der Neuen Bundesländer³⁸². Der Artikel: „Der brave Mann denkt an sich selbst zuletzt?“ beschreibt den „Werteverlust als Folge der deutschen Einheit“³⁸³. Durch die Teilung Deutschlands entwickelten sich verschiedene menschliche Systeme: „Die westliche Seite hat ein Helfersyndrom entwickelt und die östliche eine von Hilflosigkeit.“³⁸⁴ Eine weitere Folge des Werteverlustes ist, dass die Menschen sich nur noch mit sich selbst befassen. Sie beschäftigen sich mit sich allein oder ihren Familien, eine große Gemeinschaft, wie die der DDR gibt es nicht mehr. Weiterhin beschreibt der Artikel, dass Ausländerfeindlichkeit aus Hilflosigkeit entsteht.

Das Thema Ausländerfeindlichkeit bzw. Fremdenhass befindet sich immer wieder in den Schlagzeilen. Es wird über Ursachen und Folgen diskutiert. Eine Lösung lässt sich auch Anfang 1992 nicht feststellen. Die Bestärkung der Problematik erfolgt durch die zunehmende Arbeitslosigkeit. Laut des DIW, Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, sollen im verarbeitenden Gewerbe eine Million Arbeitsplätze wegfallen. Dies geschieht innerhalb der nächsten zwei Jahre in gesamt Ostdeutschland, so die Prognose³⁸⁵. Dadurch entsteht eine Existenzangst und eine Unsicherheit bzw. Hilflosigkeit, die einen Schuldigen sucht. Die Ausländerfeindlichkeit nimmt in der Folge zu.

³⁷⁹ Ausgabe Nr. 27, 10. Juli 1992, S. 4, „Wohnungsbaunotstand in den Neuen Bundesländern“

³⁸⁰ Ausgabe Nr. 01/02, 08. Januar 1993, S. 4, „Bürokratische Hürden blockieren Wohnungsbau“

³⁸¹ ebd.

³⁸² Ausgabe Nr. 29/30, 24. Juli 1992, S. 3, „Probleme mit der Identität“

³⁸³ Ausgabe Nr. 39/40, 02. Oktober 1992, S. 3, „Der brave Mann denkt an sich selbst zuletzt?“

³⁸⁴ ebd.

³⁸⁵ Ausgabe Nr. 01, 04. Januar 1992, S. 2, „Über eine Million Arbeitsplätze abgebaut?“

Regional

Wirtschaft und Politik

Die Wirtschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern befindet sich in einer Krise. Im Speziellen die Werften leiden unter zu wenig Aufträgen³⁸⁶. Der Ministerpräsident des Landes, Alfred Gomolka, tritt zurück, denn die Werftenkrise war der Auslöser für eine politische Krise im Land³⁸⁷. Es wird der Ruf nach Neuwahlen für den Posten des Ministerpräsidenten laut und die Parteien werden im Einzelnen zu ihren Kursen und der aktuellen Situation befragt³⁸⁸. Neuwahlen gab es jedoch nicht. Der neue Ministerpräsident ist Bernd Seite (CDU) und auch das Kabinett wurde neu gebildet³⁸⁹. Er soll die Krise des Landes abwenden. Doch auch nach den Osterfeiertagen hat die Regierung noch keine Problematik aufgegriffen³⁹⁰. In der vom Ministerpräsidenten abgegebenen Regierungserklärung gibt es keine Neuerungen, die erwähnt wurden.

Der Hochschul- und Werftstandort M-V soll bestehen bleiben³⁹¹. Durch einen EG-Beschluss wird das Bestehen der Werften in M-V gesichert³⁹².

Weiterhin wurde im Mai 1992 ein, durch die Verfassungs-Kommission, erarbeiteter Entwurf einer Verfassung für das Land vorgestellt³⁹³.

Stasi

Die Einsicht in die eigene Stasi-Akte wird seit Anfang des Jahres 1992 gewährt. Die erschreckende Erkenntnis: Es waren mehr Menschen in der Stasi, als die bisherigen Vermutungen zugelassen haben³⁹⁴. Durch die öffentlich zugänglichen Akten gibt es viele Unruhen im Land, doch sie sollen weiter zugänglich sein³⁹⁵.

³⁸⁶ Ausgabe Nr. 11, 13. März 1992, S. 1, „Kriegsschiffe und eine Werftenkrise“

³⁸⁷ Ausgabe Nr. 12, 20. März 1992, S. 2, „Krisenmanagement“

³⁸⁸ ebd.

³⁸⁹ Ausgabe Nr. 14, 03. April 1992, S. 1, „Land in Sicht?“

³⁹⁰ Ausgabe Nr. 17, 24. April 1992, S. 1, „M-V: Es gibt viel zu tun...“

³⁹¹ Ausgabe Nr. 20, 15. Mai 1992, S. 1, „Nichts Neues“

³⁹² Ausgabe Nr. 26, 26. Juni 1992, S. 1, „Absturz als Rettung?“

³⁹³ Ausgabe Nr. 20, 15. Mai 1992, S. 3, „Verfassung Mecklenburg-Vorpommerns“

³⁹⁴ Ausgabe Nr. 03, 17. Januar 1992, S. 1, „Neue Helden braucht das Land?“

³⁹⁵ Ausgabe Nr. 10, 06. März 1992, S. 1, „Akten sollen offen bleiben“

Bildung

Der neue Ministerpräsident Bernd Seite äußerte sich zum Thema der Lehrerentlassungen getätigt und sorgt für Empörungen im Land³⁹⁶.

Im Hochschulbereich gibt es einige Demonstrationen von Studenten, die für den Erhalt des Standortes M-V kämpfen. Die Zukunft des Hochschulwesens sei gesichert, berichtet der M.A. im Mai 1992. Der Bereich wird erneuert und die Qualität gesichert und ausgebaut.³⁹⁷

Ausländerfeindlichkeit

Ein Ereignis, welches im Jahr 1992 ganz Deutschland und die Welt erschütterte, waren die Übergriffe auf ein Asylantenheim in Rostock-Lichtenhagen im August 1992. Drei Nächte lang herrscht Krawall vor dem Asylantenheim. Rechtsextreme werfen Molotowcocktail und stecken das Haus in Brand. Die Polizei kann nichts gegen die aufgebrachte Menge tun, während immer mehr Rechtsextreme aus der ganzen Republik anreisen. Politik und Polizei weisen die Schuld am mangelnden Einsatz von sich³⁹⁸. Doch auch nach diesen Überfällen bleibt die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen bestehen. Im Oktober 1992 wird ein Anschlag auf die Gedenkstätte Sachsenhausen ausgeübt³⁹⁹.

Medien

Der M.A. ruft zu einem Themenwechsel in den Medien auf, denn es werden nur die alten Problemen berichtet und diskutiert, die es bereits seit ein paar Jahren in den Medien gibt. Es geht um Vergangenheitsbewältigung und das alte System. Neue Themen, wie den Bau von Flughäfen oder Kraftwerken, werden dem Leser vorenthalten⁴⁰⁰.

Nach anfänglich kritischer Betrachtung wird über den NDR wird im Juni des Jahres eine positive Bilanz gezogen⁴⁰¹.

³⁹⁶ Ausgabe Nr. 16, 18. April 1992, S. 4, „Roßkur für Schule in M-V“

³⁹⁷ Ausgabe Nr. 20, 15. Mai 1992, S. 1, „Alles wird gut (sagt Frau Schnoor)“

³⁹⁸ Ausgabe Nr. 35/36, 04. September 1992, S. 1, „Ist der Ruf erst ruiniert“ und S.3, „Ein bisschen Graus, ein bisschen Saus“

³⁹⁹ Ausgabe Nr. 39/40, S. 1, „So tut endlich was!“

⁴⁰⁰ Ausgabe Nr. 02, 10. Januar 1992, S. 1, „Zeit für Themenwechsel“

⁴⁰¹ Ausgabe Nr. 23, 05. Juni 1992, S. 7, „NDR-MV: Alles bestens!“

Eigenanalyse

Ab September, genauer ab der Ausgabe vom 18. September 1992, ist ein regelrechter „Überlebenskampf“ des M.A. festzustellen. Es wird offen über die wirtschaftliche Lage der Zeitung berichtet. Die letzte Zeitung der Wendezeit kann nur durch die Akquirierung neuer Leser weiter geführt werden⁴⁰². Die Hinweise zur Lage der Zeitung finden sich ab September in fast jeder Ausgabe. Es gibt eine ganzseitige Anzeige des M.A. in der Ausgabe Nr. 39/40⁴⁰³. Hier ist ein eindeutiger Wille zum Erhalt der Zeitung erkennbar. Es werden grobe Daten zum M.A. gegeben und ein weiterer Aufruf zum Werben neuer Leser gestartet⁴⁰⁴. In den weiteren Ausgaben gibt es jeweils die Abonnementwerbung und einen kleinen Text in dieser, der auf die Situation hinweist.

Der M.A. bedankt sich für die geworbenen Leser⁴⁰⁵ und dennoch ist die Wichtigkeit neuer Aboverträge erkennbar. Auch ein Leserbrief mit dem Vorschlag eines Fördervereins wird mehrfach in die Aboanzeige eingebettet⁴⁰⁶. Zu den ohnehin schon wirtschaftlich schwierigen Zeiten wird auch auf eine unumgängliche Erhöhung des monatlichen Abopreises hingewiesen. Durch die Erhöhung der Versandgebühren durch die Bundespost, muss sich der M.A. angleichen. Weiterhin wird auf die eventuelle Rückkehr von der, seit dem Sommer 14-täglichen, zur wöchentlichen Erscheinungsweise hingewiesen.⁴⁰⁷ Aus dem Vergleich der Zeitungen ab September lässt sich die Schlussfolgerung des „Überlebenskampfes“ deutlich nachvollziehen. Dennoch ist immer der Optimismus der Fortsetzung der redaktionellen Arbeit vorhanden. Dieser ist bis einschließlich der letzten Ausgabe erkennbar.

Die letzte Ausgabe vom 19. Februar 1993 bereitet den Leser zunächst auf eine Pause, nicht aber auf das Einstellen der Zeitung vor. Die Erscheinungsweise soll von 14-täglich auf monatlich umgestellt werden, ab April 1993.⁴⁰⁸ Außerdem wird der M.A. mit der SVZ verglichen. Ein Rückblick beschreibt den M.A. als „Blatt des Mahnens und Warnens, des großen Tons, der Moral, aber auch des politischen Pamphlets“⁴⁰⁹.

⁴⁰² Ausgabe Nr. 37/38, 18. September 1992, S.1, „In eigener Sache“

⁴⁰³ Ausgabe Nr. 39/40, 02. Oktober 1992

⁴⁰⁴ ebd., S. 13

⁴⁰⁵ Ausgabe Nr. 41/42, 16. Oktober 1992, S. 10, Anzeige

⁴⁰⁶ Ausgabe Nr. 01/ 02, 08. Januar 1993, S. 6

⁴⁰⁷ Ausgabe Nr. 49/50, 11. Dezember 1992, S. 1, „Liebe Leser“

⁴⁰⁸ Ausgabe Nr. 07/08, 19. Februar 1993, S. 3, „Zwei Arten von Öffentlichkeit“

⁴⁰⁹ ebd.

Der Vor-Ort-Journalismus wurde zum Großteil vom M.A. aufgegeben und es wurden Themen aufgegriffen, die nicht in der Bonner Politik zur Sprache kamen oder kaum Beachtung fanden, wie z.B. der Zerfall der Städte. Auch die Leser werden stets gehört und kommen zu Wort. Artikel von der Chefredakteurin lassen eine Identifikation zu. Der MA war „ein Aushängeschild für Integrität [...] und auch, tja, für jene DDR-Identität, die sich nicht in irgendwelchen ‚sozialistischen Errungenschaften‘ verkörpert sieht.“⁴¹⁰ Die SVZ im Vergleich vollzog einen langsamen Wandel – vor der Wende eine Zeitung der SED – danach eine unabhängige Zeitung. Sie erklärte sich am 18. Januar 1990 für unabhängig. „Das ist vielleicht das Geheimnis des Überdauerns der alten Regionalzeitungen: Der Blick ihrer Redakteure für’s Unmittelbare. Man braucht Zeit in Ostdeutschland – auch um das Politisieren, Polemisieren und Skandalieren der Medien ertragen zu lernen, dass man im Westen einzuschätzen weiß. Blätter wie der ‚Mecklenburger Aufbruch‘ hätten vielleicht manche intellektuelle und politische Lücke füllen können. Aber man kann dem Leser nicht aufzwingen, was er nicht in ausreichendem Maße will.“⁴¹¹

⁴¹⁰ ebd., 4. Spalte

⁴¹¹ ebd.

4.2.) Bezug zur Theorie:

In der Theorie über den Printmarkt der DDR und in der Auswertung des M.A. spielen unterschiedliche politische Entwicklungen eine Rolle. Den Wegfall der Pressesubventionen im April 1990 empfand der M.A. als nicht sonderlich tragisch⁴¹², denn die Zeitung war von Anfang an auf sich allein gestellt. Nur durch die Investition von Regine Marquardt, ihren Mitbegründern und der Hilfe des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages war es möglich, eine Zeitung auf die Beine zu stellen, die über viele Jahre sehr beliebt war.

Wichtig und entscheidend ist die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, die der M.A. beschreibt und gleichzeitig einen wirtschaftlichen Einschnitt der Zeitungen bedeutete. Dem Erfolg des M.A. tat dies keinen Abbruch. Vielmehr war die Zeitung eine der vielen Neugründungen, die auf dem Markt Anklang fand und das Zeitungssterben überdauerte. Sie sah viele kommen und gehen, wie bspw. „Der Demokrat“, „NdZ“ und stellte stets mit Bedauern fest, dass wieder eine Zeitung weniger auf dem Markt war⁴¹³.

Dennoch war es für den M.A., genauso wie für einige andere Zeitungen, schwierig sich gegen die ehemaligen SED-Zeitungen zu behaupten.

Selbst Frau Marquardt war damals von der Entwicklung der Presselandschaft überrascht, denn die Menschen behielten ihre Regionalzeitungen. Darauf war niemand vorbereitet⁴¹⁴. Dennoch gelang es dem Medium M.A. bis 1993 am Markt Bestand zu haben. Die Schwierigkeiten im Vertrieb, im Bereich der Finanzierung durch Anzeigen und in der Fluktuation des Personals, waren allerdings nie beseitigt. Die Einstellung des Wende-Mediums war ein wirtschaftlicher Schritt, denn keine Zeitung kann ohne finanzielle Absicherung existieren.

Im Abschnitt der Theorie wurde beschrieben, dass die Neugründungen sich vorrangig mit der Stasi, dem Machtmissbrauch und der Heimatverbundenheit beschäftigten. Dieser Aussage aus dem Buch „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“⁴¹⁵ kann der M.A. nicht unterstellt werden. Die Heimatverbundenheit spielt eine elementare Rolle, das zeigt sich in Ressorts wie „Lug ins Land“ oder „Umwelt“. Im Ressort „Kultur“ geht es um Veranstaltungen im Verbreitungsgebiet und neue Entdeckungen, in gewisser Weise spiegelt sich demnach auch hier Heimatverbundenheit wieder.

⁴¹² Vgl. Interview Regine Marquardt

⁴¹³ Vgl. S. 11

⁴¹⁴ Vgl. Interview Regine Marquardt

⁴¹⁵ Vgl. S. 13

Weiterhin geht es auch um die Stasi oder dem Machtmissbrauch in der Berichterstattung, nur diese Themen sind im Vergleich zu den aktuellen Entwicklungen relativ selten. Allem voran war der M.A. allerdings eine Ratgeberzeitung, die positiv und mit voller Hoffnung und Optimismus in die Zukunft blickte. Es wurde sich nicht vor Kommentaren und Meinungen gescheut. Eher im Gegenteil. Neue Systeme wurden erklärt, beobachtet, vorgestellt und kommentiert. Eine zentrale Rolle hatte dabei stets das politische Geschehen. Das Wende-Medium ist nicht nur eine Regionalzeitung, sondern verbindet die verschiedenen Geschehnisse miteinander und fällt ein eigenes Urteil. Journalistische Grundlagen wurden nicht beachtet, dadurch wirkt der M.A. frisch und unverbraucht. Durch die vorgelegte Meinung lieferte der M.A. reichlich Diskussionsstoff, der von den Lesern gebracht wurde. Die zahlreichen Leserbriefe und Meinungen, gerade im Jahr 1990, zeigen die Interaktion mit den Lesern. Die Reaktion wollte Diskussionen und einen Gedankenaustausch, den hatte es schließlich 40 Jahre lang nicht gegeben.

Aus rein ökonomischer Sicht, ist Mecklenburg-Vorpommern ein schwieriges Land für eine Zeitungsgründung. Die demografische Entwicklung, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme sind nach wie vor wichtige Hürden, die eine neue Zeitung von Anfang an in eine schwierige Ausgangsposition begeben⁴¹⁶. Auszugleichen versucht es ein Verlag mit höheren Vertriebspreisen. Auch der M.A. musste wirtschaftlich bedingt seine Preise Schritt für Schritt erhöhen.

Die Probleme in der Wirtschaftlichkeit, die letztendlich zum Einstellen der Zeitung führten, spiegelt exemplarisch das Zeitungssterben wieder.

Es gab viele Versuche (siehe Abschnitt 4.1.1.), Neugründungen zu wagen und eine unabhängige Zeitung zu gründen. Doch die Politik der Treuhand ließ keinen Spielraum für gerade in der Entstehung befindliche Projekte. Schließlich drängte die große Konkurrenz die neuen Zeitungen vom Markt. Bis heute gibt es keine Neugründung aus der Wendezeit, die noch existiert.

⁴¹⁶ „Medienfreiheit nach der Wende“, Marcel Machill et al., S. 165

4.3.) Bewertung der Methode:

Die Methode dieser Arbeit basierte auf einem persönlichen Interview und einer Vollerhebung des M.A. über die gesamte Zeit der Existenz und einer Analyse des Inhaltes sowie einer strukturellen Auswertung im Anschluss.

Das Interview ist ein geeignetes Mittel, um die Hintergründe der Zeitungsentstehung aufzuzeigen. Kein Leser wird aus der Zeitung erfahren, wie es um die Wirtschaftlichkeit stand. Auch ist die Entstehungsgeschichte des M.A. eine wichtige Information, um die Hintergründe und Probleme um die Wende-Zeit zu verstehen.

Die Vollerhebung und Auswertung des Inhaltes, ist eine geeignete, wenn auch sehr zeitaufwendige Möglichkeit der Recherche. Der M.A. ist nur in der Landesbibliothek Mecklenburg-Vorpommern einzusehen, in keiner anderen Bibliothek sind Exemplare vorhanden. Auch gibt es die Zeitung nicht digital in der Bibliothek, sondern als gedruckte Version. Dadurch war eine Recherche nur in Schwerin möglich, wohingegen die Zeit für die An- und Abfahrt in die Analyse eingerechnet werden sollte. Weiterhin braucht es viel Zeit und Geduld mehr als drei Jahre Zeitungsgeschichte durchzuarbeiten und auszuwerten. In dieser Hinsicht ist zu überlegen, sich eventuell nur auf die Auswertung von einem Jahr zu konzentrieren.

Ein weiterer schwieriger Punkt bei dieser Methode ist die Abgrenzung von Themen. Die Wichtigkeit von Themen kann nur subjektiv entschieden werden. Eine Aufzählung von allen Themen, um die sich die Zeitung dreht, ist in einer Bachelorarbeit nicht möglich. Die Strukturanalyse erfolgte im Zusammenhang mit der Inhaltsanalyse. Es braucht viel Aufmerksamkeit, um auf alle Punkte und Positionen gleichzeitig zu achten. Außerdem sind viele Veränderungen und Themenpunkte nur oberflächlich erläutert. Daher ist eine nachträgliche Informationssammlung wichtig. Geschichtliche Hintergründe können in dieser Bachelorarbeit nur oberflächlich und aus Sicht bzw. den Beschreibungen des M.A. wiedergegeben werden. Um die Zeitung in einen gesamten geschichtlichen Kontext zu setzen, wäre eine weitere Forschungsarbeit, die sich dann nur auf ein Jahr als Auswertung bezieht durchzuführen.

5.) Zusammenfassung:

Die vorliegende Arbeit beschäftigte sich mit der „Analyse der Wende-Medien und deren Einordnung in das gesamtdeutsche System, am Beispiel des „Mecklenburger Aufbruch“.

Nach Beschreibung der Theorie und der Methode der Forschung wurde die Zeitung über den gesamten Forschungszeitraum ausgewertet und in einer wirtschaftlichen, strukturellen und inhaltlichen Auswertung analysiert. Das Wende-Medium „Mecklenburger Aufbruch“ stellt viele Facetten des damaligen Lebens dar.

Die Zusammenfassung der Ergebnisse aus dem gesamten Forschungszeitraum ergibt eine umfangreiche und von verschiedensten Themen bespickte Zeitung. In der Wende-Zeit erfolgten zahlreiche Umwälzungen gleichzeitig. Viele Entwicklungen, wie z.B. die Hochschuldebatte oder das Schulsystem, wurden angestoßen, aber bis zum Anfang des Jahres 1993 sind keine Entscheidungen bekannt. Gleiches gilt für die Arbeitslosigkeit und den Fremdenhass, der das Lebensgefühl der Bürger der Ex-DDR kennzeichnen. Auswege werden gesucht, aber können nicht in einem einzigen Jahr gefunden werden. Gerade wegen den schnellen Entwicklungen der Prozesse, ist es nicht möglich alle Ereignisse parallel aufzuführen – auch nicht in einer Wochenzeitung. Es gibt viele geschichtliche Hintergründe, die die Menschen in dieser Zeit jeden Tag verfolgen konnten, ob im Fernsehen, im Radio oder in der Zeitung. Daher war es auch für den M.A. nicht nötig jedes Ereignis noch einmal bis ins kleinste Detail zu beschreiben. Dennoch ist die Bandbreite der Themen so umfangreich, dass nur ein kleiner Teil in dieser Arbeit beschrieben werden kann. Ein weiterer Forschungsansatz wäre daher sich nur auf ein Jahr des Erscheinens mit all den politischen, wirtschaftlichen und geschichtlichen Prozessen zu beschränken.

Die Struktur der Zeitung ist anfangs unübersichtlich, doch durch die Einführung von Ressorts wird eine neue Übersicht hergestellt. Auch Bildunterschriften oder passende Bilder, die an den Text grenzen, sind wie im Abschnitt 4.1.2. erläutert, anfänglich nicht zu finden. Vielmehr regen Bilder von Störchen zu Texten über Energiepläne zum Schmunzeln an. Erst in den späteren Jahren erfolgte die Anpassung von Text und Bild sowie das Schreiben von Bildunterschriften. Der M.A. musste lernen, wie eine Zeitung gestaltet wird. Der Leser kann den kompletten Entwicklungsprozess der Zeitung nachvollziehen und miterleben.

Bei all den Problemen, Unübersichtlichkeiten und Umstrukturierungen ist der M.A. für den Leser eine wichtige Informationsquelle. Andere Meinungen werden nicht „abgeschüttelt“, sondern integriert, auch wenn sie nicht immer der Ansicht der Redaktion entsprechen. Generell ist eine Meinungswiedergabe in journalistischer Hinsicht in der heutigen Presselandschaft nicht mehr denkbar. Für den M.A. ist die Ich-Form in der Schreibweise und auch die Wiedergabe von Meinungen, Appellen und Aufrufen ein wesentliches Instrument. Gerade in den Jahren 1990/1991 ist das erkennbar. Journalistische Regeln werden nur selten beachtet.

Anfangs sind nur subjektive Betrachtungsweisen und Meinungen vorhanden. Objektive Berichterstattung lässt sich über die Jahre des Erscheinens nur selten vorfinden. Der M.A. wirkt dennoch sehr erfrischend, nie langweilig und informativ. Durch die Einstellung einer solchen publizistischen Erscheinung ist wieder ein Stück der deutschen Wende-Presselandschaft verloren gegangen.

Gleichwohl ist der Hintergrund zu beachten, dass das Lebensgefühl der damaligen Bevölkerung ein anderes war. Das Bewusstsein der Menschen hatte sich gewandelt und das neue System hatte sich gefestigt. Die Frage, ob die Zeitung weiter hätte existieren können, kann nicht beantwortet werden. Um zu prüfen, ob die Bevölkerung tatsächlich auch eine moralische Änderung vollzogen hat, könnte ein Vergleich von zwei Neugründungen der Wende-Zeit sinnvoll erscheinen. Gleichzeitig können sie auf Ähnlichkeit oder Andersartigkeit der Berichterstattung geprüft werden. Der M.A. könnte bspw. mit der „DAZ“ verglichen werden, die über einen kürzeren Zeitraum Bestand hatte. Die Bevölkerung der ehemaligen DDR wandte sich an ihre „alten“ Zeitungen. Durch die Wirtschafts- und Währungsunion war die Überlegung, welche Zeitungen sie behielten und welche nicht, stark vertreten. Die meisten entschieden sich für die Zeitungen, die sie bereits kannten und die ihnen glaubwürdig erschienen. Der M.A. war ein glaubwürdiges und authentisches Wende-Erzeugnis, dennoch waren wirtschaftliche Faktoren der Grund für die Einstellung der Zeitung. Die Wochenzeitung wollte sich nicht von Westverlagen aufkaufen lassen und geriet dadurch in finanzielle Schwierigkeiten. Zusätzlich zur Marktmacht der alten Bezirkszeitungen, war die „Überlebenschance“ von Anfang an klein. Ob diese Entwicklung auch zur Auflösung der „DAZ“ beigetragen hat, könnte im Gegenstück geprüft werden.

Ein weiterer interessanter Forschungsansatz wäre die Gegenüberstellung einer Neugründung als Versuch einer Regionalzeitung, wie z.B. die „Mecklenburgische Volkszeitung“ mit einer ehemaligen SED-Bezirkszeitung. In dieser Hinsicht könnte eine Wende im Journalismus nachvollzogen werden. Hierbei müsste der Zeitraum des Vergleichs übereinstimmen. Im Anschluss könnte geprüft werden, ob es tatsächlich Unterschiede im Charakter der Zeitungen gegeben habe, denn in den alten SED-Zeitungen arbeiteten die Journalisten des alten Regimes nach wie vor. Außerdem wird den Journalisten der Bezirkszeitungen nach der Wende eine gewisse Konfliktscheue vorgeworfen.

Das Verschwinden der Wende-Medien ging einher mit der wirtschaftlichen Macht und Präsenz der SED-Zeitungen. Durch die Übernahme der alten Regionalzeitungen von großen Westverlagen hatte ein Verdrängungswettbewerb begonnen, der keine kleinen Zeitungen am Markt duldet und verdrängte.

Literaturverzeichnis

1.) Bücher:

- **Haller, Michael; Mükke, Lutz (Hrsg.):** „Wie die Medien zur Freiheit kamen – Zum Wandel der ostdeutschen Medienlandschaft seit dem Untergang der DDR“, Reihe des Instituts für praktische Journalistenforschung (IPJ), 7, Herbert von Halem Verlag, Köln (2010), S. 30, 33, 34, 250, 251, 254
- **Machill, Marcel; Beiler, Markus; Gesterner, Johannes R. (Hrsg.):** „Medienfreiheit nach der Wende – Entwicklungen von Medienlandschaft, Medienpolitik und Journalismus in Ostdeutschland“, UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz (2010), S. 14, 22, 24, 58, 59, 64, 69, 125, 126, 129, 133, 134, 137, 138, 141, 147, 165
- **Merten Klaus; Schmidt, Siegfried J.; Weischenberg Siegfried (Hrsg.):** „Die Wirklichkeit der Medien – Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft“, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen (1994), S. 525, 526
- **Meyn, Hermann:** „Massenmedien der Bundesrepublik Deutschland: alte und neue Bundesländer“, COLLOQUIUM Verlag, Berlin (Neuaufgabe 1992), Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), S. 43
- **Reinke, Helmut:** „Weil wir hier zu Hause sind – Die zwei Leben einer Zeitung – 50 Jahre OSTSEE-ZEITUNG“, Altstadt Verlag, Rostock (2002), Einband , S. 15, S. 18
- **Werner, Claus (Hrsg.):** „Medien-Wende – Wende-Medien? – Dokumentation des Wandels im DDR-Journalismus, Oktober 1989 – Oktober 1990“, VISTAS Verlag, Berlin (1991), S. 17, 18, 29, 35; 17 bis 116 ist die Dokumentation der Mediennachrichten, 125
- **Wilke, Jürgen (Hrsg.):** „Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Schriftenreihe Band 361; Köln (1999), S. 577, 579, 582, 584, 595 - 597, 602, 603 – 610, 617, 621, 622

2.) Internet:

- **Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V.;** Broschüre „Die Deutschen Zeitungen in Zahlen und Daten“; <http://www.bdzv.de/broschuere.html> → Broschüre als pdf „Zahlen und Zeitungen 2010“ [Stand: 29.06.2011]
- **Bürgerbewegung Leipzig e.V.;** Lexikon; DAZ; http://www.archiv-buergerbewegung.de/index.php?option=com_content&view=article&id=51%3Alexikon&catid=42%3Alexikon&Itemid=30#dhttp://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/DDRGeschichte/_node.html;jsessionid=A959AA19C5A3F809581590B6BC0B5A09.2_cid134 [Stand: 12.07.2011]
- **Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn;** http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/DDRGeschichte/_node.html;jsessionid=A959AA19C5A3F809581590B6BC0B5A09.2_cid134 [Stand, 01.07.2011]
- **DocumentArchiv.de;** Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (vom 07. Oktober 1949); <http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr1949.html#b1> [Stand: 09.07.2011]
- **Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.;** <http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1&u=&p=&detail=true> → Quartalsauflagen (1/11), Alphabetischer Index, Suche nach „OSTSEE-ZEITUNG“, „Freie Presse“ und „Neues Deutschland“ → keine direkte Verlinkung auf die jeweilige Seite möglich [Stand: 08.07.2011]
- **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft;** Eine kurze Geschichte der Pflegeversicherung; <http://www.insm.de/insm/Themen/Soziales/INSM-Dossier-Pflege/Eine-Chronik-der-Pflegeversicherung.html> [Stand: 27.06.2011]
- **Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in Bayern;** Der Irak nach dem Krieg; <http://192.68.214.70/blz/web/irak/golfkriege.html#2> [Stand: 30.06.2011]
- **Stiftung Deutsches Historisches Museum und Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland;** Deutschland in Europa: Maastrichter Vertrag;

<http://www.hdg.de/lemo/html/WegelnDieGegenwart/DeutschlandInEuropa/maastrichtVertrag.html> [Stand: 29.06.2011]

3.) Zeitungen / Hefte:

- **Barbara Baerns:** „Journalismus und Medien in der DDR – Ansätze, Perspektiven, Probleme und Konsequenzen des Wandels“, Jakob-Kaiser-Stiftung e.V. (Hrsg.), Königswinter (1990), S. 8, Anhang
- **Alle Ausgaben des „Mecklenburger Aufbruch“** vom 31. Dezember 1989 bis 19. Februar 1993, in dieser Arbeit sind folgende Ausgaben benannt:
 - Ausgabe Nr. 01, 31. Dezember 1989
 - Ausgabe Nr. 02, 19. Januar 1990, S. 3, „Aufruf: Wir fordern: Sofortige Schließung der Mülldeponie Schönberg!“; S. 4, „„ Wege übers Land“ – Gedanken zu einer Landwirtschaftsreform“, „In eigener Sache“
 - Ausgabe Nr. 03, 25. Januar 1990, S. 1, „...brüderlich mit Herz und Hand“, „Eine neue Verfassung?“, „Wohin mit den teuren Genossen“; S. 2, „Alternativschulen – ein verschwiegenes Kapital in unserem Bildungssystem“, „Wo stecken die Müll-Millionen?“; S. 3, „Die Seele des Kindes gleicht einem Spiegel“, „Das haben wir schon mal gehört“, „Was wollen wir?“; S. 4, „Wir stellen vor – Grüne Partei“
 - Ausgabe Nr. 04, 07. Februar 1990, S. 2, „Es stinkt zum Himmel“; S. 4, „Stasi-Schwerin“, „Das schmutzige Geschäft mit dem Tod“; S. 5, „SOS-Schelfstadt“; S. 6, „Wir können sofort etwas tun“, „Diese Nummer“
 - Ausgabe Nr. 05, 14. Februar 1990, S. 8, Artikel „Aus bislang nicht geklärten Gründen...“; S. 2, „Der 18. März muss überstanden werden“; S. 3, „Waldorfschule: Angstfreies Lernen – kreatives Entfalten“; S. 4, „Kein Notstand, aber chronisch krank“, „Gegen Alkohol und Drogen“

- Ausgabe Nr. 06, 21. Februar 1990, S. 2, „Einigkeit und Recht und Freiheit für unser deutsches Vaterland“; S. 3, „Die Natur wartet nicht“; S. 5, „Drogen – den Anfängen wehren“; S. 8, „Arbeitslosigkeit – nun auch für DDR-Bürger?“
- Ausgabe Nr. 07, 28. Februar 1990, S. 2, „Sehr geehrter Herr Gysi!“; S. 4, „Vertreter für die Arbeitnehmer: Der Betriebsrat“
- Ausgabe Nr. 08, 07. März 1990, S. 1, „Wir sind ins Wasser geworfen worden, nun muss geschwommen werden“; S. 3, „Neuer Trend: Der Wunsch der Kinder“, „Stasi-Lehrer – nein danke!“; S. 4, „BKH: Schwerin: Pflegenotstand“
- Ausgabe Nr. 09, 14. März 1990, S. 1, „Vor welcher Wahl stehen wir?“, „Auf jeden Fall wählen!“; S. 2; S. 3: „Wir haben die Wahl!“
- Ausgabe Nr. 10, 21. März 1990, S. 1, „Die DDR hat gewählt“; S. 2, „Der Gewinner“; S. 4, „Drägerwerk hilft Mecklenburg“; S. 8, „Biotopenschutz ist Artenschutz“
- Ausgabe Nr. 11, 28. März 1990, S. 1, „Mecklenburg und Vorpommern“; S. 2, „Gegen die Selbstverständlichkeiten“; S. 3, „Arbeitnehmerschutz“; S. 4, „Radikale Erneuerung des Bildungswesens gefordert“
- Ausgabe Nr. 12, 04. April 1990, S. 1, „Demokratie – erste Erfahrungen“, „Was nun Herr Kohl?“; S. 2, „Amnestie – nein danke!“, „Alterssicherung im Vergleich“ und S. 3, „Das macht uns betroffen“, „Schwangerschaftsabbruch“
- Ausgabe Nr. 13, 11. April 1990, S. 1, „Große Koalition in der DDR steht“, „Die schwierige Regierungsbildung“; S. 4, „Landeshauptstadt Schwein aus verkehrspolitischer Sicht“; S. 8, „Ärzte wollen eigene Praxen gründen“
- Ausgabe Nr. 14, 18. April 1990, S. 2, „Gesundheitssystem im Vergleich“; S. 4, „Der lange Arm der Stasi“
- Ausgabe Nr. 15, 25. April 1990, S. 1, „Noch zehn Tage, dann wird wieder gewählt“; S. 2, „Ölfirmer wollen in der DDR 10 Milliarden investieren“

- Ausgabe Nr. 16, 02. Mai 1990, S. 1, „Neue Männer hat das Land“, „Selbstmitleid jetzt unangebracht“; S. 2, „Arbeitslosigkeit – Tendenz steigend“; S. 3, „6. Mai: Kommunalwahl“; S. 8, „SVZ – unabhängig und überparteilich“
- Ausgabe Nr. 17, 09. Mai 1990, S. 3, „Auf einen Nenner?“; S. 8, „Warum wirft der Sturm unsere Wälder um?“
- Ausgabe Nr. 18, 16. Mai 1990, S. 1, „Neues Agrarmonopol in Mecklenburg“, „Bauernprotest, Cola-Lawine, Lehrerstreik“; S. 4, „Höhere Kaufkraft“; S. 5, „Mecklenburger Bauern werden konkret“
- Ausgabe Nr. 20, 30. Mai 1990, S. 1, „Mecklenburger Aufbruch oder: Schnellkurs in Sachen Marktwirtschaft“, „Schwerin oder Rostock?“
- Ausgabe Nr. 21, 07. Juni 1990, S. 1, „Der Prophet gilt nichts im eigenen Lande“; S. 2, „Angst vor der Marktwirtschaft?“; S. 4, „Drogen, Bedrohung für Menschen und Gesellschaft“, „Anzeichen für eine Drogensucht...“, „Alkoholfrei – ein Lebensstil mit Zukunft“
- Ausgabe Nr. 22, 13. Juni 1990, S. 2, „Gib auf, Gysi!“; S. 3, „Michail Gorbatschow – ein großer Staatsmann – Wird er an innenpolitischen Schwierigkeiten scheitern?“, „Persil bleibt Persil, Berlin bleibt Berlin!“; S. 4, „Hilfe, um von den Drogen wegzukommen“
- Ausgabe Nr. 23, 20. Juni 1990, S. 1, „Neue Bundesländer – eine einmalige Chance!“, S. 3, „Wehret den Anfängen – Informationsabend über den geplanten Bau einer Müllverbrennungsanlage“; S. 4, „Über Zwang und Verantwortung“
- Ausgabe Nr. 24, 27. Juni 1990, S. 1, „Auf die Plätze! Fertig! Los!“; S. 3, „4 Jahrzehnte Landwirtschaft in der DDR“; S. 4, „Windenergie an Ostseeküste nutzen“, „Güstrow Fäkalien ins Trinkwasser gekippt“
- Ausgabe Nr. 25, 4. Juli 1990, S. 1, „Berlin, Stadt im Taumel“, „Wegelagerer I“

- Ausgabe Nr. 26, 11. Juli 1990, S. 1, „Diestel, Wünsche, Ebeling - Minister ohne Parteien“, „Wegelagerei oder Visionen“; S. 2, „5%-Sperrklausel?“, „Nationalsozialismus und Fremdenhass oder TOLERANZ?“; S. 3, „Umfrage zu ersten Erfahrungen mit der D-Mark“
- Ausgabe Nr. 27, 18. Juli 1990, S. 3, „Richtig versichern und dabei Geld sparen“; S. 5, „Weg frei für Billiganbieter“
- Ausgabe Nr. 28, 25. Juli 1990, S. 1, „Sind wir denn noch bei Trost?“; S. 3, „Liberale auf Erfolgskurs?“
- Ausgabe Nr. 29, 01. August 1990, S. 2, „Die Scheidung ist eingereicht – Die Ukraine löst sich von der Sowjetunion“; S. 5, „Arbeitslosenversicherung nach West-Vorbild“
- Ausgabe Nr. 30, 08. August 1990, S. 1, „Zynismus, Dummheit, Hilfslosigkeit“, „De Maizière wirft das Handtuch“; S. 2, „Beschluss zum Richtergesetz“; S. 3, „So kommt die Demokratie auf den Hund“; S. 10, „Fürst Albrechts große Mütze“
- Ausgabe Nr. 31, 15. August 1990, S. 4, „Der nächste, bitte?“; S. 11
- Ausgabe Nr. 32, 22. August 1990, S. 1, „Alia iacta est – aber der Streit geht weiter“, „Ein Trauerspiel als Farce“; S. 2, „Stürzt die Justiz ins Chaos?“, „Die Straßen dichtgemacht“; S. 3, „Mein oder Dein?“
- Ausgabe Nr. 33, 29. August 1990, S. 1, „Das gab’s nur einmal“, „Bodenreform und Fristenregelung“; S. 10, „Schnellere Hilfe“
- Ausgabe Nr. 34, 05. September 1990, S. 1, „Wogen um Paragraph 218 erstmal geglättet“; S. 4, „Lieber arm als tot“
- Ausgabe Nr. 35, 12. September 1990, S. 1, „Mecklenburgische Volkszeitung“; S. 3, „Eigentlich wollte ich immer in die Kommunalpolitik“

- Ausgabe Nr. 36, 19. September 1990, S. 2, „Rumänien: Die Revolution ist steckengeblieben“; S. 4, „Sozialversicherung in der DDR“
- Ausgabe Nr. 37, 26. September 1990, S. 1, „...brüderlich mit Herz und Hand“, „Eine neue Verfassung?“; S. 5, „Fröhlich in den Erntedank?“
- Ausgabe Nr. 38, 03. Oktober 1990, S. 4, „13. Schuljahr ist wichtig“; S. 5, „Milliarden Kredite stehen bereit“, „Als die AG „Weser“ ihre Tore schloss...“
- Ausgabe Nr. 39, 10. Oktober 1990, S. 1, „Drei Tage in Berlin“, „Am Sonntag wählen wir den Kanzler??“
- Ausgabe Nr. 40, 17. Oktober 1990, S. 1, „Der Wähler hat sich entschieden...“; S. 10, „Gemeinsam gegen Umweltsünder“
- Ausgabe Nr. 41, 24. Oktober 1990, S. 1, „Gorbi et orbi“; S. 2, „Partygeflüster“; S. 3, „Scheintot: Stasi“; S. 5, „Kein Silberstreif...“
- Ausgabe Nr. 42, 31. Oktober 1990, S. 4, „Polykliniken mit privatem Investor erhalten“; S. 5, „Überschaubare Genossenschaften“
- Ausgabe Nr. 43, 07. November 1990, S. 2, „Lehrstück der Demokratie“; S. 3, „Wende in der Sowjetunion mit oder ohne Gorbatschow“
- Ausgabe Nr. 45, 20. November 1990, S. 1, „Ventil nicht in Sicht – „Ganz wie unter Erich““
- Ausgabe Nr. 47, 05. Dezember 1990, S. 1, „Der Alltag hat uns wieder“, Kraftakt im Kultusministerium bringt große Vollmachten“
- Ausgabe Nr. 48, 12. Dezember 1990, S. 2, „Studenten auf der Straße“; S. 3, „Gnade des Nullpunkts“; S. 4, „Kleiner Tropfen auf heißen Stein“
- Ausgabe Nr. 49/50, 22. Dezember 1990, S. 2, „Ein Jahr und noch viel mehr“; S. 7, „1990“

- Ausgabe Nr. 01, 09. Januar 1991, S. 4, „Neuregelungen ab 01. Januar 91“
- Ausgabe Nr. 02, 16. Januar 1991, S. 2, „Spenden wofür?“, „Eskalation der Gewalt“
- Ausgabe Nr. 03, 23. Januar 1991, S. 1, „Bomben, Scham und Heuchelei“; S. 3, „Müllchaos in Ostdeutschland“
- Ausgabe Nr. 04, 30. Januar 1991, S. 5, „Was wird aus den LPG?“
- Ausgabe Nr. 05, 06. Februar 1991, S. 1, „Wer plant den Ernstfall des Friedens?“; S. 5, „LPG werden gefördert“
- Ausgabe Nr. 06, 13. Februar 1991, S. 1, „Ostdeutsche! Geht auf die Straße!“; S. 3, „Wo ist die Politik der Vernunft?“
- Ausgabe Nr. 07, 20. Februar 1991, S. 1, „Umworbene Medienbraut Mecklenburg-Vorpommern“
- Ausgabe Nr. 08, 27. Februar 1991, S. 1, „Inferno“, „Neuer Ost-West Dialog?“
- Ausgabe Nr. 09, 06. März 1991, S. 1, „Es geht voran!“
- Ausgabe Nr. 10, 13. März 1991, S. 2, „Arbeit für Mecklenburg-Vorpommern?“
- Ausgabe Nr. 12, 27. März 1991, S. 1, „Sprücheklopfer und Demonstranten“; S. 2, „Volksabstimmung in der SU – ein Betrugsmanöver?“
- Ausgabe Nr. 13, 03. April 1991, S. 1, „Wo sind die Kämpfer für Menschenrechte?“, „Der Weg zu einer neuen Schule“
- Ausgabe Nr. 14, 10. April 1991, S. 1, „Neue Pädagogenentlassungen in Sicht?“; S. 2, „Bonn oder Berlin?“
- Ausgabe Nr. 15, 17. April 1991, S. 1, „Mieterhöhungen als Investitionsanreiz“
- Ausgabe Nr. 16, 24. April 1991, S. 1, „Schwarzer Peter für Gomolka.. - .. oder Rote Karte für den NDR?“

- Ausgabe Nr. 18, 08. Mai 1991, S. 1, „Licht am Ende des Tunnels?“
- Ausgabe Nr. 20, 22. Mai 1991, S. 3, „Wahrnehmungsproblem“ 6. Spalte
- Ausgabe Nr. 21, 29. Mai 1991, S. 1, „Der Demokrat“
- Ausgabe Nr. 21, 29. Mai 1991, S. 1, „Der Demokrat“, „Stunde der Wahrheit“; S. 2, „Warum keine Stasi-Fraktion – Minderheitenschutz im Landtag?“; S. 4, „„Modernisierung‘ nicht von heute auf morgen“
- Ausgabe Nr. 22, 05. Juni 1991, S. 1, „Landtag in Schwerin ohne Stasi-Last“
- Ausgabe Nr. 23, 12. Juni 1991, S. 3, „Energiekonzept für Ostdeutschland ist umstritten“
- Ausgabe Nr. 24, 19. Juni 1991, S. 1, „Radikale und der Rechtsstaat“
- Ausgabe Nr. 25, 26. Juni 1991, S. 2, „Herzlichen Glückwunsch, Berlin!“; S. 3, „Für den Osten ein schlimmes Jahr“
- Ausgabe Nr. 27, 10. Juli 1991, S. 2, „RMV-Nächste Runde“; S. 3, „Rechtsradikalismus in den neuen Bundesländern“
- Ausgabe Nr. 28, 17. Juli 1991, S. 3, „Wozu überhaupt eine Kapitale?“
- Ausgabe Nr. 30, 31. Juli 1991, S. 10, „Ausweis stiftet Verwirrung“
- Ausgabe Nr. 31, 07. August 1991, S. 2, „Ausländerpolitik gegen Ausländerhass“; S. 5
- Ausgabe Nr. 32, 14. August 1991, S. 5
- Ausgabe Nr. 33, 21. August 1991, S. 1, „Problem mit der Solidarität“
- Ausgabe Nr. 34, 28. August 1991, S. 2, „Der Putsch hat nichts geändert“; S. 3, „Familienbetriebe haben Zukunft“

- Ausgabe Nr. 35, 04. September 1991, S. 2, „Die NdZ ging, die Super bleibt?“; S. 3, „Jelzin – der neue Superstar?“
- Ausgabe Nr. 38, 25. September 1991, S. 3, „Wohnungsmarkt in der Klemme“
- Ausgabe Nr. 41, 16. Oktober 1991, S. 1, „Die Asyldebatte geht weiter“
- Ausgabe Nr. 42, 23. Oktober 1991, S. 1, „Bakers Erfolg“, „Energie-Karussell in Mecklenburg-Vorpommern“
- Ausgabe Nr. 43, 30. Oktober 1991, S. 1, „Ostdeutsches Wirtschaftswunder“
- Ausgabe Nr. 44, 08. November 1991
- Ausgabe Nr. 45, 15. November 1991, S. 1, „Innenminister Diederich hat Zoff“, „Die Pressefreiheit die wir meinen“
- Ausgabe Nr. 46, 22. November 1991, S. 1, „Unverändert: Go West“; S. 3, „Drei Monate nach dem Putsch“
- Ausgabe Nr. 47, 29. November 1991, S. 1, „Zerreißprobe für CSFR“; S. 2, „Bundesrepublik vor neuen Aufgaben“
- Ausgabe Nr. 49, 13. Dezember 1991, S. 2, „Das war’s Sowjetunion“
- Ausgabe Nr. 50, 20. Dezember 1991, S. 6, „Wissenschaftliche Verarmung“; S. 13, „1991“; S. 17, „NDR – Das Beste am Norden?“
- Ausgabe Nr. 01, 04. Januar 1992, S. 2, „Über eine Million Arbeitsplätze abgebaut?“
- Ausgabe Nr. 02, 10. Januar 1992, S. 1, „Zeit für Themenwechsel“
- Ausgabe Nr. 03, 17. Januar 1992, S. 1, „Neue Helden braucht das Land?“
- Ausgabe Nr. 07, 14. Februar 1992, S. 8
- Ausgabe Nr. 08, 21. Februar 1992, S. 3, „Krieg gegen das eigene Volk?“

- Ausgabe Nr. 10, 06. März 1992, S. 1, „Akten sollen offen bleiben“
- Ausgabe Nr. 11, 13. März 1992, S. 1, „Kriegsschiffe und eine Werftenkrise“
- Ausgabe Nr. 12, 20. März 1992, S. 2, „Krisenmanagement“
- Ausgabe Nr. 14, 03. April 1992, S. 1, „Land in Sicht?“
- Ausgabe Nr. 16, 18. April 1992, S. 4, „Roßkur für Schule in M-V“
- Ausgabe Nr. 17, 24. April 1992, S. 1, „M-V: Es gibt viel zu tun...“
- Ausgabe Nr. 20, 15. Mai 1992, S. 1, „Nichts Neues“, „Alles wird gut (sagt Frau Schnoor)“; S. 3, „Verfassung Mecklenburg-Vorpommerns“
- Ausgabe Nr. 23, 05. Juni 1992, S. 3, „Geteilt wird nicht“; S. 7, „NDR-MV: Alles bestens!“
- Ausgabe Nr. 25, 19. Juni 1992, S. 9
- Ausgabe Nr. 26, 26. Juni 1992, S. 1, „In eigener Sache“, „Absturz als Rettung?“
- Ausgabe Nr. 27, 10. Juli 1992, S. 1, „Das Geschrei um die Pflegeversicherung geht vorbei“; S. 4, „Wohnungsbaunotstand in den Neuen Bundesländern“
- Ausgabe Nr. 29/30, 24. Juli 1992, S. 3, „Probleme mit der Identität“
- Ausgabe Nr. 35/36, 04. September 1992, S. 1, „Ist der Ruf erst ruiniert“ und S.3, „Ein bisschen Graus, ein bisschen Saus“
- Ausgabe Nr. 37/38, 18. September 1992, S.1, „In eigener Sache“
- Ausgabe Nr. 39/40, 02. Oktober 1992, S. 1, „So tut endlich was!“; S. 3, „Der brave Mann denkt an sich selbst zuletzt?“; S. 13
- Ausgabe Nr. 41/42, 16. Oktober 1992, S. 10, Anzeige
- Ausgabe Nr. 49/50, 11. Dezember 1992, S. 1, „Liebe Leser“
- Ausgabe Nr. 01/02, 08. Januar 1993, S. 1, „Das Europa ohne Grenzen hat seine Grenzen“; S. 4, „Bürokratische Hürden blockieren Wohnungsbau“; S. 6

- Ausgabe Nr. 07/08, 19. Februar 1993, S. 3, „Zwei Arten von Öffentlichkeit“

4.) Sonstiges:

- **Persönliches Interview mit Regine Marquardt, 18. Mai 2011**

7.) Anhang zur Bachelorarbeit

Cathleen Diedrich

Anlagenverzeichnis

1.) Interview Regine Marquardt	XV
2.) „Beschluss über die Gewährleistung der Meinungs-, Informations- und Medien- freiheit“	XXIV

Anlage Nr. 1 – Interview mit Regine Marquardt, 18. Mai 2011, ehemalige Chefredakteurin des „Mecklenburger Aufbruch“

1.) Wie kamen Sie dazu die Zeitung zu gründen? Was war ihr Anlass?

Ich bin im NEUEN FORUM gewesen und war in der Programmkommission und traf da mit vielen Leuten aus der ganzen DDR zusammen und ein Thema was bei allen verulent war, war: Wir müssen was mit Medien erreichen. Dann habe ich das aufgegriffen [...]für den Bereich des Nordwestens der DDR. Ich selber hatte Kontakt mit einem Abgeordneten aus Schleswig-Holstein privat [...] Der hat sich mit dem Anliegen an den damaligen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Björn Engholm, gewandt und der stellte den Kontakt zum Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag her. Die griffen das auf und haben gesagt: „Ok, wir machen eine Ausgabe.“ Ich habe auch zunächst nur von einer Ausgabe aus gedacht und habe nicht geahnt, was für ein Abenteuer sich dadurch entwickelte. Der Leiter des Verlages heißt Klaus May. Mit dem traf ich mich, weil ich zufälligerweise in Schleswig-Holstein war, um das zu besprechen und er sagte: „Ok, machen wir es [...] Das machen wir gerne.“ Und dann habe ich im Kontext derer, die beim NEUEN FORUM die ganzen lokalen Demonstrationen usw. vorbereiteten, habe ich alle möglichen Kontakte, die ich hatte, genutzt und habe gemeint: „Schreibt mal, was ihr meint, was geschrieben werden sollte.“ Der besagte Klaus May sagte, er versucht auch noch ein paar Kontakte zu animieren, die aus Schleswig-Holstein und Umgebung auch noch dies oder jenes schreiben. Dadurch ist ein Artikel von Björn Engholm und Geri Lemke, damals noch ein Fußballer in Bremen [...] Dann bin ich ins Verlagshaus nach Flensburg gefahren, dort ist die Ausgabe vorbereitet worden und diese Ausgabe ist in einer Nachtaktion entstanden. Dann kam für mich plötzlich eine Frage auf, denn der ... Sprecher der Gesellschaft sagte: „Wir machen das, aber wir machen das nicht mehr für irgendeine Organisationen, sie müssen persönliche die Verantwortung übernehmen“, also: „Wir wollen nicht wieder ein Organ.“ Und da bin ich dann von einer Sekunde zur anderen in diese Herausgeberschaftsfunktion gekommen. Ich hatte mich auch nicht getraut, meinen eigenen Artikel, den ich geschrieben hatte, mit der Überschrift „Denk ich an Deutschland“, auf Seite 1 zu setzen. Den fanden sie nun alle so toll, [...] So bin ich erst einmal zu dieser Funktion gekommen. Dann wurde ich gefragt: „Wie hoch soll die Auflage sein?“ Ich sagte: „10. oder 20.000“, es wurde gesagt: „Nein, wir machen 80.000.“ Also haben wir 80.000 Exemplare gemacht und wir haben die in der Nacht vor Silvester rüber geholt, am Grenzübergang [...] stand ein LKW, in den ich stieg. Als wir dann die Grenze, was auch noch ein bisschen abenteuerlich war, passierten. Das Presserecht der damaligen DDR lies erst ab 01. Januar sowas zu, aber es war ja noch der 30. Dezember.

Und als wir dann mit diesem LKW zu uns fuhren, es war mitten in der Nacht [...] kamen mir dann die Gedanken: „Es muss doch eigentlich weiter gehen.“...

2.) Sie haben die Zeitung allein gegründet und auch weiter fortgeführt. Geholfen hat Ihnen Klaus May und gab es da noch jemand anders, der Sie unterstützt hat?

Im Prinzip hat das die Chefetage dieses Zeitungsverlages geschaffen, also sie haben den Zeitungskopf entwickelt und mir überhaupt gezeigt, wie funktioniert das überhaupt, die Auswahl der Artikel usw. Dann gab es natürlich anschließend, das ist nicht ganz stressfrei gewesen, die Enttäuschung bei den Leuten die im NEUEN FORUM waren, dass das nun an eine Person gebunden war [...] Sie hatten schon gedacht, dass da jetzt ein Gegengewicht entstehen würde. Es war aber die erste überregionale Zeitung, die entstanden war.

Nach meiner Erkenntnis ist es auch die Einzige [...], die diesen Charakter hatte, die sich dann auch am längsten über Wasser hielt, wir sind bis 1993 erschienen. Ich habe, um es auf eine rechtliche Form zu bringen, mit zwei Freunden eine GmbH gegründet. Das war auch die erste GmbH nach 1949, die eingeschrieben wurde. [...] Die erste Ausgabe ist so gewesen, wir haben Artikel eingesammelt und mal schnell einen Verlag gegründet.

3.) Finanzielle Unterstützung gab es nicht?

Doch, es war natürlich insofern eine finanzielle Unterstützung, dass die erste Ausgabe kostenlos gemacht wurde. Da habe ich meinen ersten verlegerischen Fehler gemacht. Ich habe es anschließend nicht verkauft, sondern ich habe sie verteilt, mit dem Spendenaufruf für Rumänien, wo es in diesen Tagen alles hochkochte. Da sind keine Einnahmen und auch keine Spenden eingegangen. Der Vertrieb [...] dieser 80.000 ist mit ganz vielen Leuten aus dem NEUEN FORUM, aus dem späteren Mecklenburg-Vorpommern passiert. Die fuhren dann alle mit ihren Trabanten zu unserem Pfarrhaus, auf dem Lande, da wurde das alles in der Garage zwischengelagert [...] Die nächsten beiden Ausgaben wurden dann in Schwerin gedruckt, bei der SVZ, die damals ja noch Organ der SED war bzw. ich weiß nicht, wo sie sich zu dem Zeitpunkt selbst sahen, aber es waren natürlich immer noch die alten Strukturen. Das war dann also sehr schwerfällig. Ich musste selber dann mit meinen Freunden, das packen der Zeitung übernehmen und es gab keine verlässlichen Zusagen. Dann bin ich wieder nach Flensburg gegangen und habe gefragt: „Macht ihr weiter?“ [...] Und die haben natürlich jetzt ein eigenes Interesse entwickelt und gemerkt, im Osten, da entwickelt sich was. Wir werden mal den Markt beobachten [...] Sie hatten mit mir eine Vereinbarung, dass bis zu den Volkskammerwahlen, die ursprünglich für Mai geplant waren, sie es solange kostenlos machen würden [drucken, Anm. d. Verf.]. Insofern war es schon eine große finanzielle Unterstützung.

Vom Land Schleswig-Holstein kriegten wir auch eine Förderung, so dass wir uns die ersten PCs leisten konnten und zwei Autos, mit denen sind wir losgezogen. Insofern haben wir natürlich viel Unterstützung gehabt. Ab den Volkskammerwahlen, die dann schon im März waren, mussten wir versuchen wirtschaftlich auf eigenen Beinen zu stehen, d.h. wir mussten [...] erkennen, dass man weniger von der verkauften Auflage lebte, sondern von dem Verkauf von Anzeigen, was wir natürlich damals völlig „igittigitt“ fanden und akquirieren war ganz schwer möglich. Vom Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag trennen wir uns im Mai... und haben dann in Lübeck bei den „Lübecker Nachrichten“ gedruckt. Es gab noch eine Zwischenphase, da haben wir mit dem „Hamburger Tageblatt“ zusammengearbeitet... Und dann sind wir erst nach Lübeck gegangen. Der Vertrieb war eigentlich das größte Problem, weil der DDR-Zeitungsvertrieb ganz schwerfällig war und manche Zeitungen dann unausgepackt an den Kiosken lagen. Trotzdem hatten wir dann relativ viel aufsehen, dadurch dass dann Westdeutsche Medien aufmerksam wurden und ich dann viel im Presseclub, zum Beispiel, aufgetreten bin und bei diversen Talkshows, die noch nicht so waren, wie sie heute sind. In der „Zeit“ stand auch ein etwas komisches Portrait über mich... Das hatte zur Folge, dass wir weltweit hier und da mal einen Abonnenten hatten, was natürlich für die Anzeigenakquise keine gute Voraussetzung war. Also wir hatten in Tokio oder Toronto irgendwo einen Abonnenten, also es war von vornherein ein wirtschaftliches Desaster. Wir haben von vornherein immer nach Finanzierungsmöglichkeiten gesucht, aber haben es dann eben so lange geschafft.

4.) Gab es Kritiker?

Es gab natürlich Kritiker aus dem Bereich der alteingesessenen Brigade. Ich weiß, dass man, als das erste Pressegesetz für Mecklenburg-Vorpommern entwickelt wurde im Landtag, durchsetzen wollte, dass nur Leute eine Zeitung herausgeben dürfen, die auch Journalismus studiert hatten, was ich nicht gemacht hatte. Aber offene Kritik eigentlich nicht. Es gab immer ganz, ganz viel Zustimmung und begeisterte Zustimmung und auch heute manchmal noch [...]

Wir sind manchmal ein bisschen verglichen worden, vom Anspruch der Zeitung: „Die kleine Zeit von Mecklenburg“. Das war natürlich auch immer ein kleines Vorbild. Wie wollten die Zeit reflektieren und gar nicht erst die Zielrichtung entwickeln eine Tageszeitung zu werden. Da gab es dann bald einen Versuch, bzw. zwei, einmal in Rostock die Mecklenburgische Volkszeitung und ... Wir, die die Zeitung gemacht haben, haben ganz viel Selbstausbeutung betrieben. Wir haben uns zum Schluss kein Gehalt mehr gezahlt und ich habe die letzten Schulden 1998 bei der Bank bezahlt [...] Aber es war trotzdem eine schöne Zeit. Es gab einmal ein WDR-Portrait „Erfolgreich – erfolglos“.

5.) Warum gab es die anfangs Zeitung nicht wöchentlich, sondern nur sporadisch?

Das waren nur die ersten Wochen. Nachher ist sie wöchentlich erschienen, bis auf die Schlussphase. Nachher waren wir die einzige Wochenzeitung, die nur noch 14-tägig erschien [...]

6.) Gab es die Zeitung nur „unterm Ladentisch“?

Nein, es gab Abonnenten, die wir direkt über diesen Grossisten, der inzwischen dann auch privatisiert war, vertrieben. Und es gab sie theoretisch am Kiosk zu kaufen. Wobei der Verkauf, z.B. in Hamburg besser klappte, als in Mecklenburg-Vorpommern. Wir hatten natürlich auch nie das Personal, das überprüfen konnte, liegt die Zeitung auch zum Verkauf aus [...] Um dann nachher überhaupt, nach einer Zeit lang wirtschaftlich für Anzeigenkunden interessant zu sein, haben wir dann immer Aktionen gemacht, dass wir in bestimmten Gebieten hier im Land immer eine verteilte Auflage, neben den Abonnenten gemacht haben.

7.) Die verteilte Auflage wurde dann nicht verkauft?

Die wurde nicht verkauft, sondern sozusagen als „Abowerbeaktion“ immer wechselnd, mal in Schwerin, mal in Rostock, verteilt.

8.) Noch einmal zurück, auf was pegelte sich die Auflage ein?

15.000

9.) Wo war ihr Verbreitungsgebiet?

Der Schwerpunkt war natürlich Mecklenburg, ... es gab in ganz Deutschland Abonnenten und auch im Ausland.

10.) Haben Sie das Layout allein gestaltet?

Nein, das hat der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag gemacht. Wir wurden in Ermangelung von Pressefotos, zunächst mit eigenen Fotos (gedruckt). Als ich da mit der ersten Ausgabe hinfuhr, hatte ich ein paar Demonstrationsfotos und habe mir noch gegriffen, weil ich das liegen hatte, Landschaftsbilder. Dadurch ist eigentlich auch das Layout der ersten Seite entstanden. Irgendwann einmal wurde gesagt, wir wären die größte Baumschule in Mecklenburg-Vorpommern. Das Layout ist aber damals in Flensburg vom Layouter gemacht worden [...] und es ist auch im Prinzip geblieben.

Nachher haben wir [...] eigentlich alles learning-by-doing gemacht, haben vieles auch selbst gestaltet. Wir hatten nachher auch irgendwann Leute die unsere Mannschaft verstärkten [...]

Also das technische Machen haben wir dann selber gemacht. Wir haben uns später auch einen Computer und Software angeschafft, wo man dann selber das Layout machen konnte. [...] Das war aber nicht in der ersten Phase.

8.) War alles in Word geschrieben und es musste zusammengefasst werden?

Ja.

9.) Haben sie später ein Redaktionssystem gehabt?

Nein.

10.) Das Büro ist auch immer einmal umgezogen, oder?

Nein, zunächst haben wir es bei mir in der Küche gemacht und dann haben wir eine Handvoll Angestellte gehabt und haben in dem Haus, wo das Justizministerium sitzt, Redaktionsräume gehabt [...] vier oder fünf Räume.

11.) Und wie viele Redakteure gab es?

[...] Also, wenn wir Spitzenmäßig besetzt waren, dann waren wir fünf.

12.) Wurde auch unter Synonymen geschrieben?

Ja.

13.) Waren sie jeden Tag für die Zeitung im Einsatz?

Ja, sieben Tage die Woche.

14.) Wie kam es zu dem Erfolg der Zeitung, was machte sie so besonders?

Die Krux war auch gleichzeitig der Charme dieser Zeitung. Es war ziemlich unmittelbar und wir kannten nicht irgendwelche Verlagslinien und -vorgaben: „Wir haben jetzt diese Meinung dazu“ usw., sondern es waren Leute, die natürlich alle mehr oder minder einen politischen oder kulturpolitischen Standpunkt hatten, [...] Wir passten da alle gut zusammen [...] Wir hatten die sehr erfolgreiche Kulturredaktion mit Wolfram Pilz [...]

Im Prinzip haben auch alle Leute ihren Weg gemacht, die bei uns gearbeitet haben...Diese fünf Leute, das hatte auch gewechselt [...]

15.) War es schwer Redakteure zu finden?

Es war eigentlich nicht schwer, weil dieser Nimbus der Zeitung relativ schnell entwickelt war. Was schwierig war, wenn man Leute halten will, die dann attraktivere Angebote kriegten, das ist logisch. Eine Redakteurin hat bei der SVZ gekündigt, hat bei uns dann angefangen und kriegte ein attraktives Angebot und das Gehalt konnten wir natürlich nicht bezahlen.

16.) Und freie Redakteure hatten sie auch?

Ja, die hatten wir auch, obwohl wir teilweise die Honorare nicht bezahlen konnten.

17.) Warum der ständige Wandel in den Rubriken und Ressorts?

Das lag ganz viel an den Leuten, wenn jemand weg gegangen war, konnte man manches nicht mehr aufrecht erhalten [...] An manches haben wir uns auch heran getastet, wie die Gaststättenbesprechung, also alles was wir heute überall wieder finden, haben wir manchmal versucht und dann auch manchmal nicht durchgehalten [...]

18.) Wenn Sie die Artikel geschrieben haben, wie ging es dann weiter?

Dann bin ich ins Auto gestiegen und mit einer Diskette nach Flensburg gefahren. Das kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen. Es passierte uns auch mal, dass wir den Stecker rausgezogen hatten und auf der Diskette nichts mehr war. Auch mal bei den Abonentendateien, die waren auch einmal zur Hälfte verschwunden. Aber wir haben es immer irgendwie wieder hingekriegt.

19.) Warum haben Sie die Ressorts eingeführt?

Aus Übersichtlichkeitsgründen, aber auch um für sich selber eine klarere Struktur zu haben [...] Für uns ist diese Kulturgeschichte wichtig gewesen, das war auch sehr, sehr kontinuierlich da. Ich war immer da und der Kulturredakteur war immer da [...]

20.) War die Themenauswahl schwer?

Nein, ich habe in der ersten Nacht in Flensburg ein, wie ich finde, sehr schönes Zitat gehört: „Sehen Sie, Frau Marquardt, nun sind in der Welt wieder so viele Sachen passiert, die in eine Zeitung hinein passen.“

21.) Was waren die Probleme der Zeitung?

Es gab übrigens einen Rückschlag, der sehr früh passierte, als sich der [...] DDR-Markt für Westdeutsche Zeitungen öffnete. Und zwar ging es damit los, dass manche sich für (als Beispiel) fünf Ostmark den „Spiegel“ kauften, der Preis stimmt jetzt nicht [...] Es entwickelten sich relativ schnell zwei Sachen mit denen wir nicht gerechnet haben. Die eine ist: sie kauften sich lieber einmal den „Spiegel“ und das zweite, mit dem eigentlich kaum einer gerechnet hat, sie blieben alle bei ihren alten Tageszeitungen. Und das man [...] mit so einem Produkt am Markt bleiben konnte, war natürlich irgendwann äußerst schwer.

Dann hatten wir in der ersten Phase viele Abonnenten die verärgert waren, weil die Zeitungen, in diesen noch sehr ungeordneten Zeiten, mit 14 Tagen Verspätung eintrafen. Die wir dann natürlich auch wieder verloren haben [...] Und dieses permanente versuchen, die Zeitung zu finanzieren, das war eine absolute Katastrophe [...] Dann ging die Aufkauferei los, was für mich übrigens ein bisschen eine Ironie der Geschichte ist: Heute ist der Besitzer der Schweriner Volkszeitung der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag [...]

22.) Sie wollten sich nicht kaufen lassen, oder?

Nein, das war versucht worden und dann habe ich wahrscheinlich objektiv einen Fehler gemacht, aber subjektiv ist es richtig gewesen [...] Vielleicht hätte man eine Chance gehabt, die aber auch nur kurz gewesen ist. Es hat teilweise Versuche gegeben, z.B. von den Lübecker Nachrichten die „Schweriner Nachrichten“ zu machen, das ist alles nur eine kurze Episode gewesen, weil Westdeutsche Verlage, die „Puste“ nicht hatten, etwas Neues zu etablieren [...] Ich denke, wenn ich das Blatt damals verkauft hätte, z.B. an die Flensburger, den Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag, dann hätte es die Zeitung wahrscheinlich drei bis sechs Monate noch gegeben. Das war schon mein viertes Kind und das wäre dann nicht mehr das Produkt gewesen, das wir einmal ins Leben gerufen haben. Wir sind natürlich total blauäugig und mit heißem Herzen losmarschiert und diesen Impuls haben wir die ganze Zeit in uns getragen.

23.) Ab wann zeichnete sich die Tendenz der sinkenden Auflage ab?

Das war schon relativ früh klar, nach einem viertel / halben Jahr, war es schon klar, dass es nur noch mit diesem Versuch zweigleisig zu fahren, die Abonnenten bedienen (und die Verteilaktionen durchführen). Das Produkt haben wir allerdings nie geändert. Wenn wir diese Verteilaktionen gemacht haben, haben wir nicht etwa über das Autohaus in Schwerin berichtet. Das haben wir nie gemacht.

Aber für die Anzeigenschaltung das Interessante war, ein eingrenzbares Gebiet mit einer relativ hohen Auflage [zu beliefern, Anm. d. Verf.], das war sozusagen der Überlebenstrick.

24.) Aber in Hamburg gab es die Zeitung auch, oder?

Ja, in Hamburg sind wir auch am Kiosk immer viel gekauft worden, denn da wohnen die meisten Mecklenburger. Das ist die größte „Mecklenburgische Stadt“ [...] Es hat natürlich unterschiedliche Motive gegeben. Einmal: „Was passiert denn da im Osten?“ und auf der anderen Seite gab es auch Leute die früher hier gewohnt haben und wissen wollten, was hier passiert [...] Ich denke, die Presseclubauftritte, die haben relativ viel Öffentlichkeit erzeugt.

25.) Die Ausgabe vom 19. Februar 1993, war das die letzte?

Nein, ich meine im Mai waren wir das letzte Mal.

26.) Wie ging es danach mit Ihnen persönlich weiter?

Ich war dadurch, dass ich relativ viel in den elektronischen Medien zu Gange gewesen war, zunächst Interviews, Portrait usw. geschrieben. Ich habe dann z.B. Fernsehproduktion als Co-Autorin gemacht, ich wurde dann Freie Journalistin. Und hatte bei einem Privatradiosender für ein Jahr, eine Interviewsendung gehabt, die fand Sonntags Mittags statt und kriegte dann im Herbst 94, die Anfrage, ob ich ins Schattenkabinett der SPD möchte [...] Die Daten weiß ich nicht mehr so genau. Von dem Tag an, war ich von allen Sendern runter [...] Dann war ich von 94 bis 98 Ministerin und versuche nun die „Stiftung Mecklenburg“ aufzubauen, was auch nicht ganz so einfach ist.

27.) Die letzten Monate waren ein richtiger Überlebenskampf. Waren die finanzielle Seite und die Probleme im Vertrieb die einzigen Gründe, warum es den M.A. dann nicht mehr gab? Oder gab es da noch ein weiteres?

Wir drei, die wir die GmbH gegründet hatten 1990, da ist einer schon relativ bald rausgegangen, weil er sagte: Das kann er sich nicht leisten. Und der Verbleibende, der später dann der Geschäftsführer war und ich hatten uns geschworen, dass sobald wir das Kapital aufgebraucht haben, hören wir auf. Das hatten wir so schnell aufgebraucht, dass wir viel früher die Segel hätten streichen müssen [...] Wir hatten auch noch relativ lange mit den Schulden, die wir bei den Banken hatten, zu tun. Mein Glücksumstand war, dass ich kreditwürdig war, weil ich 1990 eine Erbschaft gemacht hatte. Das war nicht viel, aber eben so, dass man bei der Bank einen Kredit bekam.

Wir konnten uns es einfach nicht mehr leisten [...] Ob die Zeitung so noch länger hätte überleben können, weiß ich nicht, das ist sowieso hypothetisch. Aber ich denke, wir wären auch verschwunden. Dieser Impuls, der uns getrieben hat [war nicht mehr da, Anm. d. Verf.]. Ich habe immer gesagt, wir waren auf eine andere Weise eine Ratgeberzeitung, also nicht: „Wie bestelle ich meinen Garten?“, sondern: „Wie bestehe ich die Zeit?“ – in dieser wahnsinnigen Transformationsphase. Und ich denke, 1993 war auch eine bestimmte Phase vorbei. Es hatte sich manches gefestigt und gesattelt. Es war nicht vorbei, aber zumindest hatte es sich gesetzt.

- Frau Marquardt, vielen Dank für das Gespräch! -

Anhang Nr. 2 - „Beschluss über die Gewährleistung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit“, Quelle: „Journalismus und Medien in der DDR – Ansätze, Perspektiven, Probleme und Konsequenzen des Wandels“, Jakob-Kaiser-Stiftung e.V. (Hrsg.), Königswinter (1990), S. 1 – 42, Anhang, verabschiedet von der Volkskammer am 05. Februar 1990

Zur allseitigen Durchsetzung der in der Verfassung vor allem in den Artikeln 27 Abs. 1 und 2, 28 Abs. 2, 30 Abs. 1, aber auch in Artikel 6 Abs. 5 festgelegten Grundrechte und -pflichten sowie zur Durchsetzung von Verpflichtungen der DDR aus internationalen Abkommen und Erklärungen zu den Grundrechten der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit sind sofortige Maßnahmen erforderlich. Die DDR fördert einen freien Informationsaustausch und eine breite internationale Zusammenarbeit im Bereich von Information und Kommunikation in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen des Völkerrechts, insbesondere der Konvention über zivile und politische Rechte von 1966, der KSZE-Schlußakte von 1975 und der UNESCO-Massenmediendeklaration von 1978.

Zu diesem Zweck faßt die Volkskammer folgenden Beschluß, der bis zum Erlaß von gesetzlichen Regelungen zu den Medien gilt:

1. Alle Bürgerinnen und Bürger haben das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Freiheit ein, sich um Informationen und Ideen aller Art ungeachtet der Grenzen mündlich, schriftlich oder gedruckt; in Form von Kunstwerken oder durch jedes andere Mittel seiner Wahl zu bemühen, diese zu empfangen und mitzuteilen.
2. Es ist verboten, die Medien für Kriegshetze, Aufruf zur Gewalt, die Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhaß sowie für militaristische, faschistische, revanchistische und andere antihumanistische Propaganda zu mißbrauchen. Ebenso verboten sind Veröffentlichungen, die geeignet sind, die Würde des Menschen zu verletzen oder den Schutz der Jugendlichen und Kinder zu gefährden.

3. Aus der Wahrnehmung seiner verfassungsmäßig garantierten Rechte auf freie und öffentliche Meinungsäußerung dürfen niemandem Nachteile erwachsen.
4. Die Bürgerinnen und Bürger der DDR haben das Recht auf wahrhaftige, vielfältige und ausgewogene Informationen durch die Massenmedien. Das Recht auf Gegendarstellung bei Tatsachenbehauptungen ist in dem selben Medium zu gewährleisten.
5. Jegliche Zensur der Medien der DDR ist untersagt.
6. Die Medien haben alle Veröffentlichungen verantwortungsbewußt und sorgfältig auf Wahrheit, Inhalt und Herkunft zu prüfen. Sie haben die Würde und die Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger zu respektieren.
7. Die öffentlichkeitswirksamen Mitarbeiter in den Medien sind persönlich für ihre Arbeit verantwortlich. Die Mitarbeiter der Medien haben das Recht, die Ausarbeitung eines Materials zu verweigern, wenn Themenstellung und Auftrag ihren persönlichen Überzeugungen widersprechen. Sie sind nicht verpflichtet, öffentlich Ansichten zu vertreten, die ihrer persönlichen Meinung zuwiderlaufen. Mitarbeiter der Medien haben das Recht, im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit im Rahmen dieses Beschlusses alle ihnen notwendig erscheinenden Informationen einzuholen. Sie sind nicht verpflichtet, die Quellen ihrer Informationen offenzulegen. Ausnahmen sind nur durch gerichtliche Entscheidung zulässig. Die Bestimmungen des Urheberrechts sind strikt zu beachten.
8. Alle staatlichen Organe, Betriebe, Genossenschaften sowie politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen sind verpflichtet, den Medien alle Auskünfte zu erteilen, die für die Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben und eine wahrheitsgetreue Information erforderlich sind. Sie unterstützen die Medien durch Informationsdienste und Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit. Einschränkungen der Informationspflicht sind nur durch Gesetz zulässig.

9. Alle staatlichen Organe, politischen Parteien und sonstigen gesellschaftlichen Organisationen und Gruppen, die Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie alle Minderheiten haben das Recht auf angemessene Darstellung in den Medien. Die Massenmedien verleihen dem Meinungspluralismus ungehindert öffentlichen Ausdruck.
- Das Recht zur Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften und anderen Publikationen durch natürliche und juristische Personen der DDR ist zu gewährleisten. Der Ministerrat wird beauftragt, sofort für diesen Zweck im Interesse der Chancengleichheit einen öffentlich kontrollierten gesellschaftlichen Fonds für Druck- und Papierkapazitäten zu schaffen.
- Die Lizenzierung im Bereich der Druckmedien ist aufgehoben; es erfolgt lediglich eine Registrierung.
- Die Volkskammer beauftragt den Ministerrat, in Übereinstimmung mit dem Runden Tisch die Möglichkeiten für die Herausgabe einer unabhängigen überregionalen Tageszeitung umgehend zu schaffen.
10. Die Deutsche Post (Postzeitungsvertrieb) ist verpflichtet, ab 500 Exemplare den Vertrieb von inländischen Presseerzeugnissen auf vertraglicher Grundlage zu übernehmen. Der Eigenvertrieb durch die Herausgeber ist zulässig.
11. Rundfunk, Fernsehen und ADN sind unabhängige öffentliche Einrichtungen, die nicht der Regierung unterstehen. Sie sind Volkseigentum. Bis zur Umgestaltung von Rundfunk und Fernsehen in öffentlich-rechtliche Anstalten und des ADN in eine öffentlich kontrollierte Nachrichtenagentur mit ebenfalls rechtlich verändertem Status garantiert der Staat ihre Finanzierung. Die Lizenzpflicht der Programmanbieter im Bereich von Film, Fernsehen und Rundfunk ist aufgehoben; es erfolgt lediglich eine Registrierung.
- Zur Sicherung der Eigenständigkeit der Medien unseres Landes bedarf jede Eigentumsbeteiligung an Medien der DDR durch Ausländer der Genehmigung des Medienkontrollrates.

12. Zur Sicherung der Durchführung dieses Beschlusses bildet die Volkskammer auf Vorschlag des Runden Tisches einen Medienkontrollrat...
Insbesondere die Generalintendanten von Rundfunk und Fernsehen sowie der Generaldirektor von ADN sind dem Medienkontrollrat berichtspflichtig.
Die Generalintendanten des Rundfunks und des Fernsehens und der Generaldirektor von ADN werden vom Ministerpräsidenten berufen und vom Medienkontrollrat bestätigt.
13. Die Medien geben sich Statuten, die ihre Programmatik und Struktur regeln. Die demokratische Mitbestimmung der journalistischen und künstlerischen Mitarbeiter bei der Erarbeitung und Durchsetzung der Statuten ist zu sichern.
Beim Rundfunk, dem Fernsehen und dem ADN sind gesellschaftliche Räte zu bilden; den anderen Medien wird die Bildung von Räten empfohlen.
14. Der Ministerrat wird beauftragt, eine gesetzliche Regelung für die Produktenwerbung vorzubereiten, die der neuen Volkskammer vorzulegen ist. Der Entwurf des Gesetzes ist öffentlich zu diskutieren.
Bis zum Erlaß dieses Gesetzes ist eine Produktenwerbung in den elektronischen Medien nur auf der Grundlage von vom Medienkontrollrat bestätigten Konzeptionen gestattet.
15. Durch die unter Leitung des Ministers der Justiz gebildete Kommission sind Vorschläge für eine Mediengesetzgebung zu erarbeiten. Der Kommission gehören kompetente Vertreter aller Parteien und gesellschaftlichen Gruppen, der Kirchen sowie Wissenschaftler, Journalisten und Vertreter der entsprechenden Verbände an. Der Gesetzentwurf ist der Öffentlichkeit zur Diskussion zu unterbreiten und danach der Volkskammer zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen.
Die Beschlußfassung zur Mediengesetzgebung erfolgt erst nach Verabschiedung der neuen Verfassung. Bis dahin bleibt dieser Beschluß in Kraft.

16. Der Ministerrat wird beauftragt, die bisher geltenden Rechtsvorschriften auf ihre Vereinbarkeit mit diesem Beschluß zu überprüfen und gegebenenfalls ihre Anpassung bzw. Aufhebung zu veranlassen.

17. Der Beschluß tritt mit seiner Veröffentlichung in Kraft.

8.) Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig angefertigt habe. Es wurden nur die in der Arbeit benannten Quellen und Hilfsmittel benutzt. Wörtlich oder sinngemäß übernommenes Gedankengut habe ich als solches kenntlich gemacht.

Mittweida,

Ort, Datum

Unterschrift